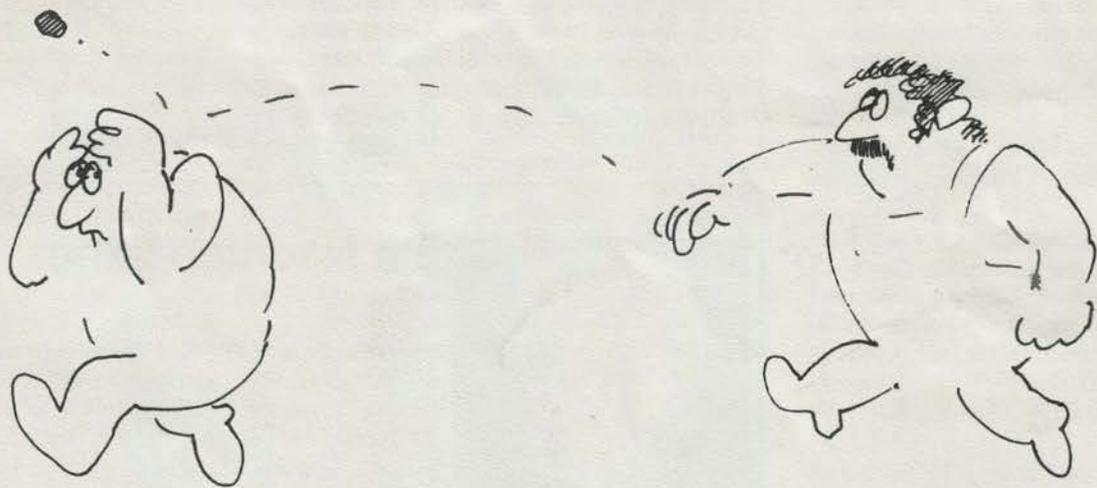


liberale drucksachen

Zeitschrift für freisinnige Politik

**Schluß mit
der Ausländerfeindlichkeit!**



Pet 84

Schluß mit
der Ausländerfeindlichkeit!



Titelbild: Jörg Petersson
nachdrucksachen: Witze der Wende

Seite 8	
Bündnisse: In der Friedensbewegung wachsen die Rivalitäten	Seite 9
Liberalen Demokraten: Bericht vom Bundesparteitag in Augsburg	Seite 11
Ausweis: Neue Argumente gegen die Computerlesbarkeit	Seite 12
Umdenken: Die SPD hat die Umwelt neu entdeckt	Seite 14
Abgeschoben: Mit „Rückkehrhilfen“ ist Ausländern nicht geholfen	Seite 17
Solidarität: Gespräch mit Peter Löwisch vom Deutsch-Türkischen Verein Köln	Seite 19
Versprechen: Das Ausländerwahlrecht wird nur im Wahlkampf versprochen	Seite 21
Menschenrechte: Mißstände in der deutschen Asylrechtspraxis	Seite 22
Volksbefragung: Plädoyer für mehr Datenerfassung	Seite 24
Versuch: Das „rot-grüne Bündnis“ in Hessen	Seite 25
Umfall: Die SPD gibt ihre Medien-Grundsätze auf	Seite 27
Nachgedacht: Verheugen zur Situation im südlichen Afrika	Seite 27
Früchte: Die Anlage von Obstplantagen soll südafrikanischen Flüchtlingen helfen	Seite 28
Zweikampf: Michael Staack zu den Vorwahlen der US-Demokraten	Seite 28
Nachlese: Friedrich Henning bilanziert das Heuss-Gedenken	Seite 30
Freiheitsgefährdend: Die Bundesprüfstelle gefällt sich als Zensor	Seite 32
Glosse: Deutsch für Inländer, 1. Folge	Seite 34
Forschung: Neues Buch zum deutschen Liberalismus	Seite 35
Vorgestellt: Die „Liberal Clubs“ in Großbritannien	Seite 36

Rubriken:

drucksachen-herausgeber	Seite 3
brief-drucksachen	Seite 4
bundestags-drucksachen	Seite 5
nachrichtliches	Seite 6
in eigener Sache	Seite 37
personelles	Seite 38
der-die-das letzte	Seite 39

drucksachen-inhalte



Eigennutz

Es mehren sich die Versuche von Parteien und Verbänden, die Friedensbewegung für ihre jeweils eigenen Ziele zu instrumentalisieren. Besonders deutlich wird dies bei der selbstorganisierten Volksbefragung zur Raketenstationierung, die am 17. Juni, dem Europawahltag, ihren Höhepunkt finden soll. Eine aktuelle Lageeinschätzung auf Seite 9

Entscheidungsbedarf

Die Europawahlen verlangen den Liberalen Demokraten einmal mehr eine Entscheidung darüber ab, ob die Partei an überregionalen Wahlen teilnehmen soll. Während der LD-Bundesparteitag in Augsburg sich noch für ein Antreten (unter bestimmten Bedingungen) entschied, denkt die Mehrheit des LD-Bundesvorstandes inzwischen anders. Nach dem schlechten Abschneiden bei den bayerischen Kommunalwahlen soll über eine Urabstimmung aller Mitglieder der Ausstieg aus dem Parteitagbeschuß bewerkstelligt werden. Seiten 6 und 11



Opfer der Krise

Die wirtschaftliche Rezession hat mehr als jede andere Bevölkerungsgruppe die in der Bundesrepublik lebenden Ausländer getroffen. Die Angst vor dem sozialen Abstieg fördert bei vielen Deutschen Vorurteile und Ausländerfeindlichkeit. Regierung und Unternehmern kommt die Suche nach einem Sündenbock, der von ihrer eigenen Verantwortung ablenkt, wie gerufen. Berichte über staatliche und betriebliche „Rückkehrhilfen“, die schwierige Arbeit eines deutsch-türkischen Vereins und die heuchlerische Ausländerpolitik der etablierten Parteien auf den Seiten 17 – 23



Ein Naumannianer

Der 100. Geburtstag von Theodor Heuss am 31.1.1984 war Anlaß für manchen seichten und unkritischen Jubelbeitrag. Friedrich Henning zieht eine Bilanz des Heuss-Gedenkens und regt an, bei der Betrachtung des Lebens und Wirkens von Theodor Heuss seine politische Sozialisation als „Naumannianer“ verstärkt zu berücksichtigen. Seite 30

Ein Ort der Geselligkeit

Während die Liberalen Zentren in der Bundesrepublik meist erst wenige Jahre existieren, haben die „Liberal Clubs“ in Großbritannien eine lange Tradition. Der englische Liberale Jeff Lamb beleuchtet in seinem Beitrag die wechselvolle Geschichte und die aktuelle Situation der Clubs, die weit mehr als ihre bundesdeutschen Gegenstücke auch als unpolitische Freizeittreffs dienen. Seite 36

Vor 5 oder 7 Jahren hat der Politologe Heino Kaack skeptisch prognostiziert, die Grünen (damals: Grünen Listen) würden von den etablierten Parteien so lange durch die „politische Rechts-Links-Zentrifuge“ gedreht, bis sie, ganz schwindlig im Kopf, nur noch plattgedrückt an den Rändern klebten. Diese Prognose war vorzeitig. Die Zentrifuge entpuppte sich als ein etwas langsamer laufendes ideologisches Karussell, das manchmal, bei schnellerer Gangart, jemanden abwarf, aber in verhaltenen Zeiten auch einmal zum Aufspringen einlud. Und auch bei denen, die von Anfang an dabei waren, changierten immer wieder die Farben. Polarisierten sich anfangs konservative und antikapitalistische Ökologen, traten nach Gruhl und Springmann die Spannungen zwischen ‚Ökologen‘ und ‚Sozialisten‘ hervor, und schließlich, nach Überlagerung durch Raketenprotest mit etwas beigemengtem Neutralismus, vor allem nach dem Einzug in den Bundestag, hieß das Spiel ‚Fundamentalisten‘ gegen (pragmatische) ‚Realpolitiker‘. Kaum war die Presse mit ihren simplifizierenden Klebeetiketten fertig, hatte sich das Karussell auch schon weitergedreht.

Seit drei oder vier Monaten hängt aus dem Diskussionsgetümmel ein neues Richtungsfähnchen heraus (es scheint von innen zu kommen, ohne auswärtige Klebekolonnen): *Öko-Liberalismus*. Man reibt sich die Augen. Nachdem die liberalismus-eigene Zentrifuge den Wirtschaftsliberalismus an der Macht kleben und den Sozialliberalismus im Niemandsland schweben ließ, kann man offenbar wieder darüber reden. Lange genug hatte es ja in grünen und sonstigen linken Kreisen als despektierlich gegolten, Liberalismus als politische Perspektive auch nur ernsthaft zu erwägen (Genscher und Lambsdorff können sich noch nachträglich über ihren nachhaltigen Tabuisierungserfolg freuen). Wird nur ein Platz frei im politischen Koordinatensystem, oder ist wirklich was dran am Öko-Liberalismus? Vorsicht und Berührungsschwierigkeiten signalisieren einige Akteure selbst, so wenn die grünen Verfasser eines Diskussionspapiers sich selbst als „öko-libertär“ bezeichnen, in Anspielung auf anarchistisch-sozialistische Traditionen in einigen romanischen Ländern (Frankreich und Spanien). Hingegen gehen andere (Brice Lalonde/Claus Leggewie in ‚links‘ Nr. 165 v. Dez. 1983) die Sache mit einem emphatischen „Es lebe der Ökoliberalismus“ mit Ausrufezeichen an.

Der Impuls für Öko-Liberalismus rührt wohl von der Einsicht, daß Ökologie allein als Umweltschutz verstanden zwar eine enorm mobilisierende Kraft war und ist, daß sie aber zunehmend konservativ vereinnahmt werden kann, wenn ihr nicht eine gesellschaftliche Strukturvorstellung nachwächst. Die verbreitete Neigung, der ökologisch aufgeworfenen Kapitalismus-Frage die naive Antwort „Sozialismus“ entgegenzusetzen, stößt inzwischen (zumal auch in Frankreich) auf das

Theo Schiller:

Öko-liberal? Öko-libertär?

Zentralismus-Syndrom, das kapitalistische und sozialistische Industriesysteme verbindet. ‚Öko-Liberalismus‘ kreist also um zwei Kerngedanken: *Erstens* markiert er Kritik und Distanz gegenüber allen staatlich-bürokratischen und zentralistischen Strukturen einschließlich Planung und zentraler wohlfahrtsstaatlicher Umverteilung. *Zweitens* soll Dezentralisierung und Autonomie von Gruppen, Minderheiten und Subkulturen aber auch zu Freiheit gegenüber der Zwangslogik marktwirtschaftlich daherkommender Kapitalrationalität führen; ökologisches Denken scheint hierbei nicht mehr nur um den Schutz der äußeren Lebensbedingungen besorgt zu sein, sondern auf ein neues Gleichgewicht der sozialen Lebensformen hinauszuwollen, das dem vermarkteten Expansionszwang entrinnen würde.

Beide Gedankengänge müßten jedem Liberalen, der noch nicht staatsparteilich verstockt ist, einige Sympathie entlocken. Zumindest sollten sie Selbstprüfung auslösen, so eckig und querköpfig sie sich bei näherem Hinsehen auch erweisen. Nicht überzeugen wird man sicher jenen angeblichen Wirtschafts-„Liberalismus“, der Gewinne, Wachstum und Vermögen steigern will und mit der „Freiheit der Marktkräfte vom Staat“ immer noch bloß schwächere und anspruchlosere Arbeitskräfte meint. Aber einige Schwierigkeiten haben auch wir Sozial-Liberalen, die so mühsam den Anschluß an jene sozialliberale Minderheitstradition mit einem aufgeklärten Staatsverständnis, Orientierung am Prinzip sozialer Gleichheit und minderheitsfreudiger Reformbereitschaft zu erreichen versuchten. Die Frage ist (und die Sozialdemokraten tun sich damit noch viel schwerer), ob man sich von der staatlich-demokratischen sozialen Ausgleichs- und Reformfunktion abwenden kann, obwohl dadurch in erster Linie der privatwirtschaftliche Bürokratien-Wettbewerb freigesetzt wird, und erst in zweiter Linie mehr Freiräume für die dezentrale Autonomie ökologischer Subkulturen. Freilich: wenn die sozialstaatlichen Sicherungen in der Krise ohnehin nur die Reißfestigkeit von Papierschwaben aufbringen, muß das auch den eingefleischten Sozialliberalen zu neuen Aktionsformen sozialer Sicherung provozieren. Dabei sollte man aber seit Schulze-Delitsch wissen, daß „Selbsthilfe“ leichter gesagt als getan ist, und Liberale allzumal sollten sich hüten, jemanden Sand in die Augen zu streuen (staatlichen oder anderen). Soziale Autonomie – aber wie?

Das zweite Problem ist noch grundsätzlicher und dürfte auch den ‚Öko-Liberalen‘ nach dem ersten Bekennermut

noch lange quer im Halse stecken. „Weder Plan noch Markt“ – welche wohlklingende Distanz gegenüber Zentralismus und kapitalistischer Marktstruktur. Aber wie soll wirtschaftlicher Austausch organisiert werden? Sicher, selbstbegrenzte Bedürfnisse können den Warenbedarf, den Einkommensbedarf und damit den Leistungsaustausch durch bezahlte Arbeit reduzieren. Gewonnene eigene Zeit macht außerdem mehr Bedürfnisbefriedigung durch Eigenarbeit möglich. Aber das relativiert nur das Problem, kann es indes nicht beseitigen. Noch auf lange Zeit wird das wirtschaftliche Potential integrierter Alternativproduktion im Rahmen öko-liberal-genossenschaftlicher Projekte mit ihren subkulturellen Verteilungsprozessen sehr begrenzt bleiben. Austauschprozesse zwischen Trägern spezialisierter Produktion (auch genossenschaftlicher) werden daher in großem Umfang notwendig sein. Wie können solche „Märkte“ (denn um nichts anderes handelt es sich) strukturiert werden, ohne alsbald durch Entfremdung und Vermachtung wieder völlig deformiert zu sein? Wie können die Käufer, die Verbraucher ihre Bedürfnisse anmelden, *ehe* produziert wird? Wie können die Innovationen, die in den Produktions- und Austauschprozessen genossenschaftlicher Märkte entstehen, für die Lebensweise dezentraler Autonomie erhalten, d.h. gegen großwirtschaftliche Übernahme und Auspowerung abgeschirmt werden? Die Geschichte der Selbsthilfebewegungen seit Robert Owens Versuch geldloser Arbeitstausch-Börsen wird hier zu erfahrungsgetränkter Skepsis führen. Aber Skepsis braucht nicht Resignation zu heißen; sie kann auch Vorsicht und Illusionslosigkeit in der praktischen Realisierung anstiften. Die Ziele, die in einer solchen Perspektive neuer Wirtschaftsformen stecken, sind zu faszinierend, als daß man sie vorab aufgeben sollte, nur weil sie schon einmal gescheitert sind.

Das Auftreten von ‚Öko-Liberalen‘ gibt einen neuen Anstoß für Veränderungen der Wirtschaftsformen, die von unten kommen müssen und soziales Experimentieren erfordern. Am Begriff, an der Sache und an den Problemen des „Marktes“, veränderter Verkehrsformen in „Märkten“ kommt man dabei nicht vorbei. Hier liegt eine gemeinsame Aufgabe für traditionsgeplagte Sozialliberale und für einen unbelastetfrischen ‚Öko-Liberalismus‘. Denn das Problem des Marktes ist für den Liberalismus völlig ungelöst, wenn man die Formeln und Ideologien wegschiebt. Übrigens: auch Ralf Dahrendorf ist zu dieser Debatte gerne eingeladen.

Nachträgliche Aufklärung

Wer sich im Wendeherbst '82 über das scheinbar unkoordinierte Auseinanderlaufen der linksliberalen Prominenz wunderte, wird wohl dank der beiden letzten Id-Ausgaben sein längst überfälliges Aha-Erlebnis begossen haben.

Dort wird in geradezu verblüffender Offenheit in den beiden Artikeln „Die Entfremdung zwischen Basis und Establishment“ (Id 10, 12/83) und „Der Kölner Kongreß – Fight hinter den Kulissen“ (Id 1, 3/84) deutlich, wie sehr die Lilis in Bundestag und FDP-Vorstand vom jungdemokratischen Establishment als Rangierware betrachtet und behandelt wurden. Galt es „eine neue Führungsfigur für den linksliberalen Flügel durchzusetzen“ so war man gerne bereit, Helga Schuchardt, „die nichts mehr zu verlieren hatte“, gegen Gerhart Baum auszuspielen. An anderer Stelle wird dann scheinbar verwundert die Unfähigkeit des Abgeordneten-Pools bejammert, „auch nur ansatzweise“ zu gemeinsamem Handeln fähig zu sein („Eifersüchteleien und persönliche Unzulänglichkeiten, wie sie im politischen Raum unter politischen Profis unvorstellbar zu sein scheinen, beherrschten eigentlich ständig die Situation.“).

Logisch, daß die SPD-Abweicher Verheugen und Matthäus-Maier als linksliberale Nestbeschmutzer charakterisiert werden. Mal „stürzt“ ein wohl hysterischer „Erfüllungsgehilfe Genschers“ (Verheugen) ans Rednerpult des Kölner Kongresses und mutet den Anwesenden ein 40-minütiges Referat zu, daß dank der Raffinesse und der „spontan wirkenden Zwischenrufe“ der Organisatoren zu einer „Demütigung“ (– Welch Triumph –) für Verheugen wird. Dann wieder formuliert eine opportunistische Ingrid Matthäus „mediengerecht – die Jungdemokraten seien nicht mehr ernst zu nehmen“, um sich an anderer Stelle „durch engagierte Beiträge“ bei den Judos anzubiedern.

Wer beim Studieren der Artikel noch glaubt, daß nach all dem Organisieren, Finassieren und Taktieren wenigstens Unmut der Basis an der Parteiführung sich selbst überlassen wurde, wird schleunigst eines besseren belehrt: „Zwar würde nun (– durch das Einfügen einer Plenumsdiskussion zur allgemeinen Lage in das Programm –) der zu erwartende Tribunal-effekt eintreten, doch könnte man ihn als nicht zu bändigenden, spontanen Unmut der Teilnehmer und nicht als Meinung der Veranstalter interpretieren.“

Besteht der Unterschied zwischen Fortschritts- und Genschers-Liberalen lediglich darin, daß wir wenigstens im Nachhinein erfahren, wozu wir miß-

braucht wurden? Inwieweit glauben sich die Autoren im Einklang mit ihrer vielzitierten manipulierten Basis, wo doch der weitaus größte Teil der Judos ein parteiloses Wirken bzw. ein Verbleiben in der FDP der Mitarbeit bei den Liberalen Demokraten vorzieht?

Beim Werben um die Mitarbeit prominenter Lilis bei den LD hat offensichtlich mehr das Moment der Aushängeschildfunktion mitgespielt als das ehrliche Bemühen um deren Mitarbeit beim Aufbau der Partei!

Nicht von ungefähr beschwor William Borm unlängst die „authentischen“ Liberalen: „Sollten wir einen gemeinschaftlichen Weg nicht finden oder sollte dieser nicht von allen mitgegangen werden mögen, so appelliere ich mit großem Ernst: Beweisen wir liberale Toleranz. Respektieren wir die Entscheidungen des Andersdenkenden als liberale Freunde, deren Ziele immer die gleichen bleiben.“

Christof Brauers, 5800 Hagen

Knast im 45 Minuten Takt

„Die Gesamtschule hat sich bewährt“, deklamiert Jutta Wilhelmi werbend in den liberalen drucksachen 1/84. Sie gesteht zwar ein, die integrierte Schulform sei nicht frei „mancher Fehler“, so würden Schüler und Lehrer von „zuviel Bürokratie und Organisation“ schier erdrückt. Doch sei dies gewiß durch eine „Reform der Reform“ zu reparieren. Nur zu gerne, so scheint es, möchte die Autorin das sozialliberale Gesamtschul-Hurra der 70er Jahre wiederauferstehen lassen.

Wenn Bildungsreform von konservativen Meinungsmachern in ein tagespolitisches Konjunkturtief hineinmanövriert wird, sollte die Gesamtschul-Idee sicher nicht brüsk verworfen werden. Wenn Schulpolitik von rechts restauriert und bescheidene Erfolge fortschrittlicher Pädagogik systematisch demontiert werden, ist jede Gesamtschule, die in Kommunen und Ländern erkämpft werden kann, mit Aufatmen auf der reformpolitischen Haben-Seite zu verbuchen.

Doch darf nicht verdrängt werden, was die tradierten Schulformen als unmenschlich charakterisiert und ebenfalls der Gesamtschule anhaftet. Auch die Gesamtschule ist: Ein Knast, in dem junge Menschen werktags interniert sind, um im 45-Minuten-Takt zur Zwangsarbeit ge-

führt zu werden. Ein Versuchslaboratorium, in dem mit Lob und Tadel, Zensuren und Ordnungsmaßnahmen Lebewesen auf systemkonformes Verhalten genormt werden. Eine Psycho-Klinik, in die (halbwegs) gesunde Kinder eingeliefert werden, die die geschlossene Anstalt nach jahrelangem Dahinvegetieren verlassen – als Erwachsene, die sich ihrer diagnostizierten Dummheit schämen, oder als Neurotiker, die an der Härte der Pfleger zerbrechen, oder als konkurrenzfähige Anpasser, die nun treuklug an der Spitze der Hierarchie dienen dürfen (und manche werden auch Rebellen, dies sei nicht vergessen). Und vor allem anderen bleibt die Gesamtschule ein Tempel, in dem dem Götzen Leistung die Kreativität, Phantasie und Empfindsamkeit der Kinder geopfert wird.

Sicher: Die Gesamtschule ist ein Schritt in die richtige Richtung. Doch darf sie nie zum Endziel freiheitlicher Politik werden. Eine menschliche Schule macht Heranwachsenden Angebote, die sie spielerisch zur Persönlichkeit reifen lassen. Aus sich selbst heraus wird eine Schulform, die die Schulpflicht kennt und Kinder als tauglich oder untauglich für gesellschaftliche Funktionen etikettiert, den Wandel nicht schaffen. Es bedarf des Anstoßes von außen.

Wenn Bildungspolitik – zu Recht – die Gesamtschulentwicklung forcieren, sollten sie zugleich als Reformpädagogen sorgsam die Freien und Alternativschulen beobachten. Hier wird schon heute das erprobt, was morgen die Wirklichkeit schulischer Erziehung sein könnte. Und sollte!

Daniel Blum, 5000 Köln

Geschenkt

Die 13. . . . und doch kein Ende abzusehen. Ich wünsche jedenfalls keine weitere Zeitschrift für freisinnige Politik. Wirklich freisinnig? Oder feminin-bolschewistisch?

Diese von „Militanten“ signierten Artikel kann man auch in Emma nachlesen. Oder in der grünen Presse. Gleichberechtigung hat es nie gegeben, auch nicht im neuen Scheidungsrecht! Ausgeplündert werden Familienväter. Nichts dagegen hat Ihre Mitarbeiterin anscheinend (Seite 10 oben). Nur etwas gegen materielle Bestrafung von Frauen, die mit ihren Kindern verschwinden und Unterhalt kassieren, spricht: erpressen. Nach Zuhälterart, versteht sich. In Übereinstimmung mit liberaler FDGO-Gesetzgebung.

Ich zahlte DM 21,- für die 5 bzw. 4 Hefte. Den Rest schenke ich Ihnen.

Wolfgang Finnern, 4150 Krefeld

Schützenswertes Leben

Der Schutz des ungeborenen Lebens ist eine Herzensangelegenheit von christlichen Politikern. Anders ist nicht zu verstehen, daß 74 Abgeordnete von CDU und CSU einen Gesetzesantrag eingebracht haben, demzufolge die Krankenkassen nicht mehr den Schwangerschaftsabbruch bei sozialer Indikation zu bezahlen brauchen. Daß den Antrag keine einzige Frau unterschrieben hat, braucht nicht zu wundern, nach christlich-demokratischer Ansicht ist dies eh ein Problem, zu dessen Lösung Frauen nichts beizutragen haben.

Aber nicht nur dem Schutz des ungeborenen, auch dem des geborenen Lebens stehen Änderungen ins Haus. Die Bundesregierung plant eine Änderung des Waffengesetzes. Das alte Gesetz aus den Zeiten der sozialliberalen Koalition, das — so Hessens Vertreterin beim Bund, Vera Rüdiger — „auf wirksame Bekämpfung des illegalen Waffenbesitzes und der Kriminalität mit Schußwaffen gerichtet“ war, soll der Moral der geistigen Erneuerung angepaßt werden. Inhalt: „Verzicht auf Bedürfnisprüfung bei nichtautomatischen Langwaffen; Erleichterung des Munitionserwerbs . . . ; Herabsetzung der Mindeststrafe für den unerlaubten Besitz bestimmter gefährlicher Schußwaffen“ u.a.m. — O-Ton Zimmermann: „Der Gesetzentwurf verfolgt das Ziel, die Staatsbürger von vermeidbaren Hemmnissen und Einschränkungen zu befreien“. Na also: Liberalisierung. Amerika läßt grüßen.

Bock zum Gärtner

Richard („Kopf-ab-Jaeger“) Jaeger, ehemaliger Justizminister und CSU-Altenteller, ist zum Leiter der bundesdeutschen Delegation in der Menschenrechtskommission bei der UNO ernannt worden.

Mehr noch als die Ernennung selbst ist die Reaktion der Öffentlichkeit ein Hinweis auf die neue politische Kultur in der Bundesrepublik: ein paar versteckte Meldungen, ein paar Kommentare der Bonner Opposition. Ende.

In seiner neuen Rolle hat Jaeger seine Befähigung bereits unter Beweis gestellt: Mitte Februar mußte er auf einer Sitzung bereits seinem Stellvertreter den Vortritt lassen. Es ging um eine Initiative der deutschen Delegation zur Abschaffung der Todesstrafe in der Welt. Jaeger mochte nicht gegen seine Überzeugung handeln und reden. Und von Delegationsseite konnte man einen solchen Aktivisten wohl auch der Menschenrechtskommission

Sicherheitsrisiken

Die Grünen sind ihrer Zeit wieder einmal weit voraus. Während in unserer christlich regierten Gegenwart die völlige Streichung des § 175 noch nicht einmal ahnungsweise zu erwarten steht, sorgt sich die Fraktion der Grünen im Bundestag bereits um die Emanzipation der Heterosexuellen. Anlaß für die Aktion war Verteidigungsminister Manfred Wörner, dem Szene-Tratsch schon genügte, um homoerotische Umtriebe in seinem Offiziers-Corps zu wittern und der dann flugs ein Sicherheitsrisiko erkannte.

Daß andere sexuelle Verhaltensweisen in Regierungskreisen anscheinend nicht in Sicherheitsbedenken mündeten, machte die Grünen mißtrauisch. Sie richteten eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung, ob „außerehelicher Geschlechtsverkehr von Personen, die den Sicherheitsbestimmungen unterliegen, ein Sicherheitsrisiko begründet und wenn ja, ob Mitglieder der Bundesregierung . . . außerehelichen Geschlechtsverkehr haben . . .?“ — Antwort des zuständigen Innenministeriums: „Die Möglichkeit ist nicht

sion schlecht zumuten. — Die Bundesregierung ficht das nicht an:

So konnte sie auf eine Frage von Burkhard Hirsch schamlos antworten, daß sie „überzeugt (ist), daß Herr Dr. Jaeger auf Grund seiner Sachkenntnis und seines menschenrechtlichen Engagements die Menschenrechtspolitik der Bundesrepublik Deutschland in den Vereinten Nationen wirksam vertreten wird“.

Dienstgrad

Der Nachwuchsmangel der Bundeswehr zwingt zu ungewöhnlichen Maßnahmen. Während das Fußvolk gegebenenfalls mit Frauen aufgefüllt werden soll, lockt man Führungspersonal aus den besseren Kreisen. P.-K. Würzbach, Wörner-Adlatus und Reserveoffizier, schrieb deshalb an Landtagspräsidenten. Auszüge: „Viele Mitglieder des Deutschen Bundestages und der Landtage haben erfreulicherweise auf eigenen Antrag als Soldat Wehrübungen abgeleistet. Aufgrund dieser positiven Erfahrungen soll nunmehr allen ungedienten Abgeordneten die Möglichkeit gegeben werden, eine Informationswehrrübung von etwa 12 Tagen bei einem Truppenteil ihrer Wahl abzuleisten. Die Einberufung erfolgt mit dem vorläufigen Dienstgrad Leutnant oder Oberleutnant d. Reserve.“

auszuschließen!“ Welche privaten Gewohnheiten von Regierungsmitgliedern (außer Homosexualität und außerehelichem Beischlaf) denn sonst noch die Sicherheit der Bundesrepublik gefährdeten, wollten die Grünen weiter wissen. Antwort: „Die Menschen und ihre Gewohnheiten sind so unterschiedlich, daß eine generelle Antwort nicht gegeben werden kann.“

Welch schönes Mosaiksteinchen aus dem pfälzischen Gesamtkunstwerk „Kabinett“ wird hier sichtbar: Leben und leben lassen. Generell bescheidet das Ministerium die Fragesteller, ein Zusammenhang zwischen der Einhaltung von Sicherheitsbestimmungen und Gewohnheiten des Privatlebens — insbesondere des Sexualverhaltens — „kann bestehen, ist aber nicht von vorneherein zwingend“. Die Regierung ist trotz aller Libertinage auf der Hut, denn auf die Frage, ob das Privatleben der Regierungsangehörigen aus Sicherheitsgründen überprüft wird: „Das Privatleben ist nicht Ziel einer Sicherheitsüberprüfung, kann aber bei den Ermittlungen . . . nicht außer acht gelassen werden.“ — Schöne Zeiten für neugierige Ermittler!

Ob Helmut Kohl das Angebot annehmen wird, ist bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt. Vielleicht sollte ihm Würzbach den Dienstgrad „Bundesmarschall“ anbieten . . .

Höhere Instanz

Wörner/Kießling/Kohl: Lehrstück für das Aussitzen einer „Affäre“. Um wieviel leichter hätten sich alle Beteiligten getan, wären sie ihren inneren Stimmen gefolgt. Der Arbeitskreis Christlicher Publizisten (ACP), hatte die Lösung des Geschehens parat. Zitat aus ACP-Informationsdienst 1/2 1984: „Am 13.1. teilte der ACP dem amtierenden Verteidigungsminister fernmündlich mit: ‚Der General (Kießling, d. Red.) kennt keinen Haß und möchte keinen Triumph. Er möchte die Wiederherstellung seiner Ehre. Und er betet für Sie!‘ Wörner: ‚Der General soll wissen, daß ich auch für ihn bete.‘ Hier ergibt sich die Frage, warum keine andere Form gewählt werden konnte, um von Seiten des Ministeriums die Vorwürfe zu klären.“ Da des Betens ja wohl nicht genug war, ergibt sich für die Redaktion der Id eine weitere Frage: Hat es dem Minister, nachdem er dreieinhalb Stunden für Alexander Ziegler erübrigte, an Zeit für das Gebet etwa gemangelt?

Urabstimmung über Teilnahme an Europawahl LD-Ergebnisse

Eine Urabstimmung unter den Mitgliedern der Liberalen Demokraten soll die Entscheidung darüber bringen, ob die Partei an den Europawahlen am 17. Juni teilnehmen wird. Der LD-Bundesvorstand entschloß sich zu diesem Vorgehen, nachdem die Liberalen Demokraten bei den bayerischen Kommunalwahlen weit unter ihren Erwartungen geblieben waren.

Der LD-Bundesvorsitzende Ulrich Krüger hat in einem Schreiben, das an alle Mitglieder der Partei gegangen ist, die Gründe für diesen Entschluß und seine persönliche Position im einzelnen dargelegt. Darin heißt es, daß nach den Ergebnissen in Bayern „ein Erreichen von 0,5 % bei den Europawahlen absolut ausgeschlossen ist“. Diese 0,5 % seien in der Vergangenheit als „absolute Untergrenze“ für einen Fortbestand der Liberalen angesehen worden.

Eine „nüchterne Analyse“, so Krüger weiter, zeige, daß es für die Liberalen Demokraten derzeit „keinen Markt“ gebe, auch wenn eine linksliberale Partei weiter „dringend notwendig“ bleibe. In dieser Situation sei neben der Entwicklung originärer liberaler Inhalte vor allem „langer Atem“ erforderlich.

Um zukünftige Chancen (etwa nach der Bundestagswahl 1987) noch wahrnehmen zu können, müsse die „größtmögliche Zahl von Liberalen“ zusammengehalten werden. Die gesamte liberale Szene – neben den LD nannte Krüger Jungdemokraten, Liberale Zentren, Liberale Bildungswerke und die liberalen drucksachen – „zu beleben und am Leben zu erhalten, ja vielleicht sogar zu erweitern, das ist die uns gestellte Aufgabe.“

Das Bundesvorstandsmitglied John David Williams und der niedersächsische LD-Landesvorsitzende Ulf Pedersen legten im gleichen Schreiben die Position der Teilnehmerbefürworter dar. Zu einer Partei gehöre „Mut und nicht Kleinmut“. Die Chance für ein achtbares Ergebnis sei, so Williams, größer als sonst, weil wegen des Antretens der FDP unter dem Signum „ELD“ (Europäische Liberale Demokraten) die Freien Demokraten unter Abgrenzungszwang ständen. Wenn die Chance der Europawahlen ausgeschlagen werde, „werden wir (die LD) keine weitere bekommen“.

Im Gegenteil werde, so Pedersen, eine Nichtteilnahme den „innerparteilichen Zusammenbruch der Liberalen Demokraten und damit das Ende der Partei (nicht unbedingt des Liberalismus) provozieren“.

Die Entscheidung, eine Urabstim-

mung durchzuführen, ist nicht unumstritten gewesen. Die Befürworter einer Wahlteilnahme fühlten sich durch den telefonisch herbeigeführten Beschluß des Bundesvorstandes überrumpelt. Hektische Aktivitäten, die die kurzfristige Einberufung einer Bundesvorstandssitzung und die Rücknahme des Vorhabens „Urabstimmung“ zum Ziel hatten, schlugen jedoch fehl. (Durch die aktuelle Entwicklung ist der Bericht über den Bundesparteitag (S. 11/13) teilweise überholt.)

Bei den bayerischen Kommunalwahlen blieben die LD ohne Mandatsgewinn. Die besten Einzelergebnisse wurden in Bad Wiessee mit 4,4 % und Dachau mit 2 % erzielt. Erforderlich für einen Ratssitz wären 6 % bzw. 2,5 % gewesen. Die übrigen Ergebnisse: München 0,2 %, Nürnberg 0,2 %, Augsburg 0,5 %. Bei der Oberbürgermeisterwahl in Dachau erhielt der LD-Kandidat Morcinek 6,7 % der Stimmen. Die Grünen hatten hier keinen eigenen Kandidaten aufgestellt.

Aufschlußreiche Gespräche

3.3.1984, gegen 14.30, meine dritte Station einer Bundesversammlung der Grünen beginnt. Hatte man im Spätherbst 1982, als die Grünen in Hagen ihre grundsätzliche Teilnahme an der bevorstehenden Bundestagswahl beschlossen, noch den Eindruck einer Vollversammlung ähnlich den Studenten-Streikversammlungen, die ich im Sommer 1968 miterlebt hatte,



Legte einen Bericht vor: Petra Kelly

so ging es nun in Karlsruhe weitgehend eher zu wie auf gemächlich verlaufenden Bundeshauptausschüssen der ehemaligen FDP.

Hochgespannt fuhren alle die nach Karlsruhe, die die große Abrechnung der Grünen Basis mit der Fraktion „Die Grünen“ im Bundestag erwartet hatten, deren Aufhänger die Diskussion des Rotationsprinzips darstellt. Doch bereits am späten Samstagabend stand fest: die Auseinandersetzung mit und die Klärung der unterschiedlichen Standpunkte zu dieser Frage findet vorerst wieder nicht statt.

Die nach außen durch den Austritt Gert Bastians aus der Fraktion sichtbar

gewordene Kontroverse fand ihren faßbaren Niederschlag im nur schriftlich vorgelegten Bericht der Fraktion insgesamt sowie als Ergänzung hierzu im Bericht Petra Kellys, in welchem sie eine „zusammenfassende, politische Einschätzung der Fraktionsarbeit“ geben wollte.

Für außenstehende Sympathisanten der Grünen Szene waren dann doch die zu diesem Rechenschaftsbericht geführten Gespräche in der „Lobby“ der Karlsruher Schwarzwaldhalle aufschlußreich. Es wurde nämlich sichtbar, daß die fraktionsintern aufgetretenen menschlichen und arbeitsmäßigen Konflikte rund um das Rotationsprinzip an der Basis anders beurteilt werden, als ein Großteil der bundesdeutschen Medienlandschaft es im Vorfeld dieser außerordentlichen Bundesversammlung aufgrund der Härte der in der Fraktion geführten Auseinandersetzungen beurteilt hatte.

Eilfertig hatten viele diese Konfliktsituation zum Anlaß genommen, einem Zerfallsprozeß der Grünen Idee und der Grünen Bewegung das Wort zu reden. In den Gesprächen wurde jedoch sichtbar, daß ein Großteil der Basisvertreter die Arbeit der Grünen vor Ort viel gefestigter betrachtet, als dies in den Medien erscheinen mag. Deutlich wurde darüber hinaus (bei der Abstimmung über die Rotationsfrage bezüglich der Europawahl), daß bei den Grünen ein differenzierteres Nachdenken über die politische Zweckmäßigkeit und die Modalitäten des Rotationsprinzips eingesetzt hat, denn von ca. 800 zum Abstimmungszeitpunkt anwesenden Delegierten stimmte nur eine unerwartet niedrige Mehrheit von 437 zu 347 Stimmen für die Rotation der bundesdeutschen Grünen Abgeordneten im Europäischen Parlament. Mit Spannung wird daher die weitere Entwicklung in dieser Frage bis zur nächsten Bundesversammlung, die die Entscheidung für die Position der Grünen im Bundestag bringen soll, erwartet.

Heidrun Schmidt

SPD-Kreis auf später vertagt

Das zweite Treffen des „Sozialliberalen Gesprächskreises“ ist auf einen noch unbestimmten Termin nach Ostern verschoben worden. Dies teilte Gert Keil, Beauftragter des SPD-Parteivorstandes für den Gesprächskreis, genau drei Tage vor dem eigentlich vorgesehenen Veranstaltungsdatum – dem 10.3.84 – den Teilnehmern der ersten Gesprächsrunde mit. Als Grund für die Verschiebung wurden „relevante terminliche Überschneidungen“ angegeben. Anfang April, versprach Keil, will das Erich-Ollenhauer-Haus dann mit konkreten Angaben über Ort, Termin und Programm aufwarten.

Keil lieferte in dem Schreiben auch eine parteioffizielle Bewertung des ersten Dialogversuches zwischen demokratischen Sozialisten und sozialen Liberalen: „mehr oder weniger geglückt“. Immerhin seien sich viele Teilnehmer trotz eines „geradezu schamhaft verborgenen Selbstbewußtseins“ auf der einen Seite und „einiger Vereinnahmungsängste“ auf der anderen Seite mit Willy Brandt einig gewesen, daß das „Projekt der Moderne“ (Brandt) auf die „humanistischen Elemente eines über sich selbst aufgeklärten Liberalismus“ nicht verzichten könne.

Die zweite Veranstaltung dieser Art solle „kritisch und innovativ“ die Themen „Gefährdung des demokratischen Rechts- und Sozialstaates“ und „Humanistische Ansätze einer Wirtschafts- und Sozialpolitik“ angehen. Man werde sich bemühen, „kompetente Vertreter“ des sozialen Liberalismus, der Gewerkschaften sowie der Sozialdemokratie für eine aktive Teilnahme am zweiten Treffen des Gesprächskreises zu gewinnen.



Die nordrhein-westfälischen Liberalen Demokraten haben einen neuen Landesvorsitzenden. Auf ihrem Landesparteitag in Recklinghausen wurde der Kanzler der Fernuniversität Hagen, Ralf Bartz, mit 67 von 81 möglichen Stimmen zum Nachfolger von Heiner Jüttner gewählt, der nicht mehr für den Landesvorsitz des größten LD-Landesverbandes kandidierte. Foto: Bartz (rechts), daneben v. Renesse, einer seiner Stellvertreter.

Ausgezeichnet

Die Werbung der hessischen LD hat zwar nur 0,4 % der Bevölkerung motiviert, sie zu wählen, doch unter Werbungsgesichtspunkten war sie „Spitze“. Die LD-Plakate zur hessischen Landtagswahl und der TV-Spot „Gefängnis“ sind am 4. Februar vom Art Directors Club für Deutschland e.V. in Berlin ausgezeichnet worden. In der Begründung heißt es: „Mit dieser Auszeichnung wird eine Arbeit gewürdigt, die sich weit über den Durchschnitt erhob und nun Meßlatte ist für die Leistung der Kreativen in der Werbung“.

**Herr Karl ist
wieder aufgefallen.**



LD Liberale
Demokraten

Unserem Eis wird's nie zu heiß.



Heiße Tage kühl genießen – der besondere Eisspaß auf zwei Lauebene. Gleich, wie heiß es draußen auch sein mag, unser Eis-Treff – Bochum, Steinring 43 – garantiert Ihnen wohltemperiertes Vergnügen, unser „Skety“ bietet Snacks und Drinks für Ihre innere Fitness. Auch unsere anderen Freizeiteinrichtungen freuen sich auf Ihren Besuch! Wir informieren Sie gern. Ihre Freizeit Gesellschaft Ruhr Bochum mbH. Steinring 43 – 4630 Bochum 1 – T: 02 34 / 3 73 06



Witze der Wende

„... hat Kohl gefragt“

Neue Regierung – neuer Spaß. Daß der Kanzler dabei die Witzfigur Nr. 1 ist, wer könnte daran zweifeln. Ist er doch, wie Wolfgang Neuss richtig festgestellt hat, nicht Enkel Konrad Adenauers, sondern Heinrich Lübckes. Witze der Wende, mittlerweile auch in einem Taschenbuch* versammelt, geben wir im folgenden in kleiner Auswahl wieder. Heinz-Hermann Storck hat sie in den rechten geistig-moralischen Zusammenhang gestellt.

Die Kohlsche Tumbheit ist ein Dauerthema. Daß ein Kohl-Hering ein Bismarckhering nur ohne Kopf ist – wer hätte es sich anders denken können. Und natürlich sticht der streitlistige Strauß den begriffsstutzigen Kohl allemal aus: Hoherfreut über die Schulleistungen seiner Söhne äußerte sich Helmut Kohl einmal gegenüber Franz-Josef Strauß: „Die Intelligenz haben sie bestimmt von mir.“ Darauf Strauß: „Ich hab' meine noch.“

Das neue deutsch-amerikanische Verhältnis kennzeichnet der Volksmund mit der folgenden, derben Eindeutigkeit: In Reagans Magen treffen sich Edward Kennedy und Helmut Kohl. Kennedy: „Mich hat der Reagan gefressen.“ Kohl: „Ich bin von der anderen Seite hereingekommen.“ Da lobt man sich doch die Köllische Pffiffigkeit, mit der einst Adenauer dem Großen Bruder begegnete. Sie schlägt sich in verwickelter Lage bei folgender Problemlösung nieder: Die amerikanische Regierung bittet den Kölner Oberbürgermeister, den Dom in St.-Ronald's-Dom umzutauften. Der Oberbürgermeister antwortet, er kenne keinen Heiligen mit dem Namen Ronald. Washington fragt zurück, ob er Ronald Reagan nicht kenne. Darauf schickt Köln ein Telegramm: „Einverstanden. Schickt schnellstens die Gebeine.“

Und erst des Kanzlers Weitschweifigkeit, die selbst die Journalisten in Washingtons „Meet the Press“ bis zur Unhöflichkeit reizte: Helmut Kohl hat sich in der Wüste verirrt. Erschöpft macht er Pause unter einer Palme, auf der zwei Affen sitzen. Plötzlich springt ein Löwe auf ihn zu. Geistesgegenwärtig beginnt Kohl eine Rede zu halten. Der Löwe stutzt, legt sich hin, hört zu und schläft ein. So geht es noch zwei anderen Löwen. Der vierte aber stürzt unverzüglich auf den Redner und verzehrt ihn mit Haut und Haar. Sagt der eine Affe zum anderen: „Wußt ich's doch. Wenn der Taubstumme kommt, ist Schluß mit dem Gelaber.“

Ach ja, der Aufschwung und die Lehrstellenlüge, sie sind Urquell aller bitteren Witze: Reagan trifft Gott und will wissen, wann die Amerikaner Vietnam vergessen haben werden. Gott: „in 20

Jahren.“ Reagan: „Das ist uninteressant für mich. Dann bin ich nicht mehr im Amt.“ ... Kohl trifft (darauf) Gott und will wissen, wann er seine Versprechungen wahr machen können. Gott: „Das ist uninteressant für mich. Dann bin ich nicht mehr im Amt.“ Und zur Wirtschaftslage gibt es folgenden lakonischen Kommentar: Kennen Sie vier kritische Perioden der sozialen Marktwirtschaft? Ja: Frühling, Sommer, Herbst und Winter.

Die Wende, das persiflieren die Witze überdeutlich, nährt das Duckmäsertum: Frage an den Kandidaten vor dem Prüfungsausschuß für Lehramtsbewerber: „Was halten Sie von der freiheitlich-demokratischen Grundordnung?“ „Dasselbe wie der Herr Bundeskanzler.“ „Und wie denken Sie über unser Bildungssystem?“ „Genauso wie der Herr Kultusminister.“ „HABEN Sie denn gar keine eigene Meinung?“ „Doch, aber mit der stimme ich überhaupt nicht überein.“

Fröhliche Urständ' feiert auch der Adenauersche Anti-Nonkonformismus: Ein Mann steht vor Gericht. „Sind Sie für den Frieden?“ fragt der Vorsitzende, „oder sonstwie vorbestraft?“

Daß die „Alten Kameraden“ wieder marschieren, wer hätte es nicht vorausahnen können. Die HIAG kommt schließlich nicht mehr im Verfassungsschutz vor. Ein 55jähriger will nach Australien auswandern. Nach dem Grund gefragt antwortet er: „Als ich 20 war, wurden Nazis noch zum Tode verurteilt. Als ich 30 war, kriegten sie noch lebenslänglich, als ich 40 war, wurden sie freigesprochen, als ich 50 war, kamen sie in höchste Staatsämter, und bevor es wieder Pflicht wird, hau' ich lieber ab.“

Libérale Phraseologie und systematische Begünstigung des banalen Faschismus – die Ausländerpolitik dieser Regierung, das Instrument der Rückwanderungsprämierung, lockt die Fremdenfurcht geradezu herbei: Der West-Ber-

liner Innensenator versteht sich darauf in besonders perfider Weise. Ein Witz über ihn erleuchtet diese Zusammenhänge: „Ich kann zwei Dinge nicht leiden,“ gestand Heinrich Lummer: „Rassendiskriminierung und Türken in meiner Stammkneipe.“

Eine wichtige Nebenrolle im bundesdeutschen Alltag des politischen Witzes spielt „Old Schwurhand“: „Kommen mildernde Umstände für Sie in Betracht?“ fragt der Richter Friedrich Zimmermann. „Ja, ich war schon 'mal verurteilt, und es hat überhaupts nichts genützt“ – Resozialisierung à la Zimmermann, nur gleich im Gericht. Und wie sehr wir ihm alle unsere FDGO anvertrauen können, offenbart uns der folgende Witz: Wozu hat Bolivien einen Marineminister? Es liegt doch gar nicht am Meer? Die Bundesrepublik hat ja auch einen Verfassungsminister.

Schönfärberei – keine Regierung managt die Realitätsverweigerung perfekter als diese: Wahlversammlung der CDU. Der Redner lobt die Erfolge seiner Partei: „In der Bundesrepublik sind alle frei, verdienen gut, haben genug zu essen, eine anständige Wohnung, können sich ein Auto leisten, Urlaub im Ausland machen, ihre Kinder studieren lassen und bekommen eine anständige Rente.“ Eine alte Frau fängt bitterlich an zu weinen. Vom Redner nach dem Grund gefragt, sagt sie schluchzend: „Ich möchte so gerne in die Bundesrepublik.“

Die Regierung und das liebe Geld – da steht kein Witzmund still: Graf Lambsdorff war beim Juwelier und berichtet seiner Frau; „Ich habe lange überlegt, ob ich dir nun eine Brosche oder ein Armband schenken soll.“ – „Und warum hast du nichts genommen?“ „Ich wurde beobachtet.“ Oder: Was verdient LAMBS-DORFF? Ein rasches Ende.

Aber auch über die parteipolitische Alternative seufzt das Volk: Ein Räuber zieht die Pistole und fragt: „Sind Sie für Kohl oder Vogel?“ – „Schieß“, sagt der Überfallene.

Im übrigen wird der Witzespek so bald ein Ende haben. Zimmermann hat nämlich den Menschen suchen lassen, der die politischen Witze erfand: Endlich finden Zimmermanns Agenten in einer einsamen Hütte im Schwarzwald einen uralten Mann, der auch zugibt, sich solche Witze auszudenken. Das habe er schon immer gemacht, zu Kaisers Zeiten und erst recht bei den Nazis. Sagt der Fahndungsleiter: „Damals war es vielleicht noch berechtigt, aber heute: da geht alle Staatsgewalt vom Volke aus, gemeinsam schaffen wir Wohlstand und Sicherheit für alle, und der Mensch steht im Mittelpunkt der Politik . . .“ Unterbricht der Alte: „Der ist aber nicht von mir.“

*Winfried Thomsen. Witze der Wende: sagt der Strauß zum Kohl. Frankfurt/M. (Eichborn), 1983. DM 5,–

Die Friedensbewegung hat ihre erste Krisensituation — die nicht verhinderte Stationierung der Atomraketen — erstaunlich gut überstanden. Von Resignation ist wenig zu spüren, neue massenwirksame Aktionen werden vorbereitet.

Zugleich aber gerät die Friedensbewegung immer stärker unter den Druck rivalisierender Gruppen und Parteien. Die nächste Krise könnte existenzbedrohend werden.



Von Spalten und Rissen

Die jüngste Aktionskonferenz der Friedensbewegung war auch die am besten besuchte: 1.500 Teilnehmer — so viele wie noch nie — drängten sich am dritten Februarwochenende in der Aula der Kölner PH, um über die Arbeit der Friedensbewegung im Jahre eins nach der Stationierung zu sprechen. Obwohl die beiden „nationalen Widerstandstage“ am 12. Dezember und am 30. Januar eher kläglich verliefen, scheint die erste Krise der Friedensbewegung nach der Ankunft der Pershing II überwunden zu sein: „Die Treffen der Bewegung sind gut bis sehr gut besucht, teils mehr als vor der Stationierung“, berichtet Volkmar Deile von der Aktion Sühnezeichen auf der Konferenz.

Noch nie auch wurde auf einer Aktionskonferenz so wenig von Spaltung geredet wie in Köln. Die Bereitschaft zum Kompromiß wurde von allen Seiten betont. Die Aktionen für 1984 wurden jeweils mit großer Mehrheit beschlossen: Nach dem Motto: läßt Du mir mein Projekt, laß ich Dir Deines, wurden sowohl die selbstorganisierte Volksbefragung von unten, Ziehkind vor allem von SPD- und DKP-orientierten Gruppen, als auch der Aufruf zu „massenhafter Verweigerung aller Kriegsdienste“, der Grünen und „Unabhängigen“ aber auch der DFG/VK am Herzen liegt, in den gemeinsamen Katalog aufgenommen.

Doch trotz aller demonstrativen Eintracht: Die Risse in der Friedensbewegung verbreitern sich. So setzt sich der christlich inspirierte Flügel der Friedensbewegung, der auf der Aktionskonferenz

noch erfolgreich zwischen den Lagern vermittelte, langsam ab.

Manchmal geschieht dies demonstrativ wie in Südwestdeutschland: Dort gründete sich Anfang Februar eine „Christliche Friedensbewegung in Baden“, die evangelische, katholische und freikirchliche Gruppen umfaßt und eine Friedensarbeit sicherstellen will, „die nicht von kommunistischen Gruppen beherrscht wird“. Kurz zuvor hatte die katholische Organisation „Pax Christi“ im Bistum Rottenburg-Stuttgart (Württemberg) ihre Mitarbeit in der Stuttgarter „Landesberatung“ der baden-württembergischen Friedensgruppen unter ähnlichem Vorwurf aufgekündigt. Sie habe nicht die Kraft und die Zeit, „ständige Versuche von Ideologen auszusetzen, mit Verfahrenstricks einseitige Mehrheiten zu erzwingen“.

Anderorts geht die Absetzbewegung geräuschloser vor sich. Die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste wird sich in den nächsten Monaten aus der Arbeit des Koordinationsausschusses in Bonn zurückziehen. Begründung: Personalprobleme.

Auch inhaltlich werden Alternativpositionen formuliert. In christlichen Friedenskreisen kursiert ein Papier, das beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR erarbeitet worden ist und den programmatischen Titel „Sicherheitspartnerschaft und Frieden in Europa — Aufgabe der deutschen Staaten, Verantwortung der Kirchen“ trägt. Darin wird angeregt, an Stelle der Doktrin der gegenseitigen nuklearen Abschreckung das Prinzip der

Sicherheitspartnerschaft zu setzen, und zwar im militärischen ebenso wie im politischen und ökonomischen Bereich.

Mit solch ausgewogenen Positionen finden die christlichen Friedensgruppen auch bei Nachrüstungsbefürwortern wieder Anklang. Horst Scheffler, Dozent für evangelische Theologie und Sozialethik am (Bundeswehr-) Zentrum für Innere Führung in Koblenz, begrüßte in einem Beitrag für das Allgemeine Deutsche Sonntagsblatt die Abkehr der kirchlichen Friedensbewegung von der „in der Vergangenheit auf die Raketenstationierung eingeeengten Friedenthematik“. Sein Wunsch deckt sich mit der Erkenntnis des Sühnezeichen-Pfarrers Volkmar Deile: Die „Vorschläge müssen politikfähig werden“.

Die Grünen haben sich faktisch bereits vor einigen Monaten aus dem Koordinationsausschuß der Friedensbewegung verabschiedet. Als Nachfolger für Bundesgeschäftsführer Lukas Beckmann entsandten sie im November letzten Jahres Erhard Müller, der bisher weder bei programmatischen Diskussionen noch bei der praktischen Arbeit sonderlich hervorgetreten ist. Insider rätseln noch, ob sie diese Personalentscheidung für einen Ausdruck „grüner Unfähigkeit“ halten sollen, oder ob mangelndes grünes Interesse an den gemeinsamen Gremien der Friedensbewegung dahintersteckt.

Letztere Vermutung ist durch das Verhalten der Grünen auf der Aktionskonferenz erhärtet worden. Nachdem ohnehin nur die zweite Garde der Partei angereist war, blamierte sich die Grünen-

Vorständlerin Rebecca Schmitz noch mit einer offensichtlich schlecht vorbereiteten Rede, die inhaltlich wenig Bedeutsames bot. Kommentar der grün-alternativen Tageszeitung: „peinlich, peinlich“.

Die nordrhein-westfälischen Grünen zeigten sich besonders militant: In einer Presseerklärung lehnten sie die von der Aktionsgemeinschaft beschlossene Volksbefragung in Bausch und Bogen als „kommunistischen Etikettenschwindel“ ab. Man werde sich daran nicht beteiligen, weil es sich um einen „dreisten Versuch“ von DKP und Demokratischen Sozialisten



ausgeschiedener Gert Bastian: hilflose Reaktion

(DS) handele, „sich zu Lasten der Friedensbewegung zu irgendeiner Bedeutung zu verhelfen“. Mithelfer ist auch der grüne Bundestagsabgeordnete Vogt: Er setzte sich auf der Aktionskonferenz persönlich für die Volksbefragung ein.

Der vehemente Anti-Kommunismus der Grünen kommt den Gegnern der Friedensbewegung gerade recht. Das Bundesinnenministerium belegte kürzlich den angeblich überragenden Einfluß der DKP auf die Friedensbewegung propagandistisch geschickt ausschließlich mit Zitaten aus dem grün-alternativen Spektrum.

Die Gegenwehr fällt eher hilflos aus: „Die Verleumder lügen auch diesmal“, schrieben Petra Kelly und Gert Bastian an die Unterzeichner des Krefelder Appells, nachdem ihr Austritt aus der Anti-Nachrüstungs-Initiative als „Beweis“ für die behauptete prokommunistische Steuerung der Krefelder Initiative gedeutet worden war.

Während die Grünen sich verabschieden, bauen die Sozialdemokraten ihren Einfluß auf die Friedensbewegung systematisch aus. Von den 29 Mitgliedern des Koordinationsausschusses haben 10 das SPD-Parteibuch in der Tasche. Zusammen mit weiteren Friedensvertretern, die sich

dem SPD-Umfeld zugehörig fühlen, kommt die SPD-Fraktion regelmäßig auf gute 40 % im Koordinationsausschuß. Um die Führung im SPD-Kreis rivalisierenden BBU-Vorstand Jo Leinen, Juso-Chef Rudolf Hartung und Andreas Zumach von der Aktion Sühnezeichen. Zumach, der über gute Verbindungen zu den kirchlichen und grün-„unabhängigen“ Friedensgruppen verfügt, hatte im vergangenen Herbst kurzfristig durchgesetzt, daß Willy Brandt auf der Abschlußkundgebung am 22. Oktober im Bonner Hofgarten sprechen durfte.

Das Ziel der Genossen: deutlich machen, daß die SPD die eigentliche Friedenspartei ist. Dabei stehen sie vor der doppelten Aufgabe, der eigenen Partei die Friedensbewegung als Bündnispartner zu empfehlen und umgekehrt die Friedensbewegung für die Politik der SPD zu gewinnen.

Die selbstorganisierte Volksbefragung – Höhepunkt: der Europawahl-Tag am 17. Juni – bietet sich dafür gut an: Politische und organisatorische Hilfestellung auf der einen und Wählerstimmen auf der anderen Seite sind die Preisgelder, die eine Zusammenarbeit lohnend erscheinen lassen. Willy Brandt hat seine grundsätzliche Unterstützung bereits zu erkennen gegeben. Um Abrüstung und eine Rückkehr zur Entspannung zu erreichen, sei und bleibe „der Druck der vielen unerlässlich“.

Rudolf Hartung bot noch mehr als nette Worte. 25.000 sozialdemokratische Helfer, hat er versprochen, werden am 17. Juni vor den Wahllokalen stehen, um die Volksbefragung auch personell sicherzustellen.

Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. SPD-MdB Gert Weisskirchen scheinheilig zum parteieigenen Pressedienst ppp: „Die Friedensbewegung wird natürlich als ein Objekt betrachtet, das man in Wählerstimmen ummünzen kann. Aber jeder, der seine egoistischen, parteipolitischen Ziele hierauf ausrichtet, wird Schiffbruch erleiden.“

Gemünzt war dieser Vorwurf nicht etwa auf die SPD, sondern auf die „Friedensliste“, einem Personenbündnis, das aber wesentlich von DKP, DFU und DS getragen wird. Das Interesse dieser Parteien an der Bildung der Liste ist verständlich: Die Früchte der Arbeit, die sie selbst in die Vorbereitung und Durchführung der Volksbefragung investieren, sollen nicht allein der SPD und den Grünen in Form zusätzlicher Wählerstimmen zugutekommen.

Dabei gingen die Initiatoren der Liste selbst nicht eben pingelig an ihr Projekt heran. Die Namen derjenigen, die einen Aufruf zur Diskussion einer solchen Liste unterschrieben hatten, wurden als Referenzen für die Bildung dieser Liste verwendet.

Die Friedensliste sorgte auch für Streit im liberalen Lager. Christoph Strässer, einer der wenigen liberalen Symbolgestalten im Friedensbereich, hatte den Aufruf zur Diskussion der Liste ebenfalls unterschrieben. Dem LD-Bundesvorsitzenden Ulrich Krüger hatte er zugleich seine Solidarität zugesagt: Im Falle einer eigenständigen Kandidatur der Liberalen Demokraten zur Europawahl werde er von einer Unterstützung der Liste Abstand nehmen.

Die Partei machte ihm diese Entscheidung dann unnötig schwer. In einer Presseerklärung trug Krüger massive Angriffe gegen die Liste vor, die Strässer als eine „derartig unqualifizierte Form des verbalen und wohl auch inhaltlichen Anti-Kommunismus“ empfand, wie er sie selten innerhalb des fortschrittlichen Spektrums erlebt habe. Und: „Bislang gehörte es zu meinen Prinzipien, mich demonstrativ mit den Betroffenen solcher Diffamierungskampagnen auch praktisch zu solidarisieren.“

Der LD-Bundesvorstand versuchte das zerschlagene Porzellan in einer Erklärung wieder zu kitten: „In Abgrenzung zur Friedensliste“, so war in einer weiteren Pressemitteilung zu lesen, solle „alles vermieden werden, was diffamierend oder diskriminierend gegen diese politische Gruppierung wirke“.

Die Jungdemokraten, die ebenfalls eine Einladung zur Unterstützung der Liste erhalten hatten, taten sich leichter. Neben inhaltlichen Bedenken empfanden sie schon den ihnen zgedachten Verhandlungspartner Uwe Knickrehm als Zumutung. Knickrehm, ehemaliger langjähriger MSB-Bundesvorsitzender, gilt in Jungdemokratenkreisen als „notorische Nervensäge“.

Relativ unbeeindruckt von den Auseinandersetzungen an der Spitze der Bewegung geht die Arbeit der vielen lokalen und regionalen Friedensinitiativen weiter. Die Vorbereitung der Ostermärsche steht dabei im Mittelpunkt. Neben der Forderung nach Rücknahme der Stationierung der neuen amerikanischen und sowjetischen Raketen tauchen neue Themen auf: Im Ruhrgebiet ist dies die 35-Stunden-Woche, andernorts – in engerem Zusammenhang mit den Grundanliegen der Friedensbewegung – das Verhältnis zur 3. Welt, die neue Offensivstrategie der US-Armee (Stichwort: „Air-Land-Battle“) und die damit einhergehende konventionelle Aufrüstung.

An Themen und Aufgaben wird es der Friedensbewegung auch in den nächsten Jahren nicht fehlen. Die Organisationsfrage indes ist gestellt. Der sozialdemokratische „Vorwärts“ hat bereits eine Antwort versucht. Die Friedensbewegung werde es schwer haben zu überleben – „es sei denn, innerhalb traditioneller Organisationen“.

Bedingter Antritt zur Europawahl

Der bisherige Bundesvorsitzende der Liberalen Demokraten, Ulrich Krüger, ist am 19. Februar auf dem fünften LD-Bundesparteitag in Augsburg mit großer Mehrheit wiedergewählt worden. Er erhielt 176 von 220 abgegebenen Stimmen. Am Vortag hatten die Delegierten mit Zwei-Drittel-Mehrheit beschlossen, zur Europawahl unter der Bedingung anzutreten, daß die Finanzierung des Wahlkampfes bis zur Einreichung der Bundesliste sichergestellt ist. Zur Spitzenkandidatin wurde die 46jährige Juristin Hanna Thum aus Worpssweede gewählt, auf Platz zwei kam der seit zehn Jahren in Heidelberg lebende britische Staatsbürger John David Williams.

In Augsburg herrschte Wahlkampfstimmung. Für den 18. März, exakt einen Monat nach dem LD-Parteitag, waren in Bayern Kommunalwahlen anberaumt, an denen sich auch die Liberalen Demokraten in einigen ausgesuchten Gemeinden, u.a. Augsburg, beteiligten. Die grün-weißen LD-Plakate überall in der Fuggerstadt wie auch das am Eingang der Kongreßhalle angebrachte LD-Transparent machten deutlich, daß hier eine Partei angetreten war, aus dem Tief des 0,4 %-Ergebnisses von Bremen und Hessen herauszukommen.

Nicht nur der Wahlkampf, sondern auch der Fasching sorgte an dieser Wochenende in Augsburg für Stimmung. LD-Kreisvorsitzender Dieter Rauch wies

Ein Wahlerfolg schien für den LD-Landesvorsitzenden und Augsburger Spitzenkandidaten Anton Fischer schon fest eingeplant zu sein, denn engagierte Bürger können „sich diesmal endlich selbst wählen“, da ein Großteil der Augsburger LD-Kandidaten für den Stadtrat keine Parteimitglieder sind. Die Hoffnung der Liberalen wurde auch durch das mit viel Beifall aufgenommene Grußwort des SPD-Oberbürgermeisters Hans Breuer genährt, der den Mut für den liberalen Neuanfang bewunderte.

Ulrich Krüger beschäftigte sich in seiner rund zweistündigen Grundsatzrede vor allem mit der Situation der bundesdeutschen Parteien „links von der CDU“ und den Möglichkeiten, die die Liberalen

Liberalen“ war das Fazit des LD-Bundesvorsitzenden. Hauptaufgabe der Liberalen Demokraten sei es daher, „die bürgerliche Mitte“ in das Fortschrittslager aus SPD und Grünen einzubringen, die beide allein die Mehrheit diesseits der CDU nicht erreichen könnten.

Große Hoffnung setzt Krüger dabei auf den Freundes- und Förderkreis der Liberalen Demokraten, der sich unter der Federführung des Marburger Erziehungswissenschaftlers und Bildungsforschers Leonhard Froese – dabei auch Ingeborg Drewitz und Helmut Ridder – gegründet hat.

Inhaltlich setzte Krüger in seiner Rede einen Schwerpunkt auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik und forderte, „jetzt eine emanzipatorische, eine liberale

Aus dem Grußwort von Ingeborg Drewitz: „Liberale Politik ist in der deutschen Geschichte nicht immer Politik nur einer liberalen Partei gewesen . . . daß die noch kleine Partei der Liberalen Demokraten die liberale Tradition lebendig halten will, ehrt sie nicht nur, sondern macht sie wählbar. Wann lernen wir politische Kultur: also Ja-sagen zu denen, die anders denken?“



Ulrich Krüger (r.) stimmte für eine Wahlteilnahme unter Vorbehalt

in seiner Begrüßungsrede dann auch auf den Augsburger Faschings-Schlachtruf „Lach am Lech“ hin: „Hoffen wir, daß nach dem 18. März sowohl die Liberalen Demokraten am Lech als auch in der ganzen Republik etwas zu lachen haben“.

Demokraten im Rahmen dieses Spektrums haben könnten. Weder bei der SPD noch bei den Grünen sieht Krüger den „authentischen Liberalismus“ beheimatet. „Eine der Emanzipation des Menschen verpflichtete Demokratie braucht

Sozialpolitik zu entwickeln“. Es gehe darum, dieses traditionelle Defizit der Liberalen aufzuarbeiten und endlich realistische Perspektiven auf diesem sich verschärfenden Konfliktfeld zu entwickeln. In der umstrittenen Frage der Teilnahme an den Europawahlen empfahl Krüger den Delegierten, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, am 17. Juni zur Europawahl antreten zu können.

Die Europawahl war dann auch der meistdiskutierte Punkt in der Debatte über den Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden. Stellvertretend für die Gegner einer Wahlbeteiligung forderte der Hamburger Landesvorsitzende Henning Bruns, „besser die Finger von diesem Abenteuer Europa zu lassen“ und dort seine Chance zu suchen, wo die Infrastruktur der Partei dies auch ermögliche. Demgegenüber vertrat der Heidelberger John David Williams die Ansicht, daß die Europawahl die einmalige Chance mit sich bringe, „das Profil der Liberalen Demokraten an den Mann zu bringen“.

Die sich in der Diskussion mit über 30 Wortbeiträgen abzeichnende Kompromißlösung wurde vom Berliner Landes-

Grundsätzliche Bedenken bleiben bestehen

Am 27. Juli vergangenen Jahres legten Hanspeter Knirsch und Ulrich Krüger für den Bundesvorstand der Liberalen Demokraten Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht gegen den geplanten computergerechten Personalausweis ein. Seither warten sie auf eine Nachricht aus Karlsruhe. Mit Datum vom 2.3.84 haben sie jetzt „höflichst angefragt“, ob und gegebenenfalls wann mit der Anberaumung einer mündlichen Verhandlung gerechnet werden könne.

In LD-Kreisen besteht die Vermutung, das Gericht lasse die Klage absichtlich unbeantwortet liegen, um der Bundesregierung nach dem Volkszählungsentscheid eine weitere Niederlage zu ersparen. Das BVG rechne nämlich damit, daß nach der von der Regierung angekündigten „Nachbesserung“ des Personalausweisgesetzes die Verfassungsbeschwerde hinfällig werde. Knirsch und Krüger haben in ihrem Schreiben an das Verfassungsgericht deshalb „vorsorglich“ darauf hingewiesen, daß auch die angekündigte Novellierung des Gesetzes ihre grundsätzlichen Bedenken nicht ausräumen könne, „da die Bundesregierung an der Maschinenlesbarkeit des Ausweises festhalten will“.

In Ergänzung zur Beschwerdeschrift vom 22.7.83 haben Knirsch und Krüger in ihrem Schreiben auch Argumente gegen den Computer-Ausweis vorgetragen, die sich neu aus dem Volkszählungsurteil ergeben haben. Die liberalen Drucksachen geben diese neuen Beweisgründe im folgenden leicht gekürzt (in Abschnitt III) wieder.

I

In seiner Entscheidung vom 15.12.1983 zum Volkszählungsgesetz (1 BvR 209/83 u.a.) hat der Senat ein durch Art. 2 I i.V.m. Art. 1 I GG geschütztes Recht auf informationelle Selbstbestimmung anerkannt.

Einschränkungen dieses Rechts sind nur im überwiegenden Allgemeininteresse zulässig. Sie bedürfen einer verfassungsgemäßen gesetzlichen Grundlage, die dem rechtsstaatlichen Gebot der Normenklarheit entsprechen muß. Bei seinen Regelungen hat der Gesetzgeber den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu beachten. Auch hat er organisatorische und verfahrensrechtliche Vorkehrungen zu treffen, welche der Gefahr einer Verletzung des Persönlichkeitsrechts entgegenwirken.

Die Einführung des computergerechten Ausweises, der einen bei den verschiedensten Dateien einheitlich anzuwendenden Code darstellen würde, verstößt gegen das sogenannte Übermaßverbot.

Die Maßnahme ist nämlich weder geeignet, den angeblichen Zweck zu verwirklichen, noch erforderlich, noch verhältnismäßig.

1. Durch die Maschinenlesbarkeit soll angeblich die Fälschungssicherheit erhöht werden, die Grenzkontrolle erleichtert und die Strafverfolgung verbessert werden. Die Erhöhung der Fälschungssicherheit ist technisch keineswegs an die Maschinenlesbarkeit gebunden.

Die Erleichterung der Grenzkontrolle wäre hypothetisch denkbar, wenn die Zahl der Kontrollen nicht erhöht werden würde. Das ist jedoch nicht der Fall. Nach den Bekundungen der Bundesregierung soll die Kontrolldichte erhöht werden, so daß durch den Ausweis keinerlei zeitliche Erleichterungen zu erwarten sind. Außerdem stehen gewisse zeitliche Verzögerungen bei der Grenzkontrolle in keinem Verhältnis zur Schwere des Grundrechtseingriffs durch die Einführung des maschinenlesbaren Ausweises.

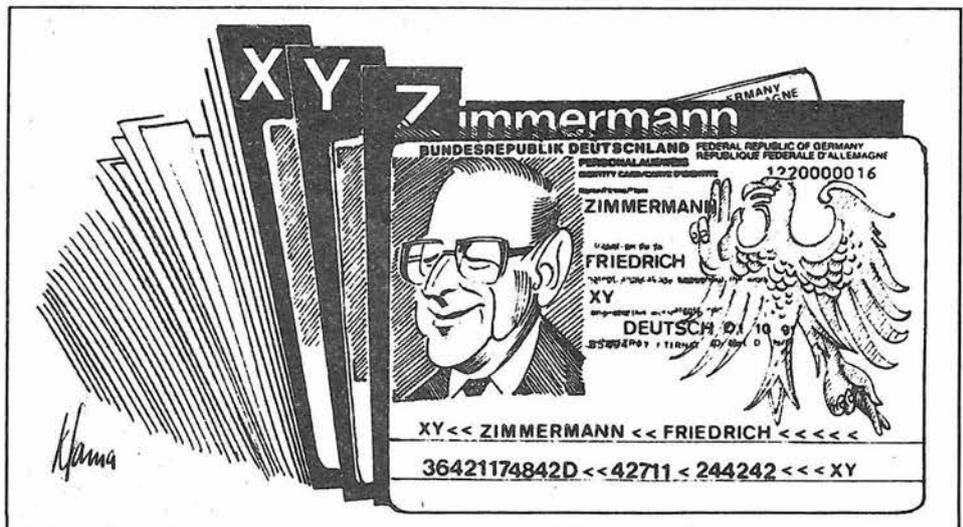
Die Verbesserung der Strafverfolgung durch den Ausweis ist eine von Experten angezweifelte und durch nichts bewiesene Behauptung. Hinter dem Konzept der Maschinenlesbarkeit steht die Absicht der präventiven Massenkontrolle, -erfassung und -registrierung. Solche gigantischen Datenbanken sind fahndungstechnisch höchst fragwürdig, stellen aber ein großes

schienenlesbarkeit nicht erforderlich. Dazu stehen im Hinblick auf die Intensität des Grundrechtseingriffs mildere Mittel, wie z.B. ein in der Fälschungssicherheit erhöhter „normaler“ Personalausweis, zur Verfügung.

3. Die Maschinenlesbarkeit steht auch außer Verhältnis zum angestrebten Nutzen. Dies wird alleine dadurch deutlich, daß alle westlichen Demokratien vergleichbarer Struktur auf einen solchen Ausweis verzichten, ohne daß dort unlösbare Probleme der Grenzkontrolle, der Identitätsfeststellung oder der Kriminalfahndung entstanden sind.

II

Die zitierte Entscheidung des Senats zum Volkszählungsgesetz setzt sich zwar noch nicht erschöpfend mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung auseinander, geht aber richtigerweise auf den qualitativen Schritt von manueller zu automatisierter Datenverarbeitung ein. Der Senat hat festgestellt, daß die Befugnis des einzelnen, grundsätzlich selbst zu entscheiden, wann und innerhalb welcher Grenzen persönliche Lebenssachverhalte



Hamburger Rundschau

Mißbrauchspotential dar, für das es keine verfahrensrechtlichen Vorkehrungen gibt, die einer Verletzung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung entgegenwirken könnte.

2. Der Personalausweis, der eigentlich nur ein Instrument der Identitätsfeststellung sein darf, wird durch die Maschinenlesbarkeit zu einem Instrument der Massenkontrolle und -registrierung. Die quantitative Steigerung der Kontrollmöglichkeiten stellt eine qualitative Veränderung der Grundrechtsbeeinträchtigung gegenüber dem bisherigen Zustand dar. Zur Identitätsfeststellung als eigentliches Ziel des Personalausweises ist aber die Ma-

offenbart werden, unter den heutigen und künftigen Bedingungen der automatisierten Datenverarbeitung eines besonderen Schutzes bedarf. Dieser besondere Schutz ist vor allem deshalb geboten, weil bei Entscheidungsprozessen nicht mehr wie früher auf manuell zusammengetragene Karteien und Akten zurückgegriffen werden muß, vielmehr heute mit Hilfe der automatisierten Datenverarbeitung Einzelangaben über persönliche oder sachliche Verhältnisse einer bestimmten oder bestimmbarer Person technisch gesehen unbegrenzt speicherbar und jederzeit ohne Rücksicht auf Entfernungen in Sekundenschnelle abrufbar sind. Zutreffend hat der

Senat festgestellt, daß personenbezogene Daten vor allem beim Aufbau integrierter Informationssysteme mit anderen Datensammlungen zu einem teilweise oder weitgehend vollständigen Persönlichkeitsbild zusammengefügt werden können, ohne daß der Betroffene dessen Richtigkeit und Verwendung zureichend kontrollieren kann. Genau an diesem Punkt wird künftig der Personalausweis als einheitlicher Code eine entscheidende Schlüsselrolle spielen. Mit seiner Hilfe wird es möglich sein, verschiedene Informationssysteme zusammenzufügen. Damit wird sich in einer bisher unbekanntem Weise die Möglichkeit einer Einsicht- und Einflußnahme erweitern. Individuelle Selbstbestimmung setze aber voraus — so der Senat in den Entscheidungsgründen zum Volkszählungsurteil —, daß dem einzelnen Entscheidungsfreiheit über vorzunehmende oder zu unterlassende Handlungen einschließlich der Möglichkeit gegeben ist, sich auch entsprechend dieser Entscheidung tatsächlich zu verhalten. Wer nicht mit hinreichender Sicherheit überschauen könne, welche ihn betreffende Informationen in bestimmten Bereichen seiner sozialen Umwelt bekannt sind, und wer das Wissen möglicher Kommunikationspartner nicht einigermaßen abzuschätzen vermag, könne in seiner Freiheit wesentlich gehemmt werden, aus eigener Selbstbestimmung zu planen oder zu entscheiden. Mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung wären eine Gesellschaftsordnung und eine diese ermöglichende Rechtsordnung nicht vereinbar, in der Bürger nicht mehr wissen können, wer was wann und bei welcher Gelegenheit über sie weiß. Wer unsicher sei, ob abweichende Verhaltensweisen jederzeit notiert und als Information dauerhaft gespeichert, verwendet oder weitergegeben werden, wird versuchen, nicht durch solche Verhaltensweisen aufzufallen. Wer damit rechnen müsse, daß etwa die Teilnahme an einer Versammlung oder einer Bürgerinitiative behördlich registriert wird und daß ihm dadurch Risiken entstehen könnten, wird möglicherweise auf eine Ausübung seiner entsprechenden Grundrechte (Art. 8, 9 GG) verzichten. Dies würde nicht nur die individuellen Entfaltungschancen des einzelnen beeinträchtigen, sondern auch das Gemeinwohl, weil Selbstbestimmung eine elementare Funktionsbedingung eines auf Handlungs- und Mitwirkungsfähigkeit seiner Bürger begründeten freiheitlichen demokratischen Gemeinwesen sei.

III

Abschließend sei darauf hingewiesen, daß das Personalausweisgesetz in § 4 für die Verwendung im nichtöffentlichen Bereich eine entscheidende datenschutzrechtliche „Lücke“ enthält. Dort ist zwar die Erschließung von Dateien mit Hilfe des Personalausweises verboten, nicht aber deren Erstellung. Damit wird über die Erstellung einer Zwischendatei und der internen Abgleichung mit vorhandenen Stammdateien der Personalausweis zum zentralen Schlüssel der personenbezogenen Datenverarbeitung im privaten Bereich.

vorsitzenden Konrad Bachmann eingebracht. Unter dem Gesichtspunkt, daß die Europawahl die Möglichkeit biete, nach politischer Sympathie zu entscheiden, solle man sich zutrauen, bei der Europawahl anzutreten, allerdings nicht „ohne klares radikal-demokratisches Programm und ohne ein abgesichertes finanzielles Konzept“.

In mehreren Abstimmungsgängen setzte sich diese Haltung schließlich durch. Mit Zweidrittel-Mehrheit stimmten die rund 250 Delegierten am späten Samstag-Nachmittag für den bedingten Antritt und folgten somit den Anträgen des Bundesvorsitzenden Ulrich Krüger und des Berliner Landesverbandes.

Im Mittelpunkt der Arbeitskreisarbeit standen Fragen der Wirtschafts-, Energie- und Umweltpolitik und im Bereich Innen und Recht die Ausländerpolitik. Von den Arbeitskreisen entwickelte umfangreiche Thesenpapiere konnte der Parteitag aus Zeitmangel nicht mehr verabschieden. In einer Resolution forderte die Partei das Bundesverfassungsgericht auf, sich umgehend mit der vom Bundesvorstand der Liberalen Demokraten im Juli 1983 eingereichten Verfassungsbeschwerde gegen den computergerechten Personalausweis zu befassen. Die von der Bundesregierung angekündigte datenschutzrechtliche „Nachbesserung“ des entsprechenden Gesetzes könne die grundsätzlichen Bedenken gegen die neue Ausweiskarte nicht entkräften.

Zur Europawahl beschloß der Parteitag ein 19 Punkte umfassendes Thesepapier, dessen zentrale Aussage die Forderung nach einer die kulturelle Vielfalt der Völker bewahrenden europäischen Föderation ist. Die Erweiterung der Entscheidungskompetenzen des europäischen Parlaments, die Schaffung einer durch das Parlament gewählten europäischen Regierung, die Ablösung des Ministerrats durch eine aus den Regionen zu wählende zweite Kammer (Regionalrat) und die Einführung des Verhältniswahlrechts sind einzelne Programmpunkte.

In der Sicherheitspolitik sind die Liberalen Demokraten der Ansicht, daß die Europäer nicht länger auf eine eigenständige Sicherheitspolitik verzichten können, und daher „ein europäisches Sicherheitssystem, basierend auf dem Grundgedanken der blockübergreifenden Sicherheitspartnerschaft, ein entscheidender Schritt zu einer weltweiten Friedensordnung wäre“. Ohne es in dem Programm direkt anzusprechen dürfte damit auch die Diskussion über die Zugehörigkeit zur NATO innerhalb der Liberalen Demokraten in nächster Zeit intensiver geführt werden.

Bei der von der Bundesvertreterversammlung gewählten und von Hanna Thum angeführten Bundesliste zur Europawahl sind unter den Plätzen 1 — 10 fünf Frauen. Wie notwendig die von den

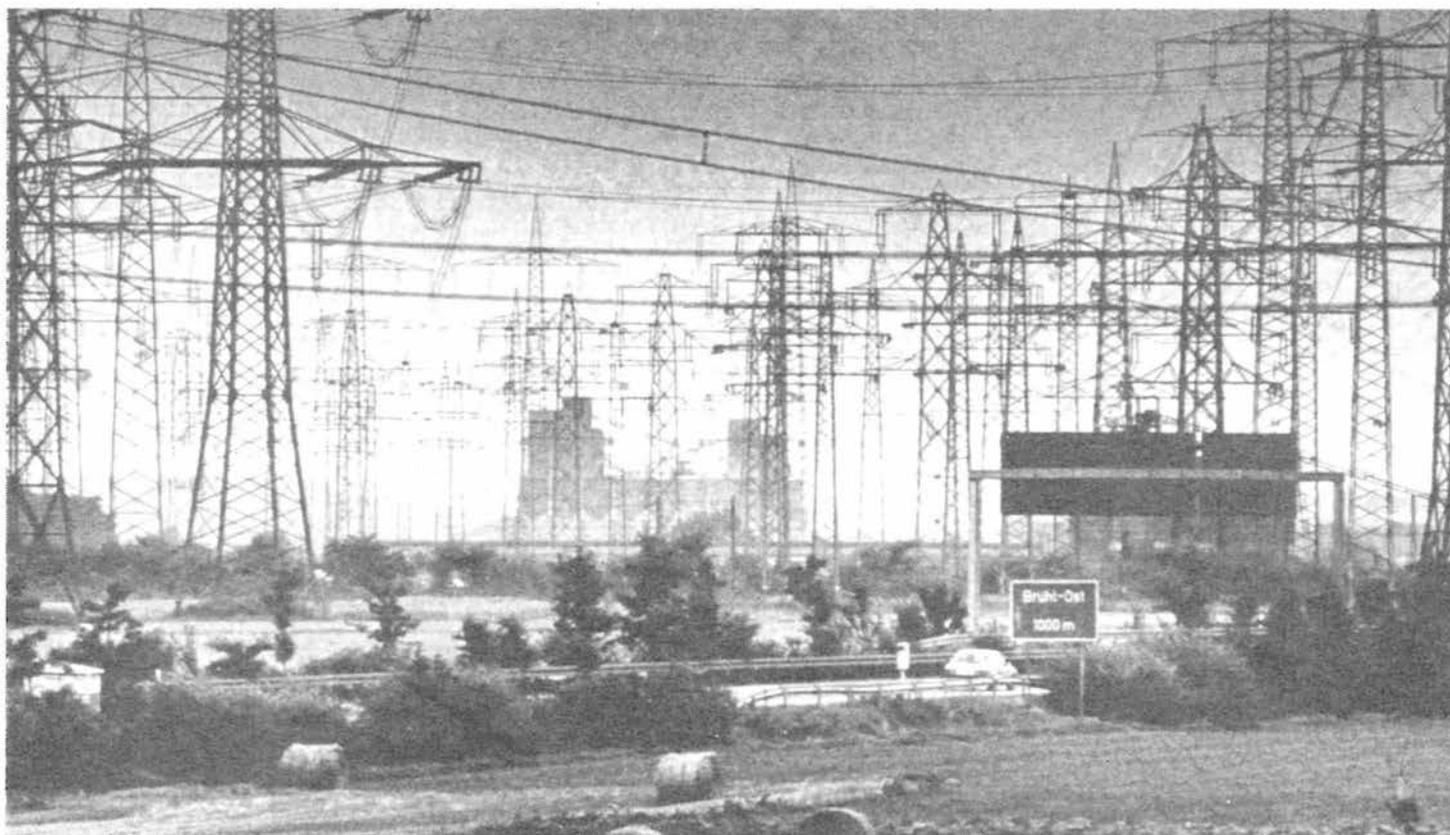
LD geforderten Reformen der europäischen Ordnung sind, zeigte sich, als Hanna Thum bei der Annahme ihrer Wahl den Sitz des Europaparlaments kurzerhand von Straßburg nach Brüssel verlegte. Der nordrhein-westfälische Delegierte Ernst-Albrecht von Renesse wußte gleich Abhilfe ob dieser vermutlich Freudschen Fehlleistung der liberalen Spitzenkandidatin: Er überreichte ihr eine in aller Eile mit vielen Delegiertenunterschriften versehene Broschüre „Bürgerinformation Europa“.



Hanna Thum hatte Grund zur Freude

Das vom Bundestag beschlossene Wahlgesetz zur Europawahl schreibt vor, daß auf den Listen deutscher Parteien auch nur deutsche Staatsangehörige kandidieren dürfen. Die Bundesvertreterversammlung der LD beschloß in einem demonstrativen Akt, diese von wenig europäischem Geist getränkte Bestimmung zu mißachten. Sie wählte den britischen Staatsbürger John David Williams, der auch entscheidenden Anteil an der Erstellung des Europawahlprogramms hatte, auf Platz Zwei der Bundesliste. Es steht zu erwarten, daß der Bundeswahlleiter diese europafreundliche Geste als illegal verwerfen wird.

Bei den Vorstandswahlen gab es keine Überraschungen, jedoch eine Menge neuer Gesichter. Neuer Schatzmeister wurde Dieter Walter aus Niedersachsen. Zu Stellvertretern wiedergewählt wurden: Anton Fischer (Bay), Hanno Jochimsen (HH), Hans-Peter Knirsch (NRW), Michael Kleff (NRW), Heinz Löffler (Berlin), John David Williams (BaWü) und Heinz-Hermann Storck (Hessen). Neugewählt wurden: Almuth Fischer (NS), Ursula von Gizycki (NRW), Heiko Gottschall (Bremen), Klaus Kiewe (Berlin), Axel Heder-gott (NRW), Theodor Fischer (Saar), Sabine Richardon (SH) und Gisela Ewald (BaWü).



Arbeit und Umwelt –

die SPD entdeckt ein Zwillingsspaar

Hessen vorn – getreu diesem Motto legten der hessische Umweltminister Karl Schneider und sein Staatssekretär Jörg Jordan im Mai 1983 ein Papier vor, das den knappen Titel „Arbeit und Umwelt“ trug. Politische Unken, die die Geburt eines solchen Papiers eher den damals bevorstehenden Landtagswahlen in Hessen und dem drohenden erneuten Einzug der Grünen ins Parlament zuschrieben, wurden bei näherer Betrachtung eines anderen belehrt.

Die handliche Broschüre schlüsselt auf nahezu 100 Seiten detailliert auf, was im Umweltschutz zu tun und wieviele Arbeitsplätze mit Umweltschutzmaßnahmen zu realisieren sind. In der Einleitung zielen Schneider und Jordan möglicherweise auch auf Kleinmütige in ihrer eigenen Partei: „Nicht mehr länger die Frontstellung Arbeitsplätze oder Umweltschutz bestimmt die öffentliche Diskussion, sondern die Einsicht, daß mit dem unumgänglichen Schutz unserer Umwelt Arbeitsplätze gesichert und neugeschaffen werden können“.

Ganz geheuer war den Verfassern die eigene Courage allerdings nicht. Sie beil-

ten sich, auf Verbündete hinzuweisen und um Geduld nachzusuchen: „Es fehlt nicht an politischen, wissenschaftlichen und publizistischen Hinweisen, daß Ökonomie und Ökologie keine Gegensätze sein müssen. Die Umsetzung dieser Erkenntnis erfolgt – wenn überhaupt – jedoch recht bruchstückhaft“. Leider: Denn auch Schneider/Jordans Broschüre ist nach eigener Aussage ein „Programmmentwurf zur Diskussion“. Aber tröstlicherweise diesmal nicht von besorgten Ökologen, sondern von einem leibhaftigen Umweltminister.

Schneider und Jordan fahren in der Argumentation und in ihren Beispielrechnungen schweres Geschütz auf. Nach dem Motto, wer nicht wagt, gewinnt auch nicht (weder Arbeitsplätze noch Wählerstimmen), erheben sie in ihrem Programm hohe Ansprüche: Die vorgestellten Maßnahmen seien umweltverträglich, gesellschaftlich sinnvoll und wünschenswert und führten zur Schaffung von neuen oder zur Erhaltung akut bedrohter Arbeitsplätze. Nach – wie die Autoren mit Hinweis auf die Erfolge des „Zukunftsinvestitionsprogramms“ vermerken – bewährter sozialdemokratischer Tradition

kommt dem Staat eine tragende Rolle bei diesem gigantischen 20-Jahres-Programm zu: Direktinvestitionen, Investitionsanreize für Private, eine nachfragewirksame Geld- und Lohnpolitik und eine Neuverteilung der Arbeit durch die Verkürzung der Wochenarbeitszeit sind die Mittel zum guten Zweck.

Damit der durch die neuen Aufgaben arg strapazierte öffentliche Dienst die Aufgaben bewältigen kann, wird gefordert, den Stellenabbau im öffentlichen Dienst kritisch zu überprüfen und ihn dort, „wo nachweislich ein erheblicher Bedarf in der öffentlichen Daseinsvorsorge besteht (z.B. im sozialen- und Umweltbereich), zu stoppen bzw. rückgängig zu machen“.

Detailliert werden über ein Dutzend Bedarfsfelder genannt, deren Arbeitsplatzpotential ermittelt und die Finanzierungsfrage gestellt: von Gewässerschutz, Wasserversorgung und Luftreinhaltung über Lärmschutz, Abfallwirtschaft, Energieversorgung und Verkehrspolitik bis hin zu Stadtsanierung, Dorferneuerungen, Wohnungsbau, Land- und Forstwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege.

Es ist in der Tat ein gigantisches Programm, das da über einen 15- bis 20jährigen Zeitraum laufen soll, 760.000 Arbeitsplätze schafft und — hier verschlägt es nicht nur Skeptikern zunächst die Sprache — Investitionen von rund 770 Mrd. DM benötigt. Verglichen mit den mehr als 120 Mrd. DM, die in den letzten 10 Jahren die bundesrepublikanische Volkswirtschaft für Umweltschutzmaßnahmen aufgebracht hat, ein beachtlicher Batzen Geld.

Schneider und Jordan rechnen vor, wie die Summe aufzubringen ist. Sozusagen als Trost für die Finanzminister weisen sie zunächst darauf hin, daß „die Investitionen ganz überwiegend durch private Mittel erfolgen, zu deren Anreiz relativ geringe öffentliche Fördermittel notwendig sind“. Es wird damit gerechnet, daß der Anteil öffentlicher Mittel bei etwa 50 % liegt. Verteilt auf die Laufzeit des Programms ergibt sich bei kontinuierlichem Mitteleinsatz ein Jahresbedarf von ca. 40 Mrd. DM, bleiben also für die öffentlichen Hände 20 Mrd. DM.

Verteilt man diese Summe wieder auf alle öffentlichen Haushalte und unterstellt, daß der Bundesanteil wiederum 50 % betrage, also 10 Mrd. DM, so wird die Größenordnung schon begreifbarer: 10 Mrd. DM sind etwa 4 % der Gesamtausgaben des Bundeshaushalts '83. Wer hier auch noch zurückscheut, sei daran erinnert, daß zur Beseitigung der landwirtschaftlichen Überproduktion jährlich mehr aufgewendet wird.

Gänzlich zum Selbstläufer wird das Programm, rechnet man den jährlichen Ausgaben die jährlichen Einsparungen bei öffentlichen und quasi-öffentlichen Haushalten durch den Wegfall der Kosten der Arbeitslosigkeit gegen. Rund 18,2 Mrd. DM pro Jahr würden eingespart, also nahezu die Größenordnung des öffentlichen Anteils an der jährlichen Gesamtinvestitionssumme.

Die hessische Umwelinput-Arbeitsplatzoutput-Rechnung fand Anklang. Johannes Rau in Düsseldorf beeilte sich, nachdem er aus dem hohen Norden einen neuen, unbelasteten Umweltminister an den Rhein kommandiert hatte, und legte im Oktober 1983 das „Umweltprogramm Nordrhein-Westfalen“ vor. Nun marschieren sie „Seit' an Seit'", die beiden übriggebliebenen SPD-regierten Flächenländer. Allerdings geht man in Düsseldorf mit etwas mehr Skepsis an diese neue Aufgabe heran.

Man nimmt sich viel Zeit für eine „Standortbestimmung“, für die Beschreibung dessen, was gemeinhin nicht mehr erklärt zu werden braucht, weil es auch die Kumpel im Ruhrgebiet tagtäglich vor Augen haben: Nordrhein-Westfalen als abschreckendes Beispiel für eine zerstörte Umwelt durch verdichtete Industrie. Kein anderes Land in der BRD ist wie NRW

ein Menetekel für die Folgen des marktwirtschaftlichen Credos, nur alles dem Markt überlassen, der Wohlstand stelle sich schon selbst ein.

Solange Wohlstand als die Zahl der Waschmaschinen, der Fernseher, der produzierten Tonnen Stahl definiert wurde, also zu Zeiten des Wirtschaftswunders, da hat NRW diesem Fetisch am meisten geglaubt, hat aber auch — um dies zu erkennen, braucht es keines stark sensibilisierten Umweltbewußtseins — am meisten darunter gelitten. Daß die SPD-Regierung in Düsseldorf so vorsichtig ans Umschwenken geht, hat sicherlich auch seine Gründe darin, daß man jahrelang den Kumpels einen vermeintlichen Widerspruch zwischen Ökonomie und Ökologie

So recht klar scheint die Landesregierung da selber noch nicht zu sehen, denn „um die beschäftigungspolitische Bedeutung einer ökologisch orientierten Infrastrukturpolitik deutlich zu machen, wird die Landesregierung Untersuchungen veranlassen“.

Das Papier liegt vor, die ersten Millionen (von rund 870 für 1984) sind auf den Weg gebracht. Doch der Schwenk der Landesregierung muß sich Häme gefallen lassen. Die ZEIT bemühte unter der Überschrift „Guter Wille mit Verspätung“ sogar Karl Kraus, nach dem das Gegenteil von „gut“ in der Politik „gut gemeint“ heiße. In der Tat stand die Landesregierung in Düsseldorf bislang nicht an der Spitze der Bewegung, wenn es um kon-



SPD-Regierungschefs Börner und Rau: Kehrtwendung in der Umweltpolitik

vorbetete. So teilt man dem interessierten Leser dann erst auf Seite 13 unter der Überschrift „Umweltschutz und Arbeitsplätze“ vorsichtig das mit, was der seinerzeitige Umweltminister Hans-Otto Bäumler kurz und treffend mit „Bündnis zwischen Malochern und Waldläufern“ als Notwendigkeit zukünftiger Politik in NRW erkannt hat.

Arbeitsplatzprobleme haben in NRW erste Priorität und so nimmt es nicht wunder, daß man sich zunächst noch einmal selbstkritisch auf die Brust schlägt: „Wir alle (haben) zu lange unsere Umwelt als kostenloses, leicht auszubeutendes Gut betrachtet, über das frei verfügt werden kann.“ Arbeitsplatzzahlen, die durch Umweltmaßnahmen erreicht werden könnten, werden nicht genannt. Dem Leser wird lediglich mitgeteilt, daß mit den im Programm festgeschriebenen Vorhaben „eine große Zahl von Arbeitsplätzen“ geschaffen oder gesichert werden kann.

krete Umweltschutzmaßnahmen ging. Noch vor Jahresfrist hatte z.B. für Johannes Rau der Braun- und Steinkohle-Bergbau (und die dazugehörigen Arbeitsplätze) Vorrang vor schärferen Luftreinhaltbestimmungen (Großfeuerungs-Anlagenverordnung und Technische Anleitung Luft). Mittlerweile hat der Regierungschef aber — auch öffentlich — erkannt: Wenn der Wald an der Stromerzeugung aus Kohle stirbt, sterben schließlich auch die Arbeitsplätze im Bergbau.

Nachdem Johannes Rau zwei Minister auf dem Schleuderstuhl des zuständigen Landwirtschaftsministeriums verschlissen hat, setzt er auf den dritten: Klaus Matthiesen hat von Anfang an klargemacht, wo es für ihn lang geht. Im Zweifel werde künftig für die Umwelt entschieden. Und da paßt ihm das blitzschnell auf den Tisch gezauberte Umweltschutzprogramm hervorragend als Einstieg.

Der grünen Grundsatzbroschüre ist

ein Maßnahmenband beigefügt, der nicht weniger als 67 einzelne Vorhaben enthält. Elf davon richten sich allein gegen das Waldsterben, dazu kommen Energiekonzepte, Vorhaben zur Verbesserung der Umweltqualität im Wohnbereich, zur Luftreinhaltung, zum Natur- und Artenschutz, zum Bodenschutz, für gesündere Lebensmittel, zum Gewässerschutz, zur Wasser- und Abfallwirtschaft. Eine fleißige Arbeit – aber, um an Karl Kraus zu erinnern, manchmal eben auch nur „gut gemeint“: von den 67 Maßnahmen fallen

„Investitionen für Umwelt und Beschäftigung“, daß „Umweltechnologien, Investitionen in Umweltschutz neue Wachstumsfelder eröffnen“. Manchem alten Kämpfer für Stahl- und Werftarbeitsplätze, und seien sie noch so marode, mußte es in den Ohren klingeln: „Mit der Produktion von Gütern des Umweltschutzes, mit der Beseitigung bereits eingetretener Schäden und mit der Umweltvorsorge für die Zukunft werden Arbeitsplätze in neuen oder bislang nur ungenügend entwickelten Produktionszweigen geschaffen



Baumsterben: „ökologische mit ökonomischen Notwendigkeiten verbinden“

allein 20 in die Kompetenz des Bundes. Der dort sitzenden Tu-Nix-Regierung wird man kaum den guten Willen, geschweige denn die bereitwillige Übernahme eines NRW-Konzeptes unterstellen können.

Spektakuläre Einzelschritte, die sich für Schlagzeilen der BILD-Zeitung eignen, wie z.B. die Novellierung der TA Luft (die sich wundersamerweise von der Verschärfung zur Verniedlichung der Auflagen für Giftspritzer wandelte), wie auch die Farce um das bleifreie Benzin zeigen, daß man in Bonn anderes im Kopf hat. Und: Umweltschutz als Lokomotive für qualitatives Wachstum, verknüpft mit der Arbeitszeitverkürzung durch die 35-Stunden-Woche, zudem noch vorgeschlagen von der SPD, das ist in der Tat die Inkarnation des ökonomischen Gottseibeius für Lambsdorff'sche Marktwirtschaftler.

Während sich die Regierung in Gesundheitsbeten übt, regt sich bei der (allerdings ohnmächtigen) Opposition in Bonn etwas: zwar nicht bei den Grünen, die zunehmend in ihre eigene Rotationsmaschinerie geraten, die SPD-Fraktion aber gibt verhalten Laut. Im Juni 1983 erkannte die Fraktion in ihren „Beschäftigungspolitischen Leitlinien“ unter dem Punkt

und die Entwicklung neuer Technologien angeregt“.

Fruchtbare Betriebsamkeit setzte ein. Die Partei ließ Herbert Ehrenberg im Dezember 1983 in einem Papier für den Parteivorstand („Arbeit für alle – die Zukunft gestalten“) sagen: „Die Grundprobleme Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung können und müssen in einer gemeinsamen Strategie bekämpft werden“.

Unterdessen ging Volker Hauff mit dem Ergebnis der Konferenz der umweltpolitischen Planungen der SPD-Frakturen aus Bund und Ländern an die Presse. Überschrift: „Umweltschutz schafft Arbeitsplätze“. Kernsatz: „Die Alternative ‚Arbeitsplätze oder Umweltschutz‘ ist in der Sache falsch und verstellt politisch den Blick für die Chancen, beiden Herausforderungen – der Arbeitslosigkeit und der Umweltkrise – gemeinsam zu begegnen“.

Wolfgang Roth legte zusammen mit den Ex-Ministern Hans Apel und Volker Hauff ein Papier „Sondervermögen Arbeit und Umwelt“ vor, nach eigener Aussage der Autoren ein „qualitatives Wachstumsprogramm für eine umweltverträgliche Industriegesellschaft“.

Kernpunkt ist die Forderung nach

einem Umweltpfennig – ein steuerlicher Zuschlag auf den Energieverbrauch –, mit dem Finanzhilfen und Zinsverbilligungen für Staat und Private finanziert werden sollen: Starthilfen für Investitionen für besseres Trinkwasser, für eine umweltgerechte Abfallwirtschaft, für Luftreinhaltung, Energieeinsparung, Lärmschutz und Natur- und Landschaftsschutz.

So gerüstet, trat die SPD-Fraktion mit einem eigenen Antrag „Friede mit der Natur – für eine umweltverträgliche Industriegesellschaft“ in der Umweltdebatte des Bundestages am 9. Februar an. „Die unfruchtbare und falsche Alternative ‚Mehr Arbeitsplätze oder mehr Umweltschutz‘ hat die Bewältigung von zwei vordringlichen Herausforderungen . . . behindert. Es gilt, ökologische mit ökonomischen Notwendigkeiten zu verbinden“.

Ein Rollenwechsel schafft so manches: in der Opposition tun sich die Sozialdemokraten leichter, ein Feld zu beackern, das die Grünen – aus eigenem Selbstverständnis – für sich gepachtet zu haben glaubten. Nun hat die SPD – was die programmatische Arbeit angeht – auch eine Tradition zu verteidigen.

Schließlich war es vor 14 Jahren Willy Brandt selber, der den „blauen Himmel über der Ruhr“ versprochen hatte und als 1971 das „Umweltprogramm“ der damaligen sozialliberalen Regierung vorgelegt wurde, hatte die Umweltpolitik einen guten Start. Eine gesunde Wirtschaftslage und die Vorstellung, Umweltschutz zum Nulltarif (Stichwort: Verursacherprinzip) machen zu können, führte zu gesetzgeberischen Aktivitäten. Der Bruch kam mit der Rezession. Umweltschutz wurde zum Luxusgut: nicht finanzierbar. Konservative Lehren setzten sich wieder durch: Umweltschutz gefährde das Erreichen anderer wirtschaftspolitischer Ziele, insbesondere Vollbeschäftigung und Wachstum, weil er Geld koste. Wachstum also war noch ein Ziel an sich. An Adam Smith (1776, Vom Reichtum der Nationen) dachte keiner: „Die jährliche Arbeit eines Volkes ist der Fonds, welcher dasselbe mit allen Bedürfnissen und allen Annehmlichkeiten des Lebens versorgt, die es jährlich verbraucht“. Und nicht, wie es heute von allen Stammtischen hergebetet wird: Wachstum schaffe Arbeit.

Der Fetisch Wachstum hat ausgedient, diese Erkenntnis hat sich weniger durch Erfolge derjenigen durchgesetzt, die aus umweltpolitischen Gründen das „Null-Wachstum“ propagierten, sondern ist pikanterweise die Folge der Politik derjenigen, die darin einen Rückfall in die Steinzeit zu erkennen glauben.

Die Ökologie hat Vorrang – es wird Zeit, daß die SPD das begreift. Sonst lohnen weitere Mühen nicht – das spielt in einer Zukunft, in der der Umweltschutz keine Priorität hat, keine Rolle mehr.

Dieter Noth

„Ausländer-Rückkehrförderung“ am Beispiel Mannesmann:

„wenn 's die Türken trifft, bin ich gerettet“

von Jochen Werner

Mit dieser Parole ging die NPD schon vor Jahren auf Stimmenfang. Alle etablierten Parteien wiesen das weit von sich; die Holzhammerargumente der NPD waren aber gut geeignet, um sich selbst nachdrücklich von „Ausländerfeindlichkeit“ abzugrenzen. Im Zusammenhang mit der Abfindungsaktion für Ausländer bei Mannesmann fiel mir die alte NPD-Parole wieder ein. Nicht zufällig.

Von Unternehmen ist inzwischen eine ganze Palette von Maßnahmen entwickelt worden, mit denen Belegschaftsabbau „weich“, d.h. ohne größere Konflikte, durchgeführt werden können. Die berühmte 59er-Regelung, Sozialpläne für über 55jährige oder Abfindungsaktionen gehören dazu. Die Betroffenen wägen individuell die Vor- und Nachteile gegeneinander ab und treffen ihre Entscheidung. Ihnen mag das Ausscheiden attraktiv erscheinen, für das Unternehmen ist die angepeilte Belegschaftsreduzierung wichtig. Im Grunde genommen erkauft sich das Unternehmen von den Beschäftigten den „sozialen Frieden“ für den Arbeitsplatzabbau.

Vorausgesetzt wird dabei, daß die Belegschaft die Reduzierung als unabänderlich akzeptiert. Kampf um jeden Arbeitsplatz? „Da kann man doch nix machen!“, Achselzucken. Dann bleibt nur noch die Frage, wen es trifft. Mit ihren „Angeboten“ knüpfen die Unternehmen an vorhandene Interessenlagen und Denkstrukturen an. Ältere sind z.B. oft so kaputt malocht, daß sie froh sind, mit einigen tausend Mark aus der Knochenmühle rauszukommen.

Seit Dezember 1983 versucht Mannesmann nun massiv, ausländische Kollegen zum „freiwilligen“ Ausscheiden zu bewegen. Zunächst wurde ein „Personalüberhang“ von 1.000 Leuten festgestellt. Durch normale Fluktuation und Ausscheiden über Montan-Union-Vertrag für Ältere sollen 400 Arbeitsplätze abgebaut werden. Die restlichen 600 sollen durch ein „Angebot“ an die ausländischen Kollegen eingespart werden. Wenn nicht so viele Ausländer „freiwillig“ gehen, seien Entlassungen notwendig. Sollten aber mehr als 600 die Abfindung annehmen, ist vom Unternehmen die zusätzliche Übernahme von Lehrlingen nach der Ausbildung in Aussicht gestellt worden.

Das „Angebotspaket“ für die ausländischen Kollegen ist geschickt geschnürt. Alle wurden zur „Beratung“ ins Personalbüro bestellt und erhielten dort einen



„Ausländer raus“

Kölner Stadt-Anzeiger

Computerausdruck über die Geldsumme, die sie bekommen konnten. Dabei wurde aber nicht nur der Betrag angegeben, den Mannesmann zahlt (je nach Betriebszugehörigkeit und Bruttoverdienst um 40.000 DM). Ebenfalls aufgeführt war die staatliche Rückkehrförderung und der Arbeitnehmeranteil aus der Rentenversicherung (damit gekoppelt auch eine Pauschale zur Abgeltung der Betriebsrente), den sich die Ausländer beim Verlassen der BRD auszahlen lassen können. Dadurch kamen teilweise Gesamtsummen von über Hunderttausend DM zustande. Solche Zahlen können so manchen blenden!

Mannesmann nützt auf diese Weise die Möglichkeiten aus, die durch die Verabschiedung des „Gesetzes zur Rückkehrförderung von Ausländern“ von der Regierung bereitgestellt wurden.

Um dieses Gesetz ist viel Rummel gemacht worden. In einer wenig informierten Öffentlichkeit entstand der Eindruck, „die Ausländer“ bekämen irgendetwas geschenkt; jetzt sollten sie dieses Geschenk aber auch endlich annehmen und abhauen. Tatsächlich rechnet die Bundesregierung wegen der zeitlichen Begrenzung des Gesetzes (bis 30.6.84) und den eng definierten Voraussetzungen mit 20.000 Antragsstellern für die Rückkehrförderung. Wenn trotz dieser geringen Zahl soviel Aufhebungs um die ganze Angelegenheit gemacht wird, dann liegt die Vermutung nahe, daß die oben skizzierten Reaktionen der Öffentlichkeit einkalkuliert wurden. Anders ausgedrückt: dieses Gesetz schürt Ausländerfeindlichkeit – trotz aller gegenteiligen Beteuerungen. Die Rückkehrförderung ist nichts anderes als eine „Hau-ab“-Prämie.

Daß diese Rechnung aufgeht, zeigt das Beispiel Mannesmann. Die Firmenleitung stellt „Personalüberhang“ fest und winkt mit dem Zaunpfahl Entlassungen.

Das „Angebot“ für die Ausländer wird so zum Rettungsring für die deutschen Kollegen, die Angst um ihren Arbeitsplatz haben. Plötzlich scheinen die ausländischen Kollegen verantwortlich dafür zu sein, ob Deutsche entlassen werden oder nicht. „Wenn's die Türken trifft, bin ich gerettet“, lautet die trügerische Hoffnung vieler Kollegen, die sich längerfristig als Illusion erweisen wird. Die „Rette-sich-werkann“-Mentalität, Produkt jahrzehntelanger Sozialpartnerschaft und Stellvertreterpolitik, schlägt voll durch.

Im Fall der ausländischen Kollegen zeigt sich zudem deutlich, daß sie von den meisten Deutschen nur als zeitweise Arbeits-Gäste in diesem „unserem“ Lande geduldet werden und wurden. Jetzt werden die Rufe lauter: „Die sollen doch nach Hause abhauen!“ Die großen Summen heizen die Stimmung zusätzlich an. Schimmert es da nicht durch: „Deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeitnehmer?“

Diese vorhandenen Ressentiments waren der Ansatzpunkt für Mannesmann. Geschickt wurde an der vorhandenen Spaltung in der Belegschaft angesetzt und diese Spaltung durch das Gespann Entlassungsdrohung/Abfindungsangebot vertieft.

Auch der Betriebsrat wird mit der Entlassungsdrohung und der Aussicht auf Übernahme von Lehrlingen unter Druck gesetzt. In dieser Situation zieht er sich mit Hinweis auf die „freiwillige“ Entscheidung der ausländischen Kollegen zurück. Nur von der Auszahlung der Rentenversicherung wird ihnen abgeraten, „Wenn wir sagen: nehmt das Geld nicht! und die Kollegen werden später rausgeschmissen, kriegen wir dann die Vorwürfe gemacht!“. Ist die ganze Angelegenheit im Vorfeld der Betriebsratswahlen und angesichts zunehmender Ausländerfeind-

„Eine harte Ausländerpolitik senkt die Sozialkosten, trägt also zur Finanzierung bei. Da die Integrationspolitik gescheitert ist, lohnen sich weitere Investitionen in diesem Bereich nicht. Sprachliche, schulische und berufliche Ausbildung für ausländische Kinder bringt nichts und geht außerdem zu Lasten der Steuerzahler, also hat sie zu unterbleiben, besser noch, man läßt die Kinder gar nicht erst ins Land kommen. Eltern, die dennoch mit ihren Kindern zusammenleben möchten, können auf Hilfe nicht mehr hoffen, ihr Wunsch ist eine verfehlte Lebensplanung für ihre Kinder, dafür dürfen sie nicht noch belohnt werden.“

Carl-Dieter Spranger, Parlamentarischer Staatssekretär
im Bundesministerium des Innern

lichkeit bei den deutschen Kollegen ein zu heißes Eisen?

Ein anderes Verhalten würde ein Konzept gegen Arbeitsplatzabbau voraussetzen. Das existiert ebensowenig wie eine kämpferische Belegschaft, die ein solches Konzept solidarisch umsetzen könnte. Da hilft auch die Aufforderung des IG-Metall-Vorstandes an die Betriebsräte und Vertrauensleute nicht, die den ausländischen Kollegen von der Inanspruchnahme der Rückkehrförderung abraten sollen. Diese Aufforderung und die Charakterisierung des Rückkehrförderungsgesetzes als „Fortsetzung der Rauschmieß-Politik der Bundesregierung“ sind ohne Grundlage eines solidarischen Kampfes um Arbeitsplätze nur verbalradikale Erklärungen. Wo kollektive Gegenwehr nicht entwickelt wird, ist individuelles Reagieren die einzig möglich erscheinende Alternative.

Und so spielen auch die ausländischen Kollegen das „Rette-sich-wer-kann“-Spiel mit. Im Vorfeld der ganzen Aktion wurden sie reihenweise zum Deutsch-Diktat bestellt, ihre „mangelnde Qualifikation“ festgestellt und mit dieser Begründung ihre Versetzung in den Einsatzbetrieb vorgenommen. Dort wird Dauerkurzarbeit gefahren, und bei den erwarteten Stilllegungen von Betriebsteilen steht der Einsatzbetrieb ganz oben auf der Liste. Mannesmann hat sie noch zusätzlich unter zeitlichen Druck gesetzt durch die kurze Frist von 4 Wochen, in der sie sich entscheiden mußten, sonst gab's weniger Geld.

Mit dem gleichen Mechanismus drängt auch das staatliche Gesetz zur Rückkehrförderung auf eine schnelle Entscheidung. Viel Zeit zur Abwägung der Vor- und Nachteile wird also nicht gelassen. Und so schieben sich andere Faktoren bei der Entscheidungsfindung in den Vordergrund, z.B. die enttäuschten Erwartungen. Denn der Lack vom gelobten Land „Almanya“ ist ab. Die Erfahrung von Diskriminierung und Benachteiligung in der BRD läßt die Heimat in neuem Glanz dastehen; die Rückkehr wird zur Perspektive. Mit dem Geld in der Tasche

scheint der Aufbau einer eigenen Existenz möglich. Daß durch die Auszahlung der Rentenversicherung die Alterssicherung futsch ist, wird ebenso zweitrangig wie alles Wissen über Inflation und Massenarbeitslosigkeit in der Türkei. Sie haben die Nase voll, wollen weg; rette sich wer kann! Ergebnis: bisher haben schon über 900 ausländische Kollegen die Aufhebungsverträge unterschrieben.

Daß so viele den Aufhebungsvertrag unterschrieben haben, hat anscheinend auch die Unternehmensleitung überrascht. Personelle Engpässe in einigen Abteilungen waren die Folge. „Jetzt müssen die Schichtmeister und Vorarbeiter selbst kehren!“ beschrieben ausländische Kollegen die Situation im Betrieb und können ein schadensfrohes Grinsen kaum unterdrücken. Das Ausscheiden von über 55-jährigen nach Montan-Union-Vertrag wurde vorerst gestoppt. In einigen Abteilungen müssen sogar Überstunden gemacht werden, und das im Vorfeld der Auseinandersetzungen um die 35-Stunden-Woche!

Trotzdem hat das Unternehmen Anfang Februar alle die noch einmal angeschrieben, die sich zwar für die erste Abfindungsaktion interessierten, aber nicht unterschrieben haben; das Angebot für Aufhebungsverträge bestehe weiter (allerdings sind die angebotenen Summen geringer). Sogar die Flämmer, die unter besonders harten Bedingungen arbeiten und bei der ersten Aktion nicht einbezogen waren, sind jetzt angesprochen worden. Anscheinend will die Unternehmensleitung den „Schwung“ der ersten Aktion ausnutzen und abbauen, was jetzt an Personal abzubauen ist.

Staatliche Rückkehrförderung und die Auszahlung der Rentenversicherungsbeiträge sind für die Unternehmen eine Möglichkeit, ihre eigenen Abfindungen aufzustocken; das Ausscheiden wird für die ausländischen Kollegen attraktiver. Durch die Verabschiedung des Gesetzes hat der Staat nicht nur diese Möglichkeit für die Unternehmen geschaffen; er fordert sie indirekt sogar auf, jetzt den Belegschaftsabbau bei Ausländern zu ver-

stärken. Voraussetzung der Inanspruchnahme des Gesetzes ist u.a. die „Stilllegung wesentlicher Betriebsteile“, wovon juristisch auch die Entlassung von mehr als 30 Arbeitnehmern bei einer Betriebsgröße von über 500 Beschäftigten verstanden wird. Es liegt in der Hand des Unternehmers, diese Voraussetzung selbst herbeizuführen. Insofern provoziert dieses Gesetz die Unternehmer zu Massenentlassungen von Ausländern. Denn wenn Belegschaftsabbau, dann ist er jetzt bei Ausländern günstig durchführbar, weil sie finanziell mit Unterstützung des Staates einigermaßen beruhigt werden können.

Für die auftretenden Folgeprobleme fühlen sich weder Mannesmann noch die Bundesregierung zuständig. Das Angebot ist ja „freiwillig“, und außerdem wird „beraten“. Wen interessieren z.B. die Familientragödien, wenn die hier aufgewachsenen Kinder ihre Ausbildung abbrechen müssen und mit ihrer Familie in eine „Heimat“ ziehen, die einige bloß vom Urlaub her kennen? Und wer schert sich um das ganze Drum und Dran, das eine überstürzte Haushaltsauflösung und der Umzug über tausende von Kilometern in ein anderes Land mit sich bringt?

Es dauerte Jahre, bis nach der Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften die vielfältig auftretenden sozialen Probleme „entdeckt“ wurden. Aus dieser Zeit stammt der vielzitierte Satz von Max Frisch: „Wir haben Arbeitskräfte gerufen, und es kamen Menschen.“ Mit dem gleichen menschenverachtenden Zynismus, mit dem damals Arbeitskräfte importiert wurden, wird heute Arbeitslosigkeit exportiert. Oder, in Fortsetzung von Max Frisch: „Wir sind Arbeitslose losgeworden, und es gingen Menschen.“ Nur: deren Elend sehen wir dann ja nicht tagtäglich. Und wer unbedingt Arbeitslose loswerden will, schert sich wenig darum, daß es Menschen sind.

In Art. 3 GG heißt es:

Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.

Entsprechend steht im Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG § 75 Abs. 1):

Arbeitgeber und Betriebsrat haben darüber zu wachen, daß alle im Betrieb tätigen Personen nach den Grundsätzen von Recht und Billigkeit behandelt werden, insbesondere, daß jede unterschiedliche Behandlung von Personen wegen ihrer Abstammung, Religion, Nationalität, Herkunft, politischen oder gewerkschaftlichen Betätigung oder Einstellung oder wegen ihres Geschlechts unterbleibt.

„Unheimlich viel kaputtgemacht“



Protest gegen Ausländerfeindlichkeit:
„Die Arbeit ist sehr viel schwerer geworden“

1971: Es herrscht Hochkonjunktur. Die Bundesrepublik wirbt in den „Armenhäusern Europas“ Menschen an, um den Bedarf der deutschen Industrie nach billigen Arbeitskräften zu befriedigen. In diesem Jahr reist der Kölner Hauptschullehrer Klaus Farber als Urlauber in die Türkei. Die Gastfreundschaft der einheimischen Bevölkerung öffnet Farber die Augen für die schäbige Behandlung, die den türkischen „Gastarbeitern“ in der Bundesrepublik widerfährt.

Wieder zurück, nimmt sich Klaus Farber vor, seine Urlaubseindrücke politisch umzusetzen. Dies ist die Geburtsstunde des „Deutsch-Türkischen Vereins Köln e.V.“ (DTVK), der noch im gleichen Jahr gemeinsam von Türken und Deutschen gegründet wird. In der Satzung legen die Gründungsmitglieder als Zweck des Vereins fest: „Die Förderung freundschaftlicher und kultureller Beziehungen sowie den Abbau von gegenseitigen Vorurteilen zwischen Deutschen und Türken“.

Die immer stärker werdenden Vorurteile gegenüber Türken und der offen zu Tage tretende Ausländerhaß haben die Schwerpunkte in der Arbeit des DTVK im Laufe der Jahre verändert. „Lag früher das Hauptgewicht auf kulturellen Veranstaltungen, stehen heute der Abbau von Vorurteilen, soziale Hilfestellung und die politische Arbeit im Mittelpunkt“, erzählt Peter Christian Löwisch, Vorstandsmitglied des Vereins, in einem Gespräch mit den liberalen drucksachen.

Löwisch nennt fünf Bereiche, in denen der Verein tätig ist. Das ist zum einen die eigentliche Informationsarbeit, die aus Podiumsdiskussionen, der Durchführung von Seminaren, Dia-Vorträgen und ähnlichem besteht. In diesem Bereich arbeitet der DTVK viel mit anderen Vereinen und Institutionen (so etwa mit den Gewerkschaften und dem Katholischen Bildungs-

werk) zusammen. Daneben veranstaltet der DTVK deutsch-türkische Feste, die den gegenseitigen Kontakt zwischen In- und Ausländern fördern sollen. Diese Feste stoßen in Köln auf eine Angebotslücke, da für die türkische Bevölkerung ein Defizit an solchen geselligen Veranstaltungen besteht.

Speziell an Deutsche richtet sich der dritte Arbeitsbereich: Studienfahrten in die Türkei sollen Gelegenheit geben, die besonderen Probleme der Türken in der Bundesrepublik besser verstehen zu lernen. Für Peter Löwisch zeigt sich in der Aussage einer Reiseteilnehmerin – „ich hätte nie gedacht, daß die Türken so nette Leute sind“ – daß der Verein mit den Studienreisen auf dem richtigen Wege ist.

Seit Mai 1982 unterhält der Verein in Köln-Chorweiler eine Beratungsstelle für Ausländer. „Chorweiler“, beschreibt Löwisch die Situation, „ist eine reine Satellitenstadt, in die vor allem die sozial schwächer Gestellten hinziehen, die woanders keine Wohnung mehr bekommen“. Chorweiler hat einen Ausländeranteil von 14%.

„Die unmenschliche Bebauung dort macht auch die Bewohner unmenschlich“, sagt Peter Löwisch, und: „Wenn die Entwicklung so weitergeht, ist Chorweiler in zehn Jahren Slum“.

Drei hauptamtliche Mitarbeiter – eine Sozialarbeiterin, eine Verwaltungsangestellte und ein Sozialwissenschaftler – sind in der Beratungsstelle tätig. Alle drei werden bis Mai dieses Jahres über das Arbeitsamt im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen finanziert; danach ist noch ein Jahr lang ein 80%-Zuschuß des Arbeitsamtes sichergestellt. Die Weiterfinanzierung ab Mai 1985 ist noch ungewiß; sicher ist, daß der Verein mit seinen rund 150 Mitgliedern – davon knapp die Hälfte Türken – außerstande ist, die nötigen Gelder allein aufzubringen. Lö-

wisch setzt darauf, daß die Stadt Köln, die den Verein bereits jetzt unterstützt, möglicherweise auch das Land Nordrhein-Westfalen in die Bresche springen werden.

Die Arbeit der Beratungsstelle ist so angelegt, daß die einzelnen Angebote – Familien- und Sozialberatung, Sprach- und Förderkurse, Freizeitangebote – miteinander kombiniert werden. Dieses „gebündelte System“ erklärt Löwisch an einem Beispiel: „Wenn ein türkisches Kind Schulprobleme hat, dann bemüht sich die Beratungsstelle nicht nur um eine enge Abstimmung der Sprach- und Förderkurse mit der Schule, sondern auch um eine intensive Sozialberatung der Eltern“.

Großer Wert wird auch auf die gemeinsamen Freizeitangebote für Deutsche und Ausländer gelegt: Nachbarn sollen ungeachtet ihrer Nationalität Bekannte und Freunde werden. Diese Arbeit ist in Chorweiler besonders notwendig: Hier im Kölner Norden wurde eine der ersten Anti-Ausländer-Initiativen, der „Deutsche Bürgerschutz“, unter anderen von CDU-Mitgliedern gegründet. Die Mitgliedschaft im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband eröffnet dem DTVK die Möglichkeit, für diese Freizeitmaßnahmen auch öffentliche Mittel zu erhalten.

Die Beratungsstelle hat sich in den zwei Jahren ihres Bestehens viel Vertrauen erworben. „Am Anfang“, sagt Peter Löwisch, „kamen die Türken auf Anregung deutscher Institutionen zu uns, heute kommen sie meist auf Empfehlung ihrer Landsleute“.

In jüngster Zeit beobachtet die Beratungsstelle einen „Trend zur Verelendung“ bei den Rat- und Hilfesuchenden. Man hat deshalb ein Kleiderlager eingerichtet, das bei Türken wie Deutschen großen Zulauf findet.

Für Peter Löwisch ist diese „sehr

traurige Entwicklung" ein Zeichen dafür, wie sehr sich die soziale Situation in der Bundesrepublik inzwischen verschlechtert hat. Hier wird auch deutlich, wo die Grenzen für eine Sozialberatung wie in Chorweiler liegen: „Wir können im Einzelfall vielleicht helfen, die Politik, die diese Notlagen verursacht, damit aber nicht ändern“.

Aus dieser Erkenntnis heraus ist der Verein auch im engeren Sinne politisch aktiv. Die meiste Arbeit wird dabei für den „Kölner Appell gegen eine menschenfeindliche Ausländerpolitik“ verwandt, eine bundesweite Unterschriftenaktion, die der Deutsch-Türkische Verein initiiert hat. Der Kölner Appell wendet sich insbesondere gegen Pläne des Bundesinnenministeriums zur Neufassung des Ausländerrechts. „Das Zimmermann-Papier konsequent zu Ende gedacht, braucht es keinen deutsch-türkischen Verein mehr —, es wird dann nämlich keine Ausländer mehr bei uns geben“, verdeutlicht Löwisch die Intentionen Zimmermanns.

Kontaktadresse:
Deutsch-Türkischer Verein Köln
Osloer Straße 7
5000 Köln 71

Spendenkonto:
Stadtsparkasse Köln (BLZ 37050198)
Konto-Nr. 22882021
Stichwort: Kölner Appell

An Bereitschaft von Türken zur Integration werde durch das Papier „unheimlich viel kaputtgemacht“. Löwisch nennt als Beispiel einen türkischen Familienvater, der seine Kinder vom deutschen Kindergarten wieder abgemeldet hat. Begründung: „Ich weiß nicht, wann sie mich rausschmeißen“.

Die Arbeit des DTVK ist im Laufe der letzten Jahre sehr viel schwerer geworden, hauptsächlich wegen der von rassistischen Vorurteilen beeinflussten öffentlichen Meinung und der offiziellen Politik, die Löwisch zur Zeit als nationalistisch und rassistisch geprägt ansieht. Hoffnung schöpfen die Vereinsmitglieder aus dem Umstand, daß sie nicht allein im Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit stehen.

1982 hat der Oberbürgermeister der Stadt Köln als Zeichen der Verbundenheit die Schirmherrschaft über den Deutsch-Türkischen Verein übernommen. Gute Kontakte bestehen zu vielen im Ausländerbereich tätigen Gruppen und Einzelpersonen, besonders auch und sicher nicht zufällig zur Kölnischen Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, die im Jahre 1971 bereits half, diesen Verein zu gründen.

Auszüge aus dem „Kölner Appell“

(. . .) Im vergangenen Herbst hat die Bundesregierung eine *Kommission „Ausländerpolitik“* aus Vertretern von Bund, Ländern und Gemeinden eingesetzt.

Nach dem Bericht dieser Kommission, Verlautbarungen aus den Koalitionsvereinbarungen und Äußerungen des Bundeskanzlers und des Bundesinnenministers ist zu erwarten, daß die Lasten und Folgen der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise den sozial Schwachen und hierbei besonders den Ausländern aufgebürdet werden soll.

Wir wehren uns

- gegen die Trennung der Kinder von ihren Eltern (Kinder über 6 Jahre sollen nicht mehr nach Deutschland zu ihren Eltern kommen dürfen/Vorschlag zur Beschränkung des Familiennachzugs);
- gegen das absolute Verbot des Ehegattennachzugs bzw. weiterer Beschränkung durch unerträgliche Wartezeiten, Nachweis deutscher Sprachkenntnisse oder durch den Zwang zur Einbürgerung des hier lebenden Ehegatten;
- gegen das Herauslocken oder Hinausdrängen von Ausländern, auch nicht durch Zahlung von Rückkehrprämien, mit denen diese außerdem noch um einen hohen Anteil (bis zu 50 %) der ihnen zustehenden Leistungen aus der Sozialversicherung betrogen werden;
- gegen den Entzug von Arbeitslosenhilfe nach einem Jahr Arbeitslosigkeit;
- gegen die Verweigerung des Aufenthaltsrechts wegen Bezuges von Sozialhilfe und/oder unzureichenden Wohnraums;
- gegen die zunehmende Einschränkung politischer Betätigung zum Beispiel durch Regelausweisung bei Verstößen gegen das Versammlungs- und Vereinsrecht;
- gegen die Abschiebung wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung vor einem ordentlichen Gerichtsverfahren;
- gegen den Ersatz notwendiger staatlicher Integrationsmaßnahmen durch private und ehrenamtliche Nachbarschaftshilfe: eine weitere Kürzung von unverzichtbaren Sozialleistungen.

Die Verwirklichung dieser Kommissionsvorschläge wäre ein weiterer Rückschritt für das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland. Sie würde deren rechtliche Situation dermaßen verschlechtern, daß viele Ausländer trotz ihres Wunsches nach Eingliederung hier, in das häufig fremd gewordene Heimatland zurückkehren müßten.

Wir wehren uns dagegen, die Ausländer zu Sündenböcken der Arbeits-

losigkeit zu stempeln. Die Abschiebung von Ausländern hindert nicht die Weg-rationalisierung von Arbeitsplätzen und schafft keine neuen. (. . .)

Die Diskussion um weitere rechtliche Einschränkungen verursacht Angst und Unsicherheit bei den Ausländern. Das Grundgesetz gewährleistet den Schutz auch der ausländischen Ehe und Familie. Die Schlußakte der KSZE-Konferenz von Helsinki gilt nicht nur für Familienzusammenführung von Angehörigen aus den Staaten des Warschauer Paktes; die Ernsthaftigkeit der Zustimmung der Bundesrepublik Deutschland zur Schlußakte von Helsinki wird vielmehr daran gemessen, ob sie auch eine menschenwürdige Familienzusammenführung von hier lebenden Ausländern ermöglicht.

Viele Kinder ausländischer Mitbürger sind hier geboren; für diese ist das Land ihrer Eltern ein fremdes Land. Es ist zynisch und unmenschlich, diese Kinder in ihre „Heimat“ auszuweisen.

Wir fordern von der Bundesregierung:

- daß sie nicht mehr den Aufenthalt dem Ermessen der Behörden überläßt; der aufenthaltsrechtliche Status muß in einem neuen Gesetz gesichert werden; die Ausländer müssen daraus einen Rechtsanspruch auf Aufenthalt ableiten können;
- die rechtliche, politische und soziale Gleichstellung der Ausländer mit deutschen Staatsangehörigen nach mehrjährigem Aufenthalt ohne den Zwang zur Einbürgerung: (Rechtsstatus als „niedergelassener Deutscher“);
- Aufhebung der Beschränkung des Familiennachzuges und der diskriminierenden aufenthaltsrechtlichen und arbeitserlaubnisrechtlichen Beschränkungen für nachgezogene Ehegatten, die insbesondere die nachziehenden Ehefrauen benachteiligen;
- Verbot der Ausweisung von Ausländern, die in der Bundesrepublik aufgewachsen sind.

Gerechtigkeit kennt kein zweierlei Maß für Ausländer und Deutsche. Die Deutschen haben selbst leidvoll erfahren, daß die Einschränkung der Rechte von Minderheiten die Einschränkung der Rechte *aller* nach sich ziehen.

Aus der selben Erfahrung heraus fordern wir uneingeschränkte Geltung des Grundrechts auf Asyl nach Artikel 16 des Grundgesetzes für politische Flüchtlinge und eine entsprechende Praxis.

Deutsche und Ausländer müssen solidarisch zusammenstehen. (. . .)

Stets fordern – nie durchsetzen

Wahlversprechen – jeder kann sich mal versprechen. Getreu diesem Motto haben SPD und FDP auch in ihren neuesten Versandhauskatalog „Europawahlprogramm“ erneut eine Forderung aufgenommen, die sie zu Hause längst hätten verwirklichen können – hätten sie nur gewollt.

„Das Grundgesetz ist nicht teilbar. Es sieht in seinem Geltungsbereich nicht Menschen zweiter Klasse vor.“ So stand es 1979 in einem Antrag zum damaligen SPD-Bundesparteitag. Gefordert wurde darin – zumindest für die kommunale Ebene – das Ausländerwahlrecht. Die SPD schrieb die Forderung schließlich zumindest in ihr Europaprogramm; die FDP stand da nicht nach, sie hatte diese Forderung – gar ohne Einschränkung – doch schon einige Jahre zuvor bereits erhoben. Man übertrumpfte sich in unverbindlichen Parteitagresolutionen, doch umgesetzt wurden sie nirgendwo.

Heute, in einer Phase, da das gesamte Ausländerrecht längst nur noch Verschärfungen erfährt, finden Forderungen nach einer demokratischen Teilhabe der Ausländer auf parlamentarischer Ebene allein noch Unterstützung bei den Grünen und Alternativen.

„Das Verfassungsrecht der Bundesrepublik läßt eine Beteiligung der ausländischen Wanderarbeitnehmer an der Willensbildung der Kommunalorgane nicht zu“. In einem Gutachten haben sich dies so der Städte- und Gemeindetag und auch die Innenministerkonferenz bereits vor Jahren dankbar bestätigen lassen – und die SPD-Landesregierungen griffen diese Argumente nur liebend gerne auf. Selbst den Ergebnissen eigener in Auftrag gegebener Stellungnahmen zum Trotz.

Dabei hält etwa der Frankfurter Verfassungsrechtler Prof. Manfred Zuleeg die Mehrheitsmeinung seiner Fachkollegen für äußerst angreifbar. Beziehen die sich doch einfach auf das Grundgesetz („Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“), wonach – so ihre Argumentation – nur die deutschen Staatsbürger an den Wahlen teilnehmen können. Dazu Zuleeg: „Wieso eigentlich schließt man aus, daß dieser Volksbegriff nicht auch offen ist für die Aufnahme von längeransässigen Ausländern in der Bundesrepublik?“ Im übrigen sei dies primär eine politische und erst dann eine verfassungsrechtliche Frage.

Tatsächlich verbirgt sich hinter der formal juristischen Ablehnung ja auch ei-

ne eindeutige politische Absage. Nicht jeder Politiker sagt das so offen wie der Publizist Friedrich Karl Fromme vor einiger Zeit in der FAZ: „Die Folge wären allein nach den Interessen der Ausländer verwaltete Kommunen. Die verbliebenen deutschen Bewohner müßten sich entweder wegducken oder sie würden, soweit sie noch aktiv genug sind, wegziehen.“ So deutlich wie Fromme – der gleich auch noch selbst Bundespräsident Carstens attackiert, weil der doch immer wieder „unzutreffend vom ausländischen Mitbürger“ spreche –, so deutlich artikuliert sich selten die deutsche Gefühlslage, die mehrheitlich natürlich kein Verständnis hat für solche Pläne wie ein Ausländerwahlrecht.

„Ausländer, die sich für einen dauernden Aufenthalt entscheiden, können ja die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben.“ So etwa lautet das Standard-Alternativangebot der Politiker. Dabei haben ausgerechnet zwei Länder, die wesentlich liberalere Einbürgerungsbestimmungen kennen, längst auch als Modell für Europa das Ausländerwahlrecht eingeführt: Dänemark und Schweden. In Schweden zum Beispiel, wo bereits 1975 das Parlament einstimmig diese Reform beschloß, kam kein Politiker auf die Idee, statt dessen auf die Alternative der Einbürgerung zu verweisen. Dabei müssen dort alle Ausländer – stellen sie einen Antrag – spätestens nach fünf Jahren eingebürgert werden.

Ausländerparteien – hierzulande ebenfalls als Schreckgespenst an die Wand

gemalt – blieben völlig aus. Willkommene Folge vielmehr: Die Ausländer engagieren sich stärker in den vorhandenen schwedischen Parteien.

Immerhin, Ausländer können in der Bundesrepublik Mitglieder in den Parteien werden. Mit rechten Ausnahmen: Zur bayerischen CSU findet nur „jeder Deutsche“ Zugang, die NPD will gar nur den „unbescholtenen Deutschen“. Und natürlich sind ihnen auch zahlreiche Rechte vorenthalten. Da ihnen das Wahlrecht fehlt, können sie auch nicht über die Kandidaten ihrer Partei etwa für die Kommunalwahlen entscheiden.

Immerhin einen ganz winzigen Schritt zu einer stärkeren Beteiligung der Ausländer an der kommunalen Politik hat im März als zweites Bundesland nach Baden-Württemberg nun auch Nordrhein-Westfalen eingeführt. Durch eine Änderung der Gemeindeordnung können die Parteien nun nicht mehr ausschließlich „sachkundige Bürger“ sondern auch den „sachkundigen Einwohner“ in die Ratsausschüsse schicken. Unter diese Gruppe fallen auch die ausländischen Bürger. Allerdings, wie die sachkundigen Bürger auch mitabstimmen, das nun dürfen sie noch immer nicht. Nur mitberaten, so sieht es ausdrücklich das Gesetz vor.

Aber, wie gesagt: Was man selbst mit absoluter Landtagsmehrheit nicht beschließen will, das kommunale Wahlrecht auch für Ausländer, als Forderung für das Europawahlprogramm taugt es noch immer was. *Richard Finger*



Sommer 1982 im Berliner Tiergarten:
„ausländische Mitbürger ist unzutreffend“

„Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“

Der vergällte Genuß

Die im Grundgesetz gewählte Formulierung, politisch Verfolgte genießen Asylrecht, ist angesichts der menschenunwürdigen Behandlung, die Asylsuchende nicht nur in Westberlin, sondern auch in der gesamten Bundesrepublik erfahren, makaber. Während Asylsuchende aus sozialistischen Ländern fast ausnahmslos akzeptiert werden, haben Antragssteller aus faschistischen Ländern erheblich schlechtere Chancen, Asyl zu erhalten. Schwarze Hautfarbe ist ebenfalls ein Handikap für einen Asylantrag in der BRD. Je unbekannter dabei die Situation des Herkunftslandes in der öffentlichen Diskussion ist, desto geringer ist die Chance für einen politisch Verfolgten, daß der Grundgesetzauftrag für Asylgewährung auch für ihn gilt.

Jahrelang war der Artikel 16, Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ fast nur Fachleuten bekannt. Dabei war dies eine Vorschrift, die die Väter und Mütter des Grundgesetzes aufgrund ihrer Erfahrungen in der Zeit des Nationalsozialismus als Grundrecht verankerten. Sie hatten teilweise selbst aus Deutschland fliehen müssen und dabei erlebt, daß sie als Flüchtlinge oft von anderen Staaten abgewiesen und hin- und hergeschoben wurden. Aus dieser Erfahrung heraus wurde ein subjektives Recht des politischen Flüchtlings im Grundgesetz verankert, d.h. der politische Flüchtling kann von der Bundesrepublik Deutschland die Aufnahme verlangen und bei Ablehnung diesen Aufnahmeanspruch vor Gericht einklagen.

Da die Zahl der Asylbewerber bei etwa jährlich 5.000 lag, blieb das Asylrecht in der Praxis unbedeutend. Erst Mitte der siebziger Jahre nahm die Zahl der Asylbewerber zu. Waren es 1977 noch ungefähr 16.000 Neuzugänge von Asylbewerbern, so stieg die Zahl 1978 auf 33.000, 1979 auf 51.000 und 1980 auf 107.000 an.

In dieser Zeit warnten Politiker vor der „Asylantenflut“. Begriffe wie „Schmarotzer“, „Scheinasylanten“ und „Wirtschaftsflüchtlinge“ kamen in Umlauf. Um die Bundesrepublik Deutschland „vor der Asylantenschwemme zu bewahren“, wurden einschneidende Maßnahmen gefordert. Auf der anderen Seite warnten Organisationen, die sich mit politischen Flüchtlingen befassen, vor der Aushöhlung des Grundrechts auf Asyl.

Durch die Einführung des Arbeitsverbots für Asylbewerber und die Einführung der Visumpflicht sind die Asylbewerberzahlen dann zurückgegangen. 1981 beantragten 49.000 Menschen Asyl, 1982 waren es 36.000, 1983 nur noch 17.000.

Durch das Arbeitsverbot sind diejenigen Menschen getroffen worden, die den Asylrechtsweg benutzt hatten, obwohl sie keine politisch Verfolgten waren. Sie hatten über den Asylantrag eine Arbeitsmöglichkeit in der BRD finden wollen.

Auf der anderen Seite ist es bezeichnend, daß die schärfsten Befürworter des Arbeitsverbotes Ausnahmeregelungen für Saisonarbeiten verlangen. So wurde von der bayerischen Staatsregierung verlangt, pakistanischen Asylbewerbern Ausnahmegenehmigungen vom Arbeitsverbot zu erteilen, damit sie in den gastronomischen Betrieben der Wintersportgebiete in Bayern eingesetzt werden könnten.

Die Folge des Arbeitsverbotes ist zwangsläufig die Gemeinschaftsunterkunft bzw. das Sammellager. Wenn Asylbewerber sich nicht mehr selbst versorgen können, dann können sie auch keine eigenen Wohnungen mehr bezahlen.

Die Gemeinschaftsunterkünfte und Sammellager bilden ein Ghetto. Sie stellen Kristallisationspunkte der Unruhe unter den Bewohnern und zwischen ihnen und der heimischen Bevölkerung dar.

Die soziale Situation der Asylsuchenden in der Bundesrepublik ist im Zusammenhang mit einem Bericht, der im Auftrag des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen erstellt worden war, öffentlich diskutiert worden. Das Ergebnis dieses Berichts ist für die Bundesrepublik alles andere als schmeichelhaft. Obwohl in der Bundesrepublik Deutschland zum 31.12.82 nur rund 130.000 anerkannte Asylberechtigte (einschließlich 24.000 Indochina-Flüchtlinge) lebten, was 0,16 % der Bevölkerung ausmacht und zusätzlich nur noch 37.231 Personen einen Asylantrag gestellt hatten, ist die Politik gegenüber politischen Flüchtlingen in der Bundesrepublik immer restriktiver geworden. Wenn diese restriktiven Maßnahmen nach offiziellen Angaben der Bundesregierung die sogenannten „Wirtschaftsflüchtlinge“ treffen sollten, so stellt der UNHCR-Bericht fest, daß die Maßnahmen sich voll zu Lasten der politischen Flüchtlinge niedergeschlagen haben. Die sogenannten „Wirtschaftsflüchtlinge“ können der schlechten Situation in der Bundesrepublik ausweichen, da sie auch in ihr Heimatland zurückkehren können. Politisch Verfolgte haben diese Möglichkeit nicht. Sie müssen

die Abschreckungsmaßnahmen voll ertragen.

Die Gemeinschaftsunterkünfte, in denen Asylbewerber zwangsweise untergebracht sind, bekamen nach dem Besuch der Delegation ein vernichtendes Urteil: Es fehlte an ausreichenden sanitären Anlagen, die Heizungsmöglichkeiten seien unzureichend. Die Unterkünfte befanden sich entweder am Rande von Städten oder Dörfern oder völlig isoliert, ohne Nahverkehrsverbindungen.

Die Situation der politischen Flüchtlinge in der Bundesrepublik ist in der Tat entwürdigend. Der Aufenthalt für Asylbewerber ist lediglich auf den Bereich einer Ausländerbehörde (also Stadt oder Kreis) beschränkt. Wer diesen Bereich ohne besondere Genehmigung verläßt, muß mit einer Geldbuße rechnen.

Bei einer Gemeinschaftsverpflegung erhält ein Asylbewerber lediglich 50,- bis 70,- DM Taschengeld im Monat. Von diesem Geld muß er alle Ausgaben des persönlichen Bedarfs bestreiten, wie zusätzliches Essen, Toilettenartikel, Portokosten, Fahrkarten und Zigaretten. Somit bleibt z.B. durch den geringen Sozialhilfebetrug in der Praxis gar nicht die Möglichkeit, sich von einem Rechtsanwalt vertreten zu lassen. Ohne die Hilfe eines Rechtsanwaltes ist eine Anerkennung als Asylberechtigter wegen des komplizierten Asylverfahrens in der Praxis so gut wie aussichtslos. Somit besteht der von der Bundesregierung so besonders hervorgehobene einzigartige Rechtsschutz für politische Flüchtlinge in den meisten Fällen nur auf dem Papier.

Die Gesundheitsversorgung in den Unterkünften ist unzureichend. Asylbewerber, die z.B. in der Unterkunft Delmenhorster Straße in Köln zum Arzt gehen wollen, müssen erst bei einem städtischen Beamten vorsprechen, der entscheidet, ob sie zum Arzt gehen dürfen. Durch diese Vorschaltung haben insbesondere diejenigen, die an psychosomatischen Leiden erkrankt sind, keine Chance, richtig behandelt zu werden.

Sozialdemokratisch geführte Kommunen sorgen genau wie Berlins unmenschlicher Lummer dafür, daß die Asylpraxis in eine Asylverhinderungspraxis verkehrt wird. Eine Betreuung der Flüchtlinge existiert praktisch nicht. Die Lagerleiter sind bis auf den Leiter im Lager Zirndorf für diese Aufgabe nicht ausgebildet, und allem Anschein nach danach ausgesucht worden, wer am besten die Disziplin einhalten kann.

Die Abschreckungsmaßnahmen machen auch vor dem sonst so beschworenen Gedanken des Schutzes der Familie nicht halt. In Baden-Württemberg wird es nachkommenden Familienangehörigen nicht erlaubt, zu ihren bereits anerkannten Angehörigen zu ziehen. So ist es kein Einzelfall, berichtet amnesty internatio-

nal, daß eine Mutter mit ihrem Kleinkind in ein Sammellager ziehen muß, obwohl der Familienvater als Asylberechtigter anerkannt war und seine Familie bei sich aufnehmen konnte.

Neben der Politik der massiven Abschreckung von Asylsuchenden sorgte die Bundesregierung mit neuen Visumbestimmungen dafür, daß die Zahl der Asylsuchenden sich so drastisch gesenkt hat. Die Visumpflicht hat faktisch Barrieren errichtet, die einen Flüchtling daran hindern, in die Bundesrepublik zu gelangen und hier einen Asylantrag zu stellen.



Asylbewerber in Abschiebehaft:
„Asylrecht unterlaufen“

Seit Einführung des Visumzwanges führen die deutschen Auslandsvertretungen eine Art Vorprüfung durch. Da diese sehr restriktiv erfolgt und eine Beförderung durch Fluggesellschaften ohne Visum ausgeschlossen ist, wird vielen Flüchtlingen vorab die Möglichkeit genommen, an die Grenzen der Bundesrepublik zu kommen und hier einen Asylantrag zu stellen. Nach Einführung der Visumpflicht ist gerade die Zahl der Flüchtlinge aus Äthiopien und Afghanistan erheblich zurückgegangen.

Gelingt es einem Flüchtling dennoch, auf Umwegen an die Grenze der Bundesrepublik Deutschland zu kommen, steht er vor weiteren Hürden. So können die Grenzbehörden nach dem neuen Asylverfahrensgesetz einen Asylantrag für unbeachtlich halten und den Asylbewerber zurückschicken, wenn sie davon überzeugt sind, daß der Flüchtling bereits in einem anderen Land Schutz vor Verfolgung gefunden hat. Die Grenzbehörden werden mit der Frage, ob z.B. ein eritreischer

Flüchtling, der auf der Flucht in die Bundesrepublik Deutschland den Weg über den Sudan gewählt hat, bereits im Sudan dauerhaften Schutz gefunden hat, überfordert. Dem Flüchtling kann es also passieren, daß er an der Grenze abgewiesen wird. Es besteht daher die begründete Befürchtung, daß aufgrund von Fehlentscheidungen fachlich nicht kompetenter Stellen Menschenleben gefährdet werden.

Ebenso bedenklich ist die Kürzung des Verwaltungs- und Gerichtsverfahrens. Bei einer Ablehnung eines Asylantrages durch das Verwaltungsgericht als „offensichtlich unbegründet“ ist kein Rechtsmittel mehr gegeben. Den Ausschluß von Rechtsmitteln gibt es sonst nur in Zivilprozessen bis zu einem Streitwert von 500,— DM. Drastischer kann man nicht ausdrücken, welchen Wert das *Grundrecht* auf Asyl noch hat.

Wie schnell ein Asylantrag als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt werden kann, zeigt eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen. Darin wurde ein Antrag eines türkischen Asylbewerbers als offensichtlich unbegründet abgelehnt, obwohl das Gericht ausführte, daß dem Asylbewerber in der Türkei die Todesstrafe drohe.

Gefährlicher für die Zukunft des Grundrechts auf Asylrecht ist jedoch die restriktive Auslegung des Begriffs, was politische Verfolgung ist. So äußert sich das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in einem Verfahren eines türkischen Asylbewerbers: „Es kommt auf das politische Motiv des Verfolgerstaates an. Er muß den Willen haben, politisch zu verfolgen. Da das türkische Militärregime nicht den Willen hat, politisch zu verfolgen, sondern Regimegegner nur strafrechtlich verfolgen will, liegt keine politische Verfolgung vor.“

Diese Haltung des Bundesamtes ist vom Hessischen und vom Baden-Württembergischen Verwaltungsgerichtshof bestätigt worden. Diese Gerichtshöfe erkannten zwar an, daß die Asylbewerber gefoltert worden waren, allerdings geschah die Folterung nach Ansicht des Gerichts beim Versuch der Polizisten, ein als strafbar angesehenes Verhalten der Asylbewerber aufzuklären.

Bei den Asylbewerbern handelte es sich um Kurden aus der Türkei, die Zeitungen und Flugblätter verteilt hatten, in denen für ein autonomes Kurdistan geworben wurde. Da der türkische Staat das Eintreten für Separatismus unter Strafe gestellt habe und die Verfolgung wegen separatistischer Bestrebungen eine strafrechtliche und keine politische sei, ist nach Ansicht der Gerichte die Folter in einem solchen Verfahren asylrechtlich nicht relevant.

Überträgt man dieses Beispiel auf Polen, dann bedeutet dies, daß jemand, der Flugblätter für die verbotene Gewerk-

schaft „Solidarität“ verteilt, deshalb von Verfolgung durch den polnischen Staat bedroht ist, in der Bundesrepublik nicht als politischer Flüchtling anerkannt werden würde. Schließlich hat der polnische Staat die Unterstützung der Gewerkschaft „Solidarität“ unter Strafe gestellt. Eine Verfolgung wegen der Verteilung der Flugblätter wäre damit eine rein strafrechtliche, aber keine politische Verfolgung.

An diesem Beispiel wird besonders deutlich, wie unhaltbar die Entscheidungspraxis der obersten Verwaltungsgerichte in Hessen und Baden-Württemberg ist. Wird die Haltung dieser Gerichte konsequent weitergedacht, dann obliegt es jedem Staat, selbst zu erklären, ob ein Regimegegner strafrechtlich oder politisch verfolgt wird.

Die Folge: Es gäbe in Kürze keine politisch Verfolgten mehr!

Ein Asylsuchender, der es geschafft hat, in die Bundesrepublik zu gelangen, der die Schikanen der Behörden und die Prozedur des Anerkennungsverfahrens erfolgreich überstanden hat, ist alles andere als sicher, daß er nicht doch noch abgeschoben wird. Der Selbstmord des türkischen Flüchtlings Kemal Altun hat der Öffentlichkeit vor einigen Monaten vor Augen geführt, daß selbst das gewährte Asyl noch unterlaufen werden kann.

Laut § 45 des Ausländergesetzes ist zwar die Entscheidung im Anerkennungsverfahren in allen Angelegenheiten verbindlich, in denen die Anerkennung rechtserheblich ist. Es heißt jedoch ferner, daß dies nicht für das Auslieferungsverfahren gilt.

Auslieferung wird juristisch mit „internationaler Rechtshilfeverkehr in Strafsachen“ umschrieben. Die Frage der Rechtmäßigkeit einer Auslieferung an einen fremden Staat, der die Auslieferung einer Person wegen einer angeblichen Straftat fordert; wird deswegen vom Oberlandesgericht entschieden. Es kann deshalb nicht nur passieren, daß ein rechtskräftig anerkannter Flüchtling Gegenstand eines Auslieferungsverfahrens wird, sondern auch, daß ein Asylbewerber, dessen Anerkennung noch nicht entschieden ist, von einem Auslieferungsantrag betroffen werden kann.

In jedem Fall ist das ordentliche Gericht nicht an die Anerkennung als Flüchtling gebunden, und es braucht deshalb auch nicht eine rechtskräftige Anerkennung abzuwarten.

Die zuvor beschriebene Praxis der Gerichte, bei politischen Handlungen den Kriminalisierungsvorwurf der Heimatländer des Asylsuchenden zu übernehmen, macht deutlich, welche Möglichkeiten offen bleiben, um dafür zu sorgen, daß selbst die, die Asylrecht erhalten, es dann doch nicht genießen können.

„Für ein soziales Leben unverzichtbar“

Als 1983 viele Initiativen die große Bewegung gegen die geplante Volkszählung starteten, fühlten sich viele sonst durchaus rechtsbewußte und fortschrittliche Planer nicht gerade wohl. Die Probleme des Datenschutzes werden in den letzten Jahren aufgrund der Entwicklung im Informations- und Kommunikationssektor zunehmend auch von den Planern gesehen und als politisches Anliegen getragen, aber wenn es bei der Volkszählung nach den Planern gegangen wäre, dann hätte es viel umfangreichere Fragebögen mit ergänzenden Befragungsbereichen, z.B. eine Gebäude- und Wohnungsstättenzählung, gegeben. Dagmar Abramowski, die Autorin dieses Beitrags, ist Stadtplanerin in Essen.

Die letzte bundesweite Gebäude- und Wohnungsstättenzählung wurde 1968 durchgeführt. Für die Volkszählung 1983 war eine solche nicht vorgesehen, nicht aus Datenschutzgründen, sondern weil für eine solch umfangreiche Zählung die finanziellen Mittel nicht bereitgestellt werden konnten. In vielen Gemeinden in der Bundesrepublik muß die Planung bis heute mit den Ergebnissen der Zählung von 1968 arbeiten, so daß die Grundlagen aktueller Planungen z.B. für die Wohnungsversorgung in quantitativer wie qualitativer Hinsicht sehr spekulativen Charakter tragen.

Nach der Zählung von 1968 wurden anhand der Ergebnisse zum Gebäude- und Wohnungsbestand in den Städten zahlreiche Untersuchungen für Sanierungsprojekte nach Städtebauförderungsgesetz, für Modernisierungsschwerpunkte und für Stadtentwicklungs- bzw. Stadtteilpläne durchgeführt. Die meisten dieser Sanierungs- und Modernisierungsprogramme in Altbaugebieten wurden nur teilweise durchgeführt. Eine Erfolgskontrolle ist aufgrund fehlendem Wissen über den gegenwärtigen Zustand dieser Wohngebiete nicht möglich. Noch viel weniger können die neuen Programme der erhaltenden Stadterneuerung oder rationellen Wärmeversorgung auf eine berechenbare und sichere Grundlage gestellt werden. Der Planer heute hat nur noch aufgrund der Kenntnisse über bestimmte Gebiete aus den siebziger Jahren eine diffuse Ahnung von den Verhältnissen vor Ort. Eine Vorbereitung von örtlichen Programmen durch direkte Befragung der Bewohner ist in der angespannten Finanzsituation der Gemeinden nicht mehr möglich.

Nur einige große Städte mit besser ausgestatteten Planungs- und Entwicklungsämtern haben die Ergebnisse der 68er Gebäude- und Wohnungsstättenzählung mit der kontinuierlichen Erfassung von genehmigten Bauanträgen fortgeschrieben. Hier sind Planungsgrundlagen vorhanden, die zumindest einen Anhalt über die Veränderungen der letzten anderthalb Jahrzehnte geben. Eine sichere Kenntnis vermitteln diese Zahlen jedoch

nicht, weil die Fehlerquote bei dieser Erfassungsmethode sehr hoch ist: Mancher Bau wird genehmigt, ohne gebaut zu werden, manches Dachgeschoß wird ohne Genehmigung ausgebaut.

Als Beispiel für die Notwendigkeit einer aktuellen Gebäude- und Wohnungsstättenzählung möchte ich kommunale Energieversorgungskonzepte anführen: Wie soll der Wärmebedarf der einzelnen Wohngebiete ermittelt werden, wenn weder die genaue Einwohnerzahl, die vorhandenen Wohnflächen und Wohnungseinheiten, die bisherigen Heizungsarten in den Wohnungen und den Gewerbebetrie-

sche Erfassung der Baugenehmigungen und Modernisierungsförderungen ebenfalls in EDV weitergeführt werden.

Dieses Plädoyer eines Planers für mehr Datenerfassung widerspricht nicht dem Anliegen des Datenschutzes. Der Planer ist nur auf anonymisierte Daten angewiesen, die durchaus in größeren räumlichen Einheiten zusammengefaßt sein können, wenn dies dem Datenschutz dient. Zahl und Zustand der Wohnungen und Wohngebäude sind meines Erachtens auch kein Privatgeheimnis, sondern unterliegen dem öffentlichen Interesse. Es geht nicht an, den Staat gleichzeitig für eine ausreichende und qualitative gute Wohnungsversorgung verantwortlich machen zu wollen, ihm aber die Auskunft über die gegenwärtige Situation zu verweigern. Wir wissen alle, wie beschränkt und problematisch die Instrumente der staatlichen Wohnungspolitik sind, wie stark der Wohnungsmarkt von Bodenpreisen und Kapitalrenditen abhängig ist.



Wohnungsabbruch in Berlin (W): nur eine diffuse Ahnung von den Verhältnissen vor Ort

ben noch der Isolationsgrad der Gebäude bekannt sind. Und der Wärmebedarf ist für solche Konzepte das entscheidende Kriterium für die räumliche Zuordnung unterschiedlicher Versorgungssysteme.

Eine die Volkszählung ergänzende Gebäude- und Wohnungsstättenzählung hätte jetzt besonders positive Effekte, weil die Gefahr der Veralterung der Daten nicht mehr wie 1968 bestünde. Heute könnten die Befragungsergebnisse direkt in die kommunalen EDV-Systeme eingegeben und anschließend über die statisti-

Letztendlich ist die Meinung zur Volkszählung eine Frage, wie man zum Staat steht; und Planer haben aufgrund ihrer Tätigkeit den Anspruch nach „mehr Staat“ in sich. Dieses Mehr Staat muß nicht mit zentraler Steuerung und durchgreifenden Normierungen gleichgesetzt werden, aber es beinhaltet aufgrund sozialpolitischer Erwägungen immer die Notwendigkeit eines Eingreifens in ansonsten privatwirtschaftlich organisierte Verhältnisse und Abläufe.

Kriterium für sozialstaatliches Han-

deln können nicht privatwirtschaftliche Prinzipien wie Gewinnmaximierung sein; deshalb müssen mit mehr oder weniger wissenschaftlichen Methoden die Notwendigkeit, der Umfang und die Instrumente von sozialen Maßnahmen begründet werden. Beispiel: Es muß erst begründet nachgewiesen werden, daß der sogenannte freie Wohnungsmarkt nicht in der Lage ist, eine ausreichende Wohnungsversorgung sicherzustellen, damit der Staat in diesen privatwirtschaftlich organisierten Markt, etwa durch Sozialen Wohnungsbau, eingreift. Für das eigene staatlich organisierte Wohnungsangebot müssen dann besondere Bedarfsanalysen durchgeführt werden, damit die Wohnungen auch dort gebaut werden, wo sie wirklich gebraucht werden, und so, wie sie gebraucht werden.



Protest gegen Spekulanten-Willkür: Die Instrumente staatlicher Wohnungspolitik sind beschränkt

Solche Bedarfsuntersuchungen wären natürlich niemals notwendig, wenn es in einer direkten Demokratie eine unmittelbare Äußerung von Bedürfnissen und die Selbstorganisation ihrer Befriedigung gäbe. Bei uns geht es sehr vermittelt vor sich: nicht nur daß zentrale Instanzen soziale Bedürfnisse erfassen, sie tun dieses noch nicht einmal direkt bei den Bewohnern. Bei uns werden abstrakte Bedürfnisse statistischen Wirklichkeitsermittlungen gegenübergestellt, die allerdings nur winzige und vor allen Dingen nur zahlenmäßig erfaßbare Teile der Wirklichkeit aufnehmen. Nur wenn der Abstand zwischen der abstrakten Norm und den wirklichen Verhältnissen allzu groß wird, gibt es für den Staat die Rechtfertigung, tätig zu werden. *Die Funktion der sozialpolitischen Feuerwehr, die der Staat in unserer Marktwirtschaft übernimmt, halte ich zwar für unzureichend, um die sozialen Probleme auch nur annähernd zu bewältigen; sie ist jedoch für ein soziales Überleben unverzichtbar.*

Hessen vorn?

Chancen und Risiken einer Mehrheit links von der Mitte

von Bertram Stenzel

Anfang Februar diesen Jahres war es so weit: Nach etwa dreißig Stunden öffentlicher Verhandlungen im Zimmer 119 M des Hessischen Landtags war es SPD und Grünen gelungen, „eine gute Arbeitsgrundlage“ für die 11. Legislaturperiode des Hessischen Landtags zu schaffen. Bereits wenige Tage zuvor hatte die rot-grüne Zusammenarbeit ihre erste Bewährungsprobe bestanden: Gegen die Stimmen der Oppositionsparteien wurde der überfällige Haushalt für das Jahr 1983 gebilligt.

Für die einen ist diese Zusammenarbeit ein „Abenteuer für das Land Hessen“ und ein „gefährlicher Ausstieg aus einer realitätsbezogenen und am Gesamtwohl orientierten Politik“. Die anderen sagen, „das kann eine solide Sache werden“ und „Hessen war schon immer ein Land, in dem Probleme und Entwicklungen sehr früh sichtbar wurden, die dann in der Bundesrepublik insgesamt aufbrechen“.

Erinnern wir uns: Das „Abenteuer Hessischer Landtag“ hatte für die Grünen am 26. September des vorletzten Jahres begonnen. Mit einem Anteil von 8 % an den Wählerstimmen konnten sie ihr bisher bestes Ergebnis bei einer Wahl verbuchen und neun ihrer Mitglieder durften von diesem Tag an „MdL“ auf ihrem Briefkopf führen. Es war den Grünen gelungen, mit einer Frontal-Opposition gegen die Börnersche „Atom- und Betonpolitik“ eine große Zahl von Sympathisanten aus der Friedens- und Ökologiebewegung für sich zu gewinnen.

Seit dem 1. Dezember 1982 hat Hessen eine „geschäftsführende Landesregierung“. Daran haben auch die Neuwahlen vom 25. September vergangenen Jahres bisher nichts ändern können: Mit 51 Abgeordneten stellt die SPD nach neun Jahren wieder die stärkste Fraktion im Hessischen Landtag. Die Fraktion der Grünen schrumpfte um zwei auf nunmehr sieben Abgeordnete, die CDU errang 44 Mandate und die FDP, vor einem Jahr noch hochkant aus dem Landtag geflogen, ist mit acht Parlamentariern wieder vertreten.

Doch 51 Abgeordnete sind fünf zu wenig, um einen Ministerpräsidenten wählen zu können, denn in Artikel 101 der Verfassung des Landes Hessen heißt es: „Der Landtag wählt ohne Aussprache den

Ministerpräsidenten mit mehr als der Hälfte der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder.“

Die Grünen waren somit gefordert: Anfang Oktober '83 beschlossen sie auf einer Landesmitgliederversammlung in Marbach bei Fulda eine „punktuelle Zusammenarbeit“ mit der SPD anzustreben. Die „Realpolitiker“ aus der „bunten Vielfalt“ hatten sich durchgesetzt. Der Frankfurter Bundestagsabgeordnete Joschka Fischer wollte „sich endlich aus dem Würgegriff der Fundamentalopposition befreien“. Und Jochen Vielhauer von der grünen Landtagsgruppe in Wiesbaden meinte: „Wir müssen die Realitäten anerkennen und an gewissen Stellen Kompromisse eingehen.“

Der Druck der Wahlergebnisse vom 25. September hatte „Dachlatten-Holger“ (die Grünen über Börner) gezwungen, sich mit den „politikunfähigen Chaoten“ (Börner über die Grünen) an einen Tisch



Holger Börner beherrschte die Verhandlungen mit den Grünen

zu setzen. Diese öffentlichen Verhandlungen waren für die Grünen keine leichte Aufgabe. Nicht nur, daß sie einem Börner gegenüber saßen, der eindeutig die Szenerie beherrschte. Je nach Thema und Stimmung schaltete er die „Verhandlungssampel“ von grün auf gelb, von gelb auf rot oder von rot auf grün: „Wir wollen Ihnen Ihre Grundsätze nicht streitig machen

und bitten Sie darum, dieses auch umgekehrt nicht zu tun."

Hinzu kam: Mit Teilen ihrer Basis hatten die Grünen bei den öffentlichen Verhandlungen erheblich Schwierigkeiten. „Fundamentallos“ versuchten mittels Zwischenrufen und Mißfallenskundgebungen die „Realos“ an der Ausführung des Marbacher Beschlusses zu hindern. Die Landtagsgruppe sah sich gezwungen, in einer Presseerklärung „vor einem Abgleiten in das verbiesterte Sektierertum der 70er Jahre“ zu warnen und meinte, „zumindest unter Grünen sollten menschliche Umgangsformen selbstverständlich bleiben“.

Doch alle Versuche von Teilen der grünen Bewegung, eine Zusammenarbeit mit der SPD zu verhindern, scheiterten. Auf der mit Spannung erwarteten Landesmitgliederversammlung Mitte Januar in Usingen sprach sich eine deutliche Mehrheit „für eine kontinuierliche Zusammenarbeit von SPD und Grünen“ in Hessen aus. Die Grünen werden in ihrer parlamentarischen Arbeit alle Möglichkeiten nutzen, eine „ökologische und soziale Neuorientierung der hessischen Landespolitik“ herbeizuführen. Oder – um Karl Kerschgens von der Landtagsgruppe zu zitieren: die „Grünen sollten der Sauer-teig“ sein, der in der SPD den „permanenten Gärungsprozeß“ in Gang hält. Sauer-teig bewirke nichts, wenn er im Kühlschrank bleibe.

In Hessen ist ein Experiment mit ungewissem Ausgang gestartet worden. Die Grünen sind keineswegs der Wunschpartner der SPD, ganz besonders nicht der ihres Landesvorsitzenden Holger Börner. Für die Sozialdemokraten – so meine ich – haben in erster Linie strategische Überlegungen bei der Entscheidung über diese Form der Zusammenarbeit den Ausschlag gegeben.

Denn: die SPD muß davon ausgehen, daß ihr – und das gilt nicht nur für Hessen – mittelfristig kein Koalitionspartner für eine Regierungsbildung zur Verfügung stehen wird. Das Ziel der SPD – gleich bei welcher Wahl – ist die absolute Mehrheit. Holger Börner wird nicht müde darauf hinzuweisen. Bereits vor dem 25. September hatte er gehofft, es gäbe „klare Verhältnisse“: ein Landtag nur mit SPD und CDU. Die Grünen werden sich bei der für die politische Landschaft wichtigsten Wahl des Jahres 1985 – der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen – auf einiges gefaßt machen können. Sie würden gerne mit „NRWs J.R.“ zusammenarbeiten – einen entsprechenden Beschluß haben sie gefaßt. Dieser möchte allerdings lieber ohne grüne Partner das Land regieren.

Und die hessische SPD wird bei den Kommunalwahlen '85 mit dem „grünen Staubsauger“ durchs Land gehen. Bereits bei den Landtagswahlen mußten die Grü-

nen in einstigen Hochburgen bei der Kommunalwahl 1981 – Gebiete im Einzugsbereich der Startbahn 18 West – erhebliche Stimmen an die SPD zurückgeben.

Als problematisch für die Grünen im Kampf um die Wählerstimmen könnte sich erweisen, daß es vielen ihrer Mitglieder nicht behagt, den Blick auf die „angeblichen Kleinigkeiten, all die wichtigen Einzelmaßnahmen im Naturschutz und die Komma-Zahlen bei den Smog-Werten“ zu richten. Nicht wenige Grüne wollen „große Erfolge“ von ihren Parlamentariern sehen: Keine Inbetriebnahme der Startbahn West, kein Waldsterben mehr, keine Atomraketen. Die Kompromisse ihrer Realpolitiker mit der SPD sind für die „Radöks“ der Stein des Anstoßes.

In Baden-Württemberg zeigt sich, wie Basisdemokratie und mühsame Diskussionen um das Rotationsprinzip grüne Parlamentarier aus dem Landtag vertreiben können. Die „führenden Köpfe“ haben für die am 25. März stattgefundenen Wah-



Hessens Umweltminister Schneider pflanzt eine Eiche: grüne Farbspritzer auf dem roten Mäntelchen

len nicht mehr kandidiert. Einer hat sich gar um den Posten des stellvertretenden Landrats im hessischen Groß-Gerau beworben. Offenbar erhoffte er sich dort mehr Freiheiten.

Wie lange werden die grünen Parlamentarier im hessischen Landtag den Druck der Sachzwänge und Kompromisse verkraften können? Glücklicherweise haben sie sich dazu durchringen können. Nur wird sich die unterlegene Seite nicht so schnell geschlagen geben. Schon ist sie dabei, Kongresse zu organisieren. Wenn die Landtagsgruppe nicht aufpaßt, wird plötzlich eine Landesmitgliederversammlung gegen sie beschließen. Was dann?

Die Grünen müssen aufpassen, daß sie wegen organisatorischer Fragen nicht allzu sehr die eigentlichen Inhalte vernach-

lässigen. Nächstes Jahr soll sowohl in Bonn wie auch in Wiesbaden rotiert werden. Was aber ist, wenn grüne Persönlichkeiten wie Otto Schily und Marie-Luise Beck-Oberdorf in Bonn, Karl Kerschgens und Iris Blaul in Wiesbaden hinter den Vorhang treten müssen, um der „Reservemannschaft“ die Bühne zu überlassen? Es wird sicher nicht einfach werden, in gutlichem Einvernehmen die vorderen Listenplätze für die jeweils nächste Wahl zu verteilen.

Kurzum: Ich meine, die Grünen werden auf Dauer nur dann überleben, wenn sie entscheidende Punkte in ihrer Arbeit und an ihrem Selbstverständnis korrigieren. Der Bundestagsabgeordnete Joschka Fischer hat erst kürzlich wieder darauf hingewiesen. Es seien nur die Stichworte „Machtfaktor werden“, „Bündnis- und Kompromißfähigkeit“ genannt.

Die Grünen leben zu einem großen Teil von den Stimmen der Wechselwähler. Die hessischen Landtagswahlen 1982 und 1983 haben dies bewiesen: Man spricht von etwa 30.000 Wählern, die 1982 grün und dann 1983 die FDP gewählt haben. Aktionismus allein bringt keine Stimmen.

Sollten die Grünen an sich selbst zerbrechen – ihr Problem: die vielen Käuze und Querköpfe unter ihnen –, ohne Zweifel würde die SPD davon profitieren. Vielleicht wäre dies auch die Chance für die Liberalen Demokraten? Ein Teil der grünen Wählerschaft würde dann zumindest mangels Alternative sozialdemokratisch wählen. Nicht umsonst ist die SPD gegenwärtig dabei, ihr Programm mit neuen Gedanken aufzufrischen. Für diese Strategie der Sozialdemokraten – Erschließung neuer und Rückgewinnung ehemaliger Wählerschichten – spricht auch die Einrichtung des „Sozial-Liberalen Gesprächskreises“.

Sicherlich, die Grünen haben in Hessen das eine oder andere erreicht, haben in bestimmte Richtungen Denkanstöße gegeben. Die Ernstbachtalsperre wird nicht gebaut, in Frankfurt wird ein Lehrstuhl für Frauenforschung eingerichtet.

Die SPD hat in den öffentlichen Verhandlungen immer nur soweit nachgegeben, daß sie bestimmte Entscheidungen nachholen kann – wenn erst einmal der Haushalt 1984 verabschiedet und ein Ministerpräsident gewählt worden ist. Denken wir nur an die Verkabelung: Es ist schon grotesk, nun wird Hessen keineswegs zu einer „Insel in einer verkabelten Bundesrepublik“ werden. Auf dem „roten Mäntelchen“ sind lediglich einige „grüne Farbspritzer“ zu finden.

Mitte diesen Jahres werden wir wissen, ob sich die „Architektur einer neuen Politik“ in der parlamentarischen Praxis weiter bewähren kann. Werden die Grünen den Wassergraben = Haushalt '84 und Ministerpräsidentenwahl überwinden können? Die SPD hat nichts zu verlieren.

Eigenes Kommerzprogramm

Eigentlich war Hessens Ministerpräsident Holger Börner ja auch Vorsitzender der SPD-Medienkommission. Doch, wie bitte schön löst man das Problem, a) in Bonn ein „Medienpolitisches Aktionsprogramm 84“ verkünden zu müssen, das der eigenen Partei den Sprung auf's Trittbrett des Kommerzfernseh-Zuges der Union ermöglicht und gleichzeitig b) in Wiesbaden eine Vereinbarung mit den Grünen zu unterschreiben, die die Sozialdemokratische Landesregierung jedenfalls auf dem Papier eindeutig gegen diesen Bundestrend verpflichtet?

Einfach so: Man tritt ganz heimlich Ende Januar von seinem Kommissionsvorsitz zurück.

Hessen nun als einziges Bundesland ohne Ausbau des Bildschirmtextsystems, ohne Verteilung kommerzieller Satellitenprogramme über Kabel? Die Glaubwürdigkeit der hessischen Vereinbarung wird nicht nur für die Grünen durch die rundfunkpolitische Wende der SPD auf Bundesebene kaum gesteigert. Peter Glotz und Johannes Rau etwa begründen den Kurswechsel der SPD mit „veränderten technischen Rahmenbedingungen“: Wer „künftig noch mitgestalten“ wolle, dürfe sich „jetzt nicht verweigern“.

Doch was hat sich denn eigentlich verändert seit der Bonner Wende? Die Bundespost subventioniert den Kabelausbau sowie die Satellitenära jetzt nicht mehr mit 750 Millionen DM im Jahr wie noch zu sozialliberalen Zeiten, sondern mit nun 1,5 Milliarden. Sie präsentiert Satellitenfrequenzen en masse für deutsche Anbieter, die sie fast sämtlich schon vor der „Wende“ bestellte.

Und was hat mit diesen ihren alten Kompromissen die SPD erreicht? Die Kabelpilotprojekte (alle angelegt auf jeweils drei Jahre, das erste in Ludwigshafen läuft gerade wenige Monate) sollten doch erst Aufschluß geben über neue Nutzungsmöglichkeiten. So stand es in den Vereinbarungen, das sei doch „alles wieder rückholbar“, haben während all der Jahre unermüdlich die SPD-Medienpolitiker verkündet.

Nun also, da die unionsregierten Länder mit eigenen Landesmediengesetzen die Rundfunklandschaft verändern, soll mit der neuen Positionsbestimmung der SPD eine „technische und finanzielle Garantie für das System öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten“ erreicht werden. So steht es auf dem Papier der Ministerpräsidentenvereinbarung. Unverbindlich – und wie denn auch durchsetz-

bar, bei dem Rundfunkgebühren-Hick-Hack schon in der Vergangenheit?

Wie die Anteile verteilt werden künftig, zeigte schon die erste Runde. Die Verleger auf den attraktiven Westkanal; das ZDF darf dafür den sogenannten Ostbeam benutzen, der vor allem osteuropäische Länder erreicht. Zwar gibt es dort keine Kabelnetze, über die man das Programm auch empfangen könnte. Dennoch: „Die Ausstrahlung in diese Region ist ja eigentlich noch wichtiger, noch verantwortungsvoller“. So der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel. Ehrlicher hätte er ja eigentlich sagen sollen: „Also an unseren ‚Brüdern und Schwestern‘, an denen läßt sich eben nichts verdienen“.

Diese Art der Arbeitsteilung wohl zwischen kommerziellen und öffentlich-rechtlichen Anbietern versteht zumindest die Union unter „Bestandsgarantie“ im jüngsten Kompromiß mit der SPD: die „lukrativen“ Programme den Privaten, die restliche Versorgung wie gehabt. Zumindest im regionalen und lokalen Angebot könnte die SPD in „ihren“ Bundesländern alternative Programmangebote entwickeln. Man darf gespannt auf die entsprechenden Landesmediengesetze warten. Aber vielleicht beschränkt sich die SPD-Medienpolitik ja wieder doch nur auf die Hoffnung, die Partei besitze künftig auch ein „eigenes“ Kommerzprogramm – bei Bertelsmann. Dabei hat der Herr Mohn doch nur den Herrn Lahnstein angestellt. *Richard Finger*

Verständnis für bewaffneten Kampf
Günter Verheugen MdB zu Südafrika

Der Schlüssel für Namibia liegt in Washington. Dieses, auch Reagans „linkage“ zwischen dem Abzug der Kubaner aus Angola und der Gewährung der Unabhängigkeit für ehemals „Deutsch-Südwest“ ablehnende Credo seiner Bundestagsrede wiederholte der SPD-Abgeordnete Günter Verheugen auch auf einer Veranstaltung des Liberalen Zentrums Bonn über den Krisenherd Südliches Afrika.

Interessant also weniger der farbig vorgelegene Reisebericht des frischgebackenen Südafrika-Experten der SPD-Fraktion, als vielmehr Wertungen bundesdeutscher Afrikapolitik, mit denen Verheugen (noch?) von der SPD abweichende Positionen herausarbeitete. Hatte sich der Junggenosse im Bundestag – wie es heißt, auf Weisung seines stellvertretenden Fraktionsführers Ehmke – um das leidige Thema der Wirtschaftssanktionen gegen das Apartheid-Regime herumgedrückt, so konnte er vor Liberalen und deren Gästen zur Sache reden: Nach einem Diskurs über die Wirksamkeit von Sanktionen („eine Aufkündigung des Kulturabkommens wäre nicht mehr als ein Nadelstich“) ließ Verheugen als einziges Gegenargument gelten, daß wirtschaftlicher Druck auf das weiße Südafrika, auch auf die Frontstaaten durchschlüge. Trotzdem will er es nicht bei allgemeinen verbalen



Resolutionen, der „moralischen“ Unterstützung belassen. Verheugen wörtlich: „Wieso sind wir nicht bereit, über Hilfe im bewaffneten Kampf zu diskutieren?“ Eine Position, die von Vertretern der südafrikanischen Befreiungsbewegung bei der SPD sicher angemahnt werden dürfte.

Tony Seedat vom African National Congress verwies auf die traurigen Fakten scheinbar gemäßigter Apartheid-Politik. Mehr als 3,5 Millionen Menschen wurden bereits, wie zuletzt in Mogopa, während dieser Regierungsperiode „umgesiedelt“, 211 Menschen allein 1983 ermordet, „weil sie wegrannten“, anstatt sich den staatlichen Willkürmaßnahmen zu fügen. Mehr als die Hälfte der Kinder schwarzer Afrikaner kommen „vor Hunger“ um, mangels Überlebenschancen in den „Homelands“. „Bitte tun Sie etwas gegen diesen Holocaust!“ lautet die Klage Seedats. Über den „gesamten Westen, nicht nur die USA“ ist der ANC enttäuscht, man setze dort auf eine sogenannte „gemäßigte“ Regierung, während es lediglich der Stärkung der weißen Armee diene, wenn jetzt einigen Gruppen, wie den Indern, kleine Rechte gegeben würden.

„Sehr viel Heuchelei“ macht Seedat auch in der Bundesrepublik aus. Man habe da „null Unterstützung“ erhalten. Auch Kirchen und Gewerkschaften sagten, sie wollten keinen bewaffneten Kampf unterstützen. Der ANC-Vertreter: „Es ist nicht mehr möglich, noch einmal 100 Jahre zu warten.“ Die Methoden des Befreiungskampfes will sich der ANC nicht von den Europäern vorschreiben lassen. Kühl lautet die Analyse: Es gehe derzeit nicht um die Umsiedlung, sondern um die Macht. Der ANC will sich nicht mit der Gewährung von Bürgerrechten abspesen lassen (auch die sind noch nicht einmal vage in Sicht), sondern: „Wir als Mehrheit wollen die Macht.“ Dabei steht eine Vergeltung an den Weißen nicht zur Debatte, eine südafrikanische Demokratie würde Sonderrechte für die Weißen wie im Fall Simbabwe beinhalten.

Seedat hofft ausdrücklich auf die Unterstützung der – in der liberalen Parlamentsopposition organisierten – weißen Minderheit Südafrikas. Die nächsten drei bis vier Jahre würden für das Apartheid-System entscheidend.

Hatte Verheugen zuvor schon an die deutsche Mitverantwortung für Namibia („so lange nicht zu Ende, bis das Land unabhängig ist“) erinnert, so warnte Seedat die Liberalen davor, sich unbeteiligt in die Ecke zu lehnen. Es gebe keine einzige deutsche Firma in Südafrika, die nicht irgendetwas an die Buren-Armee liefere. Das heiße: „Ihr seid direkt beteiligt am Mord an unserer Bevölkerung.“ Man selbst bedrohe niemanden, aber auch dies machte der Vertreter des African National Congress klar: „Wir sind im Krieg.“

hwf

Gary Hart ist Reagens gefährlichster Konkurrent

Lebensziel: US-Präsident

Seit wenigen Wochen, seit dem überzeugenden Sieg des Außenseiters Gary Hart bei den demokratischen Vorwahlen des Ostküsten-Staats New Hampshire, ist das Rennen um die amerikanische Präsidentschaft wieder offen, sowohl in der Demokratischen Partei als auch für den eigentlichen Wahltermin am 6. November 1984. Aber viele Fakten sprechen dafür, daß der Senator aus Colorado in beiden Auseinandersetzungen erfolgreich sein könnte.

Der 47jährige Gary Hart war auch in den USA ein national bisher wenig bekannter Mann. Erst als es dem charismatischen Kandidaten gelang, bei den partei-internen Vorwahlen in Iowa mit 16 Prozent der Stimmen auf Platz 2 hinter Walter Mondale zu landen, horchte die Öffentlichkeit auf und begann, sich für „Gary Who?“ zu interessieren. Harts Kampagne und Persönlichkeit weisen überraschend viele Parallelen zum anfangs ebenfalls weithin unbekanntem und letztlich doch erfolgreichen Präsidentschaftsbewerber der Demokraten 1976, zu Jimmy Carter, auf. Dennoch erscheint Hart, immerhin seit zehn Jahren Senator, auf das Präsidenten-Amt besser vorbereitet, als es Carter war. Wie dieser, führt auch Gary Hart seinen Wahlkampf gegen das Partei-Establishment und ohne die den Demokraten verbundenen wichtigen Interessen-

gruppen. Wie Carter, und nach diesem auch Reagan, verspricht er seiner Nation einen „neuen Aufbruch“: Hart präsentiert sich als Vertreter einer „neuen Führungsgeneration“ mit gleichermaßen undogmatischen und pragmatischen „neuen Ideen“. Sein bisheriger Erfolg resultiert aus der Bereitschaft vieler, keineswegs nur jüngerer Wähler, neuen, „unverbrauchten“ Bewerbern eine Chance zu geben: eine Bereitschaft, die durch das Vorwahl-System noch gefördert wird.

Harts Kampagne wird inhaltlich koordiniert von Pat Caddell, dem Medienberater des Kandidaten und Präsidenten Jimmy Carters zwischen 1974 und 1980. Caddell will Harts jugendliches Profil mit den Eigenschaften „Sachkompetenz“, „Unabhängigkeit (von Interessengruppen)“ und „untypische Führungsfähigkeit“ verknüpfen. Aber Hart macht sich

Obstbäumchen für den ANC

Unterstützung für Flüchtlingsprojekt gesucht

Die Transkei war 1963 das erste Beispiel der neuen, „großen Apartheid“ der südafrikanischen Buren-Regierung, unter deren Zeichen die schwarzafrikanische Bevölkerungsmehrheit in „unabhängige“ Homelands zwangsumgesiedelt wird. Die Vertreibung der Bevölkerung von Mogopa von eigenem Grund und Boden war jüngst sogar im bundesdeutschen Blätterwald nachzulesen.

Die Homelands bilden ideale Arbeitskräftereservate für das weiße Südafrika, während deren unfreiwillige Bewohner gleichzeitig sämtliche politischen Rechte in Südafrika verlieren, zu „Ausländern im eigenen Land erklärt“ werden, wie es der African National Congress, schwarze Bürgerrechts-, Widerstands- und Befreiungsorganisation seit 1916, formuliert.

Apartheid-Opfer betreut der ANC in einer Reihe von Schul- und Farmprojek-

ten in den „Frontstaaten“ rund um Südafrika. Für das Projekt „Solomon-Mahlan-gu-Freedom-College“ (SOMAFCO) im tansanischen Morogoro sucht der ANC nun bundesdeutsche Unterstützung, ebenso wie für das 70 km entfernte Dakawa.

In Morogoro werden neben einer Farm auch kleine Handwerksbetriebe errichtet. Bisher werden Mais, Soja, Sonnenblumen und Gemüse angebaut, die Fleischproduktion beschränkt sich noch auf Schweine und Geflügel. Der Ankauf von Vieh hat begonnen. Ställe, Silos, Desinfektionsanlagen und Zäune wurden bereits errichtet.

In Dakawa sollen im Laufe des Jahres Fertighäuser, eine Berufsschule und Farmgebäude errichtet werden. Zur Zeit muß die Mehrheit der Flüchtlinge noch in Zelten leben. Da es in der Nähe des Projektes keinen Fluß gibt, ist man auf Grundwasser angewiesen. Für die Wasser-

nicht von Beratern abhängig. Im Senat gilt er als — sachlich und kollegial respektierter — Einzelgänger. Das Präsidenten-Amt ist ihm Lebensziel, im Gegensatz zu den Selbstzweifeln seines Rivalen Mondale fühlt sich Hart zur Präsidentschaft innerlich berufen. Im Senat stimmte er in der Regel „links“; er sieht die Regierung auch für gesellschaftspolitische Problemlösungen als verantwortlich an und kämpft für die Gleichberechtigung der Rassen und Geschlechter. Wirtschaftspolitisch ist Gary Hart von der Dynamik des Marktes und der Notwendigkeit von Wachstumssteigerung überzeugt; die Nutzung der Atomenergie sieht der Senator bis ins nächste Jahrhundert als unumgänglich an. Auch außenwirtschaftlich setzt Hart auf Wettbewerb, er gehört zu den ausgewiesenen Gegnern protektionistischer Politik. Obwohl die Gewerkschaften den Senatskandidaten Hart unterstützen, ist sein Verhältnis zu „Big Labor“ eher distanziert.

In der Außenpolitik denkt Hart wesentlich stärker anti-interventionistisch als Mondale oder gar Reagan. Er plädiert seit langem für den Abzug der Marines aus Beirut und will die US-Hilfe für El Salvador stoppen. Die militärische Sicherung des Persischen Golfes sollten nach Harts Ansicht Europäer und Japaner übernehmen, wenn sie daran interessiert seien; die USA könnten sich auch ohne Golf-Öl versorgen.

versorgung werden ein großer Generator sowie eine Pumpe installiert. Eine weitere Farm des ANC gibt es in Sambia, die wie die anderen in erster Linie der Selbstversorgung dient.

Seedat, Bonner Vertreter des ANC, kehrte mit einem besonderen Appell von einer Reise nach Sambia und Tansania zurück. In allen seinen Projekten will der ANC mit der Anlage von Obstgärten beginnen. Es wird deshalb gebeten, Obstbäume zu spenden. Jeder Baum kostet etwa fünf DM. Als weitere Möglichkeit der materiellen Solidarität bietet sich die Unterstützung des Ankaufs von Milchvieh an.

Beides sind Chancen, es nicht nur bei Worten zu belassen und die von den UN anerkannte Befreiungsbewegung direkt zu unterstützen. Wer Probleme mit dem bewaffneten Kampf gegen das Apartheid-Regime hat, kann die humanitären Projekte des ANC ohne Bedenken unterstützen. Die Jungdemokraten haben bereits eine Kampagne unter dem Motto „Obst für die Kinder aus Südafrika“ gestartet. Spenden können — unter diesem Stichwort — auch direkt auf das Konto des ANC (South Africa) Nr. 1023135700 bei der Bank für Gemeinwirtschaft (BLZ 38010111) in Bonn überwiesen werden. *hwl*

Als Verteidigungsexperte und Mitglied des wichtigen Streitkräfte-Ausschusses gehörte Hart zu den Mitbegründern der Militärreform-Gruppe im Senat: Die amerikanische Verteidigungsplanung will er grundsätzlich überprüfen, die Zuwächse im Militärbudget drosseln. Hart befürwortet Rüstungskontrollverhandlungen mit der Sowjetunion und unterstützte den SALT II-Vertrag. Sein Denken wird von einer eher rationalen Sicherheitsphilosophie bestimmt, die von den militärisch-ökonomischen Vorteilen der USA ausgeht. Ein messianisches Kreuzzugsdenken gegen ein kommunistisches „Zentrum des Bösen“ liegt ihm fern.

Zögernd befürwortet der Senator die Aufstellung von Pershing II und Cruise Missiles in Europa; das Festhalten am NATO-Doppelbeschluß rechtfertigt er nicht mit verteidigungspolitischen Erfor-



Konkurrenten Hart, Mondale: Reserve noch nicht mobilisiert

dernissen, sondern aus Gründen des Bündniszusammenhalts. Hart stimmte im Senat für das bilaterale Einfrieren der Atomwaffen, sieht darin aber eher ein Symbol denn konkrete Politik. Als entscheidenden Beitrag zur Vertrauensbildung zwischen den Supermächten sieht er seinen Vorschlag für ein „Kommunikations-Zentrum“ von USA und UdSSR auf dem Boden eines neutralen Landes an, wo Offiziere beider Seiten sich ihre wechselseitigen militärischen Bewegungen verständlich machen sollen, um Fehlperzeptionen auszuschließen. Der Militärreformer Hart strebt eine generell effizientere Mittelverwendung an und fordert technisch weniger komplizierte und störanfällige, bevorzugt konventionelle Waffensysteme. Hinsichtlich der amerikanischen Westeuropa-Politik hat Gary Hart noch keine Akzente gesetzt.

Egal, ob sich Harts Überraschungserfolge stabilisieren oder ob Walter Mondale aufholen kann, das demokratische Nominierungs-Rennen dürfte auf längere Frist spannend bleiben. Denn beide Kan-

didaten haben ihre Reserven noch nicht mobilisiert. Mondale wird es außerordentlich schwer fallen, seine ursprüngliche Favoriten-Position wiederzugewinnen und zusätzlich noch soviel Sympathien erobern zu können, um letztendlich auch Reagan zu schlagen. Er steht exemplarisch für die alte „Roosevelt-Koalition“, jene in den 30er Jahren geformte Mehrheitsallianz aus Arbeiterschaft, ethnischen Minderheiten, sozial Benachteiligten, Liberalen und Intellektuellen. Dieses heterogene Bündnis war zuletzt 1976 mit Carter erfolgreich. Doch die Allianz bröckelt; an ihrer Mehrheitsfähigkeit muß heute gezweifelt werden. Die staatsinterventionistische New Deal-Philosophie Roosevelts hat stark an Attraktivität verloren. Die Interessen beispielsweise der Schwarzen und der Juden haben sich auseinanderentwickelt. Mon-

dales Politik gilt als althergebracht liberal, zu sehr den Interessengruppen verhaftet.

Harts Attraktivität geht hingegen weit über die alte Roosevelt-Koalition hinaus. Mit seiner charismatischen Werbung für eine „neue Führungsgeneration“ spricht er jüngere Wähler und Frauen an, mit dem Pochen auf Sachkompetenz und mit seiner Wirtschaftspolitik wirbt er um Wechselwähler und Besserverdienende bis ins republikanische Reservoir. Beide Kandidaten müssen im jeweils eigenen Interesse daran interessiert sein, eine Selbstzerfleischung innerhalb der Demokratischen Partei bis wenige Monate vor der eigentlichen Präsidentschaftswahl, wie sie 1968 und 1972 stattgefunden hat, trotz aller Konkurrenz zu vermeiden.

Die politischen Strukturen der USA und Harts persönliche Fähigkeit zur motivationsgetragenen Bündelung unterschiedlicher Kräfte sprechen für den Erfolg seiner Kandidatur. Nach Lage der Dinge ist Gary Hart heute für Ronald Reagan zum gefährlichsten Herausforderer geworden. *Michael Staack*

„Mit ganzer Seele ein Naumannianer“

Die Wogen der Publikationen und Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag von Theodor Heuss am 31. Januar sind abgeebbt. Die Schwaden des rhetorischen Weihrauchs haben sich wieder gelichtet. Der Alltag ist wieder eingelebt und man beginnt sich nun zu überlegen, was denn nun von alledem, was zu diesem Geburtstag an Reden, an Publikationen und an Gedanken produziert worden ist, etwa Bestand haben könnte und was nicht, was wesentlich war und was nicht und was uns die ganzen Feiern etwa an Werten gebracht haben. Auch ist man versucht im nachhinein die Frage aufzuwerfen, ob denn Heuss in all diesen Reden, Feiern und Publikationen recht verstanden, begriffen und dargestellt worden ist – oder nicht vielfach etwas schief und falsch – und wie denn Heuss selbst all das, was aus seinem 100. Geburtstag „gemacht“ worden ist, beurteilen würde. Würde er entsetzt sein über die Fülle der Lobhudeleien und Platitüden, die über ihn aus Anlaß seines 100. zum Besten gegeben wurden? Oder nur schmunzeln über die „ziemlich limitierten Feierlichkeiten“, wie er es anno 1959 zu seinem 75. getan hatte?

Vergegenwärtigen wir uns noch einmal in Kürze, was an erwähnenswerten Publikationen, Feierlichkeiten und Reden über Heuss zum 100. über uns ergangen ist. Da sind zunächst drei äußerlich zumindest sehr repräsentable Bücher zu nennen, ein ansehlicher Bildband mit einer wohlabgewogenen textlichen Erläuterung von der Hand des Kölner Fernsehjournalisten Hermann Rudolph mit ein paar ihm nachgeordneten Reflexionen von Hildegard Hamm-Brücher über den Demokraten Heuss – von seinen Wurzeln (im heimatischen Schwaben) bis zu seinem „Vermächtnis“ in dieser Zeit. Da ist weiter ein sehr flott geschriebenes literarisches „Porträt“ über Heuss, das sich allerdings in höchst irriger Weise als die angeblich „erste“ wirkliche Heuss-Biographie bezeichnet, geschrieben von der Bonner Journalistin Ingelore Winter. Und da ist schließlich noch eine dickleibige Auswahl aus einigen Reden und Aufsätzen von Heuss, kommentiert von dem Darmstädter Historiker Martin Vogt und einem einleitenden Essay von Ralf Dahrendorf. Der Bildband und die Auswahlgabe haben sich der besonderen Förderung der Robert-Bosch-Stiftung erfreut, und die Auswahlgabe versucht zudem mit ihrem Hinweis auf einen siebenköpfigen wissenschaftlichen „Beirat“ einige hochgespann-

te Erwartungen zu erzeugen, die sich bei Lichte besehen dann als übertrieben erweisen.

Neben diesen bleibenden literarischen Publikationen hat sich natürlich auch das Fernsehen des Heuss-Gedenkens angenommen und uns mit zwei Filmen in Wort und Bild und einigen Interviews mit Zeit- und Lebenszeugen den Weg des 1. Bundespräsidenten von seiner Wiege in Brackenheim bis zu seinem Ende in Stuttgart ins Haus gebracht. Die Vorteile der Technik lagen hier auf der Hand. Ebenso aber auch die Vorzüge der Flüchtigkeit mancher etwas irriger Bemerkungen, für die hinterher niemand mehr verantwortlich sein will.

Groß war der Aufwand und die Mühe, den sich die FDP diesmal zur Geburtstagsfeier ihres 1. Bundesvorsitzenden gemacht hatte: zum einen am Vorabend des Geburtstages in Brackenheim, zum anderen am eigentlichen Geburtstag mit einem Stehempfang im Bonner Bundeshaus und einer dominierenden Beteiligung an der Gedenkfeier des Bundestages. Man nahm die Gelegenheit wahr, hier auf einen Großen des deutschen Liberalismus hinzuweisen, wo die eigene politische Statur und Potenz immer umstrittener wird. Die Frage, ob man denn überhaupt noch in dieser Partei berechtigt ist, sich auf Heuss zu beziehen, wurde sorgfältig ausgeklammert. Man tat so, als ob ein ganz gerader Weg von Heuss zu Genscher führe, vom Vater der Gründerjahre zum Enkel in der Gegenwart. Aber vergleicht man allein die Heuss-Reden Genschers von 1984 etwa mit der Heuss-Rede Thomas Dehlers vor 20 Jahren, am 31. Januar 1964, in der Godesberger Redoute, dann wird einem allein schon hier der Abstand deutlich zwischen Heute und Gestern in der Führung der Partei.

Was alle die erwähnten Veröffentlichungen, Fernsehsendungen und Reden zum 100. Geburtstag von Heuss verband, waren vor allem drei Punkte: einmal der ständig wiederholte Hinweis auf den „unerhörten Glücksfall“, den die Bundespräsidentenschaft von Heuss für die Bundesrepublik bedeutet habe, dann die stereotype Betonung der beispielgebenden Bedeutung von Heuss für die deutsche Demokratie und drittens die sehr breite und ausführliche Würdigung des „Staatsmannes“ Theodor Heuss. Was bei allen Publikationen und Reden weniger oder gar nicht zur Sprache gekommen ist, ist einmal die Erörterung der menschlichen Problematik, der charakterlichen und politi-

schen Vielschichtigkeit und Zwiespältigkeit von Heuss, zum anderen das nähere Eingehen auf den jungen Heuss, den Stürmer und Dränger seiner Jugendjahre, den ungestümen Journalisten Heuss, den Liebhaber des Lebens, und schließlich auch ein ausführlicher Blick auf den Parteimann Heuss in der Weimarer Republik und zwischen 1945 und 1949.

Auf die menschliche und politische Problematik von Heuss ist eigentlich nur Ingelore Winter in ihrem „Porträt“ etwas näher eingegangen, hier allerdings oft bis an die Grenzen der Trivialität und ohne an die tieferen Konsequenzen dieser sehr menschlichen Züge zu rühren. In allen anderen Darstellungen dominierte mehr oder weniger der zum politischen Denkmal gewordene Heuss und mit dieser Denkmalsbeschreibung ist man ihm sicher nur sehr schlecht gerecht geworden. Heuss – recht verstanden – ist ja alles andere als nur ein „beispielhafter“ oder „vorbildlicher“ Mensch, Politiker oder Staatsmann gewesen, sondern zweifelsohne doch auch sehr ein Mensch in seinen Widersprüchen. Seiner eigenen Unvollkommenheit und Widersprüchlichkeit ist er sich selbst oft nur zugut bewußt gewesen. Mehr als einmal hat er sich in seiner „Laufbahn“ vom Parteipolitiker zum „Staatsmann“ ironisch selbst karikiert und seine Leistungen auf das ihm gemäße Maß heruntergeschraubt. Es tut weh, sein Denken und Tun heute in das angeblich vorbildlich Unfehlbare hochstilisiert zu sehen. Gerade in der menschlichen und politischen Problematik, Widersprüchlichkeit und Entwicklung liegt ja der Reiz, sich mit Heuss etwa forschend kritisch zu beschäftigen.

Natürlich ist Heuss nicht ganz unschuldig, wenn heute seine menschliche und politische Problematik, seine Jugendzeit und sein parteipolitisches Wirken in der Weimarer Republik und nach 1945 in offiziellen Würdigungen etwas in den Hintergrund gedrängt und mehr der „Staatsmann“, der Bundespräsident als Vorbild, als „Denkmal“ in den Vordergrund geschoben wird. Heuss hat uns zwar sehr ausführlich über seine Jugendzeit und Jugendstrieche nach 1945 berichtet. Aber das war später eben vorwiegend Geschichte, Vergangenheit und vielfach war es ihm als Bundespräsident dann doch peinlich, an irgendwelche Ansprüche und Äußerungen, die er als Parteimann, als Journalist getan hatte, erinnert zu werden. Sein Gefühl für den rechten „Stil der Demokratie“, für die

Repräsentation des Staates oder für die Neutralität des Präsidialamtes war besonders stark ausgeprägt, und in dieses Bild, was er nun darzustellen hatte, paßten die Zwiespältigkeiten der eigenen Person, die Entwicklungsphasen seines Lebens nur in sehr untergeordneter und absolut vertraulicher Weise hinein.

Er hatte 1949 als Bundespräsident von seiner parteipolitischen Vergangenheit weitgehend öffentlich Abschied genommen und ließ es sehr daran gelegen sein, etwaige Ungereimtheiten seines persönlichen Wesens in der Öffentlichkeit zu kaschieren. Die Erinnerung daran, daß er als Parteivorsitzender der FDP früher gegen die CDU zu Felde gezogen war und das „C“ in ihrem Parteinamen angegriffen hatte, war ihm nun suspekt und er hatte kein Verständnis mehr für die ungestümen, temperamentvollen Eskapaden Dehlers, obwohl er selbst in seiner Jugend auch einmal sehr exzentrisch und temperamentgeladen argumentiert und agiert hatte. Nein, man kann es den heutigen „Würdigern“ wirklich nicht übelnehmen, wenn sie heute mehr den Bundespräsidenten, den Alten, den Staatsmann Heuss in den Vordergrund stellen als den jungen, den parteilichen, den problematischen Heuss.

Ich selbst habe in einem kleinen Taschenbuch des Bleicherverlags in Gerlingen versucht, den Weg vom jungen Heuss zum alten Heuss, vom ungestümen Naumann-Schüler, Journalisten und Parteipolitiker zum Bundespräsidenten, zum „abgeklärten“ Staatsmann nachzuzeichnen – in der Hauptsache auf Grund und mit der Wiedergabe von Selbstzeugnissen von Heuss und einiger Zeitgenossen, die ihm irgendwie nahestanden. Es ist ja heute weitgehend vergessen, daß Heuss zu Beginn seines politischen Daseins in keiner Weise etwa ein „Liberaler“ im Sinne Eugen Richters oder Theodor Barths war, auch kein „württembergischer Demokrat“ in der Anhängerschaft Friedrich Payers oder Conrad Haußmanns war, sondern absolut und mit ganzer Seele ein „Naumannianer“, ein Anhänger Friedrich Naumanns und seiner nationalsozialen Vereinigung. Und doch ist es sehr bezeichnend, daß Heuss nach dem Abitur seine Mulustour nach Norddeutschland vor allem dazu benutzte, um als Gast am nationalsozialen Vertretertag in Hannover 1902 teilzunehmen, daß er dann in München – und nicht in Tübingen – sein Studium begann, weil ihm dazu nationalsoziale Freunde vor allem geraten hatten und daß er dann 1903 kurzentschlossen in Berlin sein Studium fortsetzte, um nur ja in die unmittelbare Nähe Friedrich Naumanns zu kommen und ihm zu dienen.

Erst mit Naumann beginnt sein Weg zum Lager des politischen Liberalismus. Noch 1907 tritt er in Heilbronn als Vermittler auf zwischen den Nationalsozialen

um Naumann und den württembergischen Demokraten um Haußmann und erst ab 1910 kann man feststellen, wie die Wege von Naumann und Heuss in der Fortschrittlichen Volkspartei auch mit den Württembergischen Demokraten in eine gemeinsame Richtung gehen. Aber auch hier und dann bleibt Heuss in erster Linie Naumann-Anhänger, Naumann-Mitarbeiter. Gertrud Bäumer hat in ihren Erinnerungen sehr schön davon berichtet, wie sich die Nationalsozialen um Naumann nach 1903 und dann verstärkt



Theodor Heuss und seine Frau Elly Heuss-Knapp in einer Aufnahme aus dem Jahre 1949:

„In das Bild des Bundespräsidenten paßten die Zwiespältigkeiten der eigenen Person, die Entwicklungsphasen seines Lebens nur in sehr untergeordneter und absolut vertraulicher Weise hinein.“

nach 1910 im linksliberalen Lager vor allem als eine Art „Sauerteig“ fühlten in der sehr bewußten Absicht, dem etwas erstarrten Linksliberalismus des beginnenden 20. Jahrhunderts ein neues, vor allem soziales Gepräge zu geben. An dieser nationalsozialen „Sauerteigfunktion“ hat Heuss als politischer Redakteur der „Hilfe“ Friedrich Naumanns gewiß sehr stark mitgewirkt. Als Wortführer und Multiplikator Naumannschen Gedankengutes ist Heuss 1912 nach Heilbronn zurückgegangen und dann 1918 wieder von Heilbronn nach Berlin. Er ist auch in Berlin über den Tod Naumanns im August 1919 vor allem Naumann-Anhänger, Naumann-Schüler, Naumann-Erbverwalter geblieben, auch wenn er dann später natürlich auch eigene politische Wege gegangen ist und die Gedanken und die Entwicklung Friedrich Naumanns auch etwas eigenwillig interpretiert und weitervermittelt haben mag. Bis an sein Lebensende ist Heuss im Zentrum seines Denkens „Naumannianer“ geblieben. In sehr bezeichnender Weise hat Heuss

1958 mit der Gründung der „Friedrich-Naumann-Stiftung“ in Bonn seiner Partei und dem deutschen Liberalismus das Vermächtnis mit auf den Weg gegeben, sich vor allem mit dem Gedankengut Friedrich Naumanns und seinem „Erbe“ zu beschäftigen.

Ich bin der Meinung – und das habe ich in meinem kleinen Taschenbuch zum Ausdruck zu bringen versucht –, daß der Weg zu einem rechten Heuss-Verständnis in unserer Zeit nur über

das recht verstandene Erbe Friedrich Naumanns und seiner Forderung einer sozialen Komponente im deutschen Liberalismus führen kann.

Wenn ich mir allerdings den Verlauf der offiziellen Heuss-Feiern und Heuss-Ehrungen dieses Jahres ansehe, bin ich reichlich skeptisch, ob diese Empfehlung, sich bei allem Heuss-Gedenken vor allem auch auf Friedrich Naumann zu besinnen, auf fruchtbaren Boden fällt.

Zu stark sind vermutlich die Verkrustungen, die die gegenwärtigen deutschen Liberalen von den sozialliberalen Konzeptionen Friedrich Naumanns trennen.

Empfehlenswerte Originalliteratur zum Thema:

Friedrich Naumann, Werke, 6 Bände, Westdeutscher Verlag.

Theodor Heuss, Erinnerungen 1905 – 1933

Theodor Heuss, Friedrich Naumanns Erbe

Verlag Rainer Wunderlich

Jugendschutz als Vorwand für Zensur

„... von vorne bis hinten langweilig!“

Man könne ja nicht immer mit dem Grundgesetz unter dem Arm herumlaufen – so Hermann Höcherl, ehemaliger Bundesinnenminister. Die tieferen Gründe für diesen merkwürdigen Hinweis blieben lange im Unklaren. Nun nicht mehr: Dort (unter dem Arm nämlich) ist zumindest bei einigen Staatsanwälten und Polizeibeamten kein Platz mehr! Unter den Achselhöhlen der Staatsdiener verbirgt sich Unziemliches: Im Auftrag der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften sichten sie Bestände deutscher Buchläden und beschlagnahmen Schriftwerk, daß man höheren Orts für pornographisch hält. Die Zensur schleicht um.

Immer mehr Buchläden werden gerichtlich wegen des Verkaufs von indizierter Literatur belangt. Meistens sind Staatsanwaltschaft und Polizei schneller als die neueste Indexliste und Buchhändler erfahren erst dann vom Verbot, wenn das Buch bereits beschlagnahmt ist. Die darauf folgenden Anzeigen treffen den Buchhändler, nicht immer aber den Verleger, was den Buchhandel besonders empört. Manchmal gibt sich die Staatsanwaltschaft aber großzügig und stellt den uninformatierten Buchhändlern gegen eine Zahlung an eine soziale Institution die Nichteinleitung des Strafverfahrens in Aussicht. Der Börsenverein des deutschen Buchhandels nennt diese Praxis zu Recht „Ablaßhandel“.

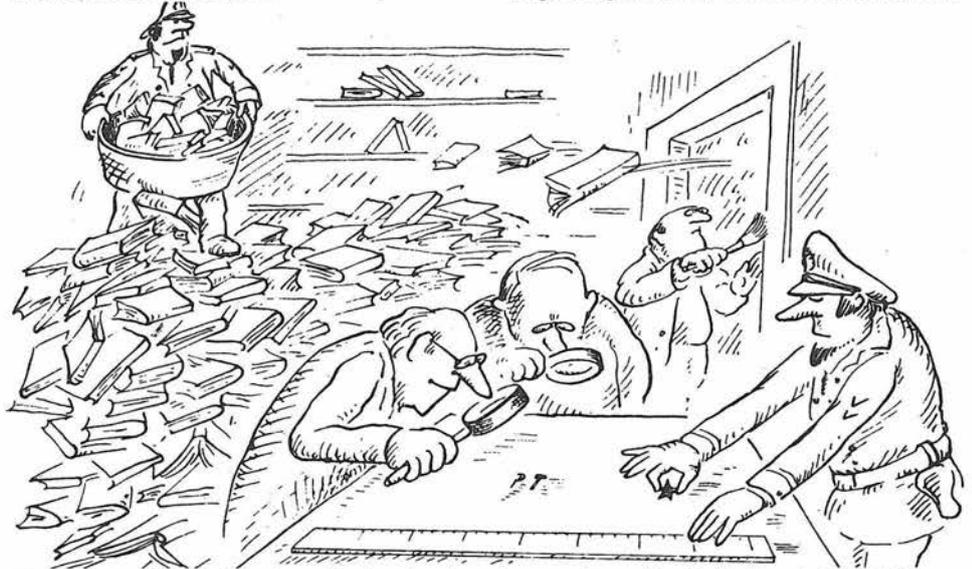
Das Ergebnis der obrigkeitlichen Maßnahmen ist eine erhebliche Verunsicherung des Buchhandels, der sich vorsorglich um Selbstreinigung bemüht. Die Schere im Kopf funktioniert auch hier.

Auch Verleger zeigen sich zunehmend beeindruckt: Zwar bejaht man den Grundgedanken des Jugendschutzes, kritisiert aber vorsichtig die in letzter Zeit immer restriktiver werdende Arbeit der Bundesprüfstelle. Ein wissenschaftliches Gutachten, so der Börsenverein, soll feststellen, inwieweit die Behörde ihre Kompetenzen überschreitet.

Die Prüfstelle und ihren obersten Saubermann, Rudolf Stefen, ficht das nicht an: Er schlägt zurück. Selbst das Börsenblatt (eine Publikation des Börsenvereins, die nur dem Buchhandel dient) bleibt nicht verschont: Weil dort eine Rezension aus dem STERN über ein Buch zum Thema Sterbehilfe erschien, stellte er Strafantrag.

Das Amtsgericht München hat sich in der Vergangenheit als besonders säuberungswütig erwiesen:

– Günter Amendts „Sex-Buch“, seit 1979 auf dem Markt, im Frühjahr 1980 von der Dortmunder Staatsanwaltschaft als nicht pornographisch eingestuft, wurde 1981 auf Antrag des Amtsgerichts München im gesamten Münchner Raum beschlagnahmt. Zweieinhalb Jahre später hatte dann das nämliche Gericht sich ein Bild verschafft und entdeckt, daß das Buch gegen keinerlei Strafgesetz verstößt. Fazit: zweieinhalb Jahre vom Markt, jetzt wieder überall erhältlich.



Die Untersuchung: Zu einer Verlagsdurchsuchung seitens der Polizei und des BKA von Marie Marcks 1977 gezeichnet. Wurde, selbst ein Zensurfall, erst zwei Jahre später und in einem anderen Zusammenhang gedruckt.

– Im März 1982 ordnete das rührige Amtsgericht die Beschlagnahme eines Buches von Harold Robbins an. Die Räume des Verlegers wurden durchsucht und man wurde fündig. Nach dienstlicher Durchsicht entdeckte der zuständige Richter fünf (!) Stellen, die er für „harte Pornographie“ hielt. Nach langwierigem Verfahren, nach Einspruch und Gutachten schließlich bekannte derselbe Richter, daß kein Verstoß gegen irgendein Gesetz vorliege. Nachdem in über 30 Buchläden das Buch (und auch die Lieferscheine) beschlagnahmt worden waren, schloß der Richter den Fall mit der Bemerkung, das Buch sei „von vorne bis hinten langweilig“. Die Polizei-Aktion in den betroffenen Buchläden und deren Wirkung auf Händler und Konsumenten war es bestimmt nicht!

Die deutsche Justiz wittert Volksverderbnis nicht nur, wenn die Handlung unter der Gürtellinie spielt. Ein Collage-Künstler verzierte die Rückseite eines Werkes mit der deutschen Nationalflagge dergestalt, daß Hamburger Richter Verun-

glimpfung vermuteten. In nächtlicher Aktion wurde der Verlag erstürmt, Unterlagen beschlagnahmt und 53 Bücher sichergestellt. Folge: Freispruch für Verleger und Künstler. Einen hessischen Buchhändler traf's aber doch: Ihm wurde eine Geldstrafe in Höhe von 4.500 DM aufgebürdet, weil er eben dieses Buch verkauft hatte. Beide Fälle sind noch nicht rechtskräftig entschieden. Von den jeweils unterlegenen Parteien wurden Rechtsmittel eingelegt. So wird sich nicht nur das Oberlandesgericht Frankfurt mit der verunglimpften Fahne beschäftigen, sondern (auf Antrag des Verlages) auch das Bundesverfassungsgericht.

Die geistig-moralische Erneuerungsbewegung hat auch die kleine Schar beamteter Saubermänner um den Leitenden Regierungsdirektor Rudolf Stefen in der

Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften in Bonn-Bad Godesberg inspiriert. Seien es Bücher (Amendts „Sex-Buch“, Pierre Louis' „Rosa Auto-Stop“) oder Filme („Trio infernal“): Es wird indiziert. Und wenn, wie im Fall von Pierre Louis, der Prüfstellen-Gutachter Professor Mainusch (ein Anglist) vor Gericht gegen den Gegengutachter, den Pädagogen Professor Helmut Kentler (auf dem Gebiet von Erotik und Sexualität bestimmt eher ein Fachmann), vernünftigerweise unterliegt, wird eben erneut indiziert.

Bleibt abschließend zu bemerken, daß die Bundesprüfstelle ein Tätigkeitsfeld noch nicht beachtet hat: die Plenarprotokolle des Deutschen Bundestages. Oder liegt es vielleicht am Treueverhältnis Stefens und seiner Mitarbeiter, daß sie Äußerungen ihres obersten Dienstherrn, des zuständigen Ministers Heiner Geißler, über Auschwitz und „die, die es erst ermöglichen“, für nicht so jugendgefährdend halten wie einen blanken Busen und einen nackten Hintern?

Dieter Noth

liberale drucksachen

Zeitschrift für freisinnige Politik

Braunschweig, im April 1984

Liebe Freundinnen und liebe Freunde, viele von Ihnen haben sich in den letzten Monaten über das unregelmäßige Erscheinen der „liberalen drucksachen“ beklagt – zu Recht. Ursache ist, daß die „liberalen drucksachen“ in einer ersten Krise steckten: die notwendige redaktionelle Arbeit und Planung war in der „Freizeit“ kaum mehr zu leisten, die Zahl der Abonnenten reichte nicht aus, um die Rechnung der Druckerei zu zahlen und sicherlich fehlte auch eine neue inhaltliche Perspektive.

Diese Auflistung soll nicht mißverstanden werden als Kritik. Die Arbeit, die die „drucksachenmacher“ geleistet haben, kann wohl nur würdigen, wer selbst einmal unter ähnlichen Umständen arbeiten mußte. Trotzdem standen die „liberalen drucksachen“ vor der Alternative, aufzugeben, oder die Basis für einen neuen Anfang zu finden.

Wir brauchen die „liberalen drucksachen“ zur Kommunikation und als Bindeglied für alle Liberalen, weil es in diesem unserem Lande kein anderes Forum gibt für Nachrichten, Informationen und die Diskussion liberaler Politik. Unsere eigene politische Kultur wäre ärmer und sprachloser ohne die „liberalen drucksachen“.

Angesichts dieser Tatsachen haben wir in den letzten Wochen versucht, für die „liberalen drucksachen“ eine neue Grundlage zu schaffen – konzeptionell und finanziell. Die Weichen dafür haben Herausgeber und Redaktion bei einem Treffen Ende März gestellt. Der Herausgeberbeirat wurde erweitert; die nächste Ausgabe der „liberalen drucksachen“ wird Ihnen in vier Wochen das neue Konzept (keine Angst, keine „Wende“) ausführlich vorstellen. Ziel ist: die „liberalen drucksachen“ müssen zur unverzichtbaren Lektüre jede(r/s) Liberalen werden; nur dadurch erlangen wir mittelfristig für die Zeitschrift eine gesunde ökonomische Basis.

Der neue Anlauf ist nur zu schaffen, wenn wir neue Abonnenten und neues Kapital gewinnen. Und damit sind auch Sie, die Leser, aufgerufen zur finanziellen Beteiligung an Ihrer Zeitschrift. Wir haben von einem Wirtschaftsprüfer ein Modell erarbeiten lassen, das Ihre Beteiligung nicht nur politisch, sondern auch steuerlich interessant macht. Die „liberalen drucksachen“ suchen 50 bis 70 Personen, die (einen oder mehrere) Anteile zeichnen im Wert von je 1.000,— DM. Von diesem Anteil sind aber nur 700,— DM bei der Zeichnung zu zahlen, die restlichen 300,— DM dann am Ende dieses Jahres. (Anmerkung für Vorsichtige: eine weitergehende Haftung gibt es nicht.) Fordern Sie die Unterlagen und weitere Informationen an bei: Ulf Pedersen, Steinweg 5, 3300 Braunschweig oder Hans-Joachim Wörner, Im Hermeshain 6, 6000 Frankfurt/M. 60.

In den nächsten 12 Monaten wollen wir die Zahl der Abonnenten verdoppeln. Keine Werbung kann Ihre Freunde und Bekannten so glaubwürdig für ein Abonnement der „liberalen drucksachen“ gewinnen wie Sie selbst. Unterlagen können Sie ebenfalls bei Ulf Pedersen oder Hans-Joachim Wörner anfordern.

Wie notwendig uns die „liberalen drucksachen“ sind, daß können wir jetzt selbst beweisen: engagieren wir uns bei und für die „liberalen drucksachen“!

Hanspeter Knirsch

Theo Schiller

Ulf Pedersen

Hans-Joachim Wörner

... sprach der gute Mensch von Oggersheim

von Niklas Pronsfeld

Manchmal scheint es, als lebten wir im literarischen Nineteen-eighty-four, nicht im historischen 1984. Was bislang als Euphemismus, als sprachliche Beschönigung offener Scheußlichkeiten, markiert und kritisiert wurde, fällt im Orwell-Jahr unters Rubrum Newspeak. Freilich bleiben uns die Newspeak-Anhänger den Nachweis schuldig, daß von einer Zentralmacht aus und mit Gehorsamszwang eine euphemistische Neuversprachung systematisch betrieben werde. Allein ein solch planmäßiges Unternehmen rechtfertigte den Vergleich mit Orwell.

Stattdessen tobt der alltägliche Kampf um Worte. Die politischen Kontrahenten fechten um die förmliche Eroberung und inhaltliche Besetzung der Schlüsselbegriffe in der öffentlichen Meinungssprache.

Ich meine, wir kommen gut ohne Orwell aus, wenn es heißt, hinter dem freundlichen Schein mancher Neuwörter den ungeschminkten Sachverhalt zu entdecken: Daß der „Entsorgungspark“ ein betoniertes Atommülllager mit äußerst gefährlichem und langlebigem Inhalt ist, weiß inzwischen jedes no-future-Kind. „Störfälle“ stimmen uns nicht ruhig, denn wir wissen, es sind Unfälle. Wer den „Erstschlag“ führt, möchte so tun, als komme er zur Verteidigung seiner selbst dem aufmarschierten Feind bloß zuvor. Dennoch erkennen wir den Aggressor, der einen Überfall verübt. Wir machen uns der „passiven Bewaffnung“ schuldig, wenn wir mit Helm, Atemschutz und Schutzbrille an einer Demonstration teilnehmen. Wir wissen, die Polizei setzt keine „Distanzmittel“, sondern Reizgas und Knüppel ein. Hinter der „Verschlankung“ mancher Betriebe durch „Freisetzung“ erkennen wir den Zusammenhang von technischer Rationalisierung und Arbeitslosigkeit. Für uns fällt es allerdings aus dem Rahmen, wenn ein mutmaßlicher Terrorist „im Rahmen seiner Festnahme erschossen“ wird.

Die Kießling-Affäre, aus der die Wörner- und schließlich die Kohl-Affäre wurde, hat ihre sprachliche Schleimspur hinterlassen. Am 1. Februar sagte Helmut Kohl vor der Bundespressekonferenz, für seinen Manfred von der Bundeswehr sei dies eine Zeit, „an die er sicherlich noch lange in seinem Leben zurückdenken wird.“ Die akkreditierten Journalisten quittierten diesen Satz mit höhnischem Gelächter, das wohl signalisieren sollte: Führt der Bundeskanzler das Klassenbuch einer Untersekunda oder ein Ministerkabi-

nett? Helmut Kohl beendete die Pressekonferenz mit dem Satz: „Wir lieben das Leben und die Lebensfreude und lassen sie uns auch trotz aller Probleme nicht vergällen.“

So spricht das schlichte Gemüt aus Oggersheim. Das ist Mutti-Deutsch, Blauer Bock und Heileheile Gänschen in einem. Fürs Schlichte und Schmalzige ist Helmut Kohl seit langem bekannt. Vor Jahren machte er als Scheich Sad Indula von sich reden, als jener Hohlkauz, der die „Solidarität aller Demokraten in diesem unseren Lande“ stets auf den Lippen führte.

Was sprachlicher Fraktionsgehorsam ist, hat Alfred Dregger Tage nach der Affäre demonstriert. Er sagte, die Unionsfraktion werde die Entscheidung Kohls mittragen, „obwohl nicht jeder sie für richtiger gehalten habe als eine mögliche andere“. Auf klardeutsch: Die Entscheidung ist falsch, aber wir müssen damit leben. — Kennen Sie den: Stoltenberg hat an der Kieler Förde einen Doppelmord begangen. Der Fall wird nicht weiter verfolgt. Oder wollen Sie, daß Strauß nach Bonn kommt?!

einen Kopf kürzer

Ein neues Synonym für das Tätigkeitswort „entscheiden“ ward uns geschenkt: „aussitzen“. Der Vorteil der Aussitzung gegenüber der Entscheidung: sie dauert länger und fördert dadurch ungewollt die Entdeckung verborgener Sumpflüthen. So hat im Zuge der Wörner-Kohl-Affäre die nähere Betrachtung des Militärischen Abschirmdienstes MAD eine „Basiskartei Zersetzung“ ans Tageslicht gebracht.

Über 50.000 „nonkonformistische und kritische Bürger“ sollen „erfaßt“ sein, Intellektuelle vor allem. Wie war doch die Definition von Intellekt im Nazi-Duden? „Im Unterschied zum Instinkt . . . ein Begriff zur Bezeichnung einer kritischen, subversiven und destruktiven Eigenschaft.“ Und der Intellektuelle galt als „krank, jüdisch, zersetzend, kalt, instinklos“. Die Bezeichnung „Basiskartei Zersetzung“ erinnert an das Wörterbuch des Unmenschen.

Von einigen forschen Jungpolitikern wissen wir, daß sie sich bedenkenlos in jenem Sprachraum des Nazi-Idioms bewegen, der von A wie Abstammungsnachweis bis Z wie Zuchtwart reicht. Carl Dieter Spranger gehört dazu, der vor längerem eine populistische Lanze für die „Normalen“ schlug: „Frieden und Frei-

heit sind auch im Innern wichtig, aber da in erster Linie für die Normalen, nicht für perverse Minderheiten, Terroristen, Verbrecher und Randgruppen.“ Nun richtet ein anderer Jungvorderer diesen Metzgerston gar gegen seine eigenen Parteifreunde. Jürgen Möllemann, von FJS „Riesenstaatsminister Mümmelmann“ getauft, reiste dieser Tage durch die westfälische Provinz und verkündete, wer ihm in seiner Partei die Spitzenkandidatur für die nächste Landtagswahl in NRW streitig machen wolle, der werde „abgebürstet“, anschließend „einen Kopf kürzer“ gemacht, „abstimmungsmäßig natürlich“.

die polizeiliche Bulle

Idyllische Zeiten, da man unliebsame Personen lediglich ins Tierreich verbannte, ohne ihnen gleich an Kopf und Krage zu gehen. Der Artenreichtum unserer intellektuellen Animal Farm konnte sich sehen lassen: Pinscher und Kläffer, Ratten und Schmeißfliegen. Erst als der „Bulle“ hinzutrat, begannen sich Gerichte und Gutachter intensiver um die sprachliche Vertierung des Menschen zu kümmern. Nun liegen erste Resultate vor, und die sind sensationell!

Die ehrenwerte Herkunft des Wortes „Bulle“ für Polizist hat der Berliner Professor Dr. Jürgen Zeck in archäologischer Kleinarbeit freigelegt. Wer meint, die Bezeichnung habe etwas mit dem Vieh namens Stier zu tun, liegt gründlich daneben. Der Begriff „Bulle“ leitet sich von der hoheitlichen Tätigkeit des Polizisten her, nämlich ein Protokoll (gleich „die Bulle“) sowohl aufzunehmen wie auszu-teilen. Aus der Geschichte kennen wir die päpstliche Bulle; ihr Nachfahr ist die polizeiliche Bulle unserer Tage. Wer hätte das gedacht!

Eine weitere, nicht minder noble Herkunft des Wortes läßt sich aus dem Jiddischen belegen, wo das Wort „Baal“ den „Herrn“ bezeichnete, der über amtliche Autorität verfügt.

Nur zu verständlich, daß in der Freien und Hansestadt Bremen Polizisten mit dem Slogan „Ich bin ein Bulle“ um Sympathie werben.

Ich schlage vor, künftig solchen Polizeibeamten, die sich im Demonstrationsgetümmel durch Umsicht und Verhältnismäßigkeit auszeichnen, den Titel „Bullizist“ zu verleihen, was soviel wie „verdienter Bulle“ heißt.

Obwohl es in der Geschichtswissenschaft inzwischen wieder mehr Neigung zur Synthese, zur übergreifenden Darstellung eines Sachverhaltes oder einer Epoche gibt, fehlt ein derartiges Werk für die Geschichte des deutschen Liberalismus ebenso wie der vielleicht noch wichtigere Vergleich des gesamteuropäischen Liberalismus. Diese Lücke wird auch nicht dadurch geschlossen, daß man kürzlich ein über 30 Jahre altes Buch unverändert neu aufgelegt hat (F.C. Sell, Die Tragödie des Deutschen Liberalismus, Baden-Baden 1981).

Für die Zeit bis 1914 kann es nun ergänzt werden durch James J. Sheehan, Der deutsche Liberalismus 1770 – 1914, München (C.H. Beck) 1983, DM 68,—. Bezeichnenderweise ist diese Arbeit nicht in Deutschland, sondern in den USA entstanden, wo sie erstmals 1978 in Chicago publiziert wurde. Der Autor, ein ausgewiesener Forscher zum deutschen Liberalismus vor allem in der Zeit des Vormärz und nach 1900, faßt hier die Liberalismus-Forschung zusammen, so wie sie sich Mitte der siebziger Jahre präsentierte. Dennoch ist hier kein trockener Gelehrtenstreit vorgelegt worden, sondern ein auch für den Laien verständliches, teilweise sogar spannend zu lesendes Buch.

Sheehan entwirft ein detailliertes und facettenreiches Bild der liberalen Bewegung in Deutschland von ihren Anfängen durch die „aufgeklärten“ Beamten in der Zeit des Spätabsolutismus über den Vormärz, die „liberale“ Revolution von 1848 und 49, das (national-)„liberale Zeitalter“ zwischen 1866 und der sogenannten „zweiten Reichsgründung“ von 1878/79 bis hin zum Niedergang in der darauffolgenden Periode. Liberalismus ist für ihn die politische Bewegung des Mittelstandes, des Besitz- und mehr noch des Bildungsbürgertums. Einer der Vorzüge des Buches ist es, daß der Autor immer wieder mit Tabellen auf die jeweilige soziale Zusammensetzung der liberalen Parteien hinweist, von denen es zeitweise ganze vier nebeneinander gab. Es gelingt die recht schwierige Synthese von Ereignis-, Ideen- und Sozialgeschichte.

Die Entwicklung des Mittelstandes spiegelt sich in der Geschichte des Liberalismus wider: Seinen Aufstieg verdankt der Liberalismus dem Verlangen nach politischer Partizipation des Bürgertums in der Zeit nach den sogenannten „Befreiungskriegen“ von 1813/15. Das liberale Bürgertum konnte sich als die Opposition zu Adel und absoluter Monarchie profilieren und zugleich beanspruchen, im Namen des ganzen Volkes zu sprechen. Sein Ziel war damals die „klassenlose Bürgergesellschaft“, in der jeder nach Façon des Mittelstandes leben und glücklich werden sollte.

Doch schon 1848 machten sich Risse in dem scheinbar so homogenen Lager des

Der deutsche Liberalismus 1770 – 1914

Die Façon des Mittelstandes

Liberalismus bemerkbar. Zum einen waren Adel und Monarchie als politische Kräfte durchaus widerstandsfähig, zum anderen erwachte nun auch politisches Bewußtsein in den unterbürgerlichen Schichten. Die politischen Schlußfolgerungen, die die Liberalen daraus zogen, waren höchst unterschiedlich. Durch die Reaktionsepoche, die auf die Revolution folgte, wurde die öffentliche Spaltung aber noch einmal vertagt.

Doch es traten nun auch die Sprünge in der liberalen Ideologie auf, auf die Sheehan immer wieder hinweist. Das liberale Denken war geprägt durch ein ambivalentes Verhältnis zu Volk und Staat. Die Liberalen waren keineswegs, wie es so oft in ökonomischen Fragen scheinen will, antistaatlich, sie waren gegen den Absolutismus, aber nicht für Parlamen-

zu. 1866 vollzog sich die endgültige Spaltung. Man wird mit Sheehan feststellen, daß es nicht allein wirtschaftliche Gründe waren, die den nationalliberalen Zusammenschluß verursachten. Es war sicher auch der Versuch, unter neuen realen Gegebenheiten politisch Einfluß zu nehmen. Dies gelang aber nur zum Teil. Gerade die notwendige Demokratisierung des neuen „Reiches“ konnte und wollte man nicht durchsetzen.

Die Ereignisse von 1879 gaben denjenigen Liberalen auf dem linken Flügel recht, die die Kooperation mit Bismarck von vornherein abgelehnt hatten. Doch auch bei ihnen fehlte es an tragfähigen Alternativkonzepten. Zudem war mit der SPD eine weitere Oppositionspartei entstanden, die die Wählermassen wesentlich wirkungsvoller ansprechen konnte. Die liberalen Parteien, nun hatten sich auch die Nationalliberalen in einen linken und einen rechten Flügel gespalten, gerieten zwischen Konservative, Klerikale und organisierte Arbeiterschaft. Zudem wurde die Mittelschicht, das eigentliche Reservoir für liberale Wähler, immer vielschichtiger. Deshalb ist für Sheehan die Zeit nach 1880 ein einziger Niedergangsprozeß der liberalen Parteien.

Hier wird man doch einige Einwände erheben müssen. Immerhin erreichten beide liberalen Parteien 1912 jeweils über 10 Prozent der Reichstagsitze und dies trotz Mehrheitswahlrecht. Davon kann mancher Zeitgenosse nur noch träumen. 1910 gelang den Linksliberalen der Zusammenschluß in der „Fortgeschrittenen Volkspartei“, die zusammen mit SPD und Zentrum eine linke Mehrheit im Reichstag erzielte.

Die Linksliberalen hatten endlich auch ein wirkliches Konzept zur Demokratisierung des Reiches entwickelt, daß sie vor allem Friedrich Naumann verdankten. Sheehan läßt keinen Zweifel, daß eigentlich nur noch die Politik der Linksliberalen, das heißt das Bündnis mit den Sozialdemokraten, zukunftsträchtig war.

Wer also demnächst etwas über die Geschichte des Liberalismus vor dem ersten Weltkrieg erfahren will, wird bei Sheehan sehr gut bedient.

Einziges wirkliches Manko dieses Buches ist der hohe Preis, aber allem Anschein nach geht auch der Verlag davon aus, daß der Liberalismus seine Sympathisanten vor allem im Besitzbürgertum findet.

Jürgen Frölich



risismus. Man wollte eine starke unabhängige Staatsgewalt, die nach rechtsstaatlichen und überparteilichen Gesichtspunkten regieren sollte. Und man berief sich auf das Volk, aber ein solches, das sich im aufgeklärten Bürgertum repräsentierte.

Je mehr nun das Volk selbst Ansprüche auf politische und soziale Teilhabe stellte, desto näher rückten große Teile der Liberalen an den Staat, der die Ordnung garantierte. Als nun Bismarck Ordnung und nationale Einheit anbot, griffen diese Teile der liberalen Bewegung

Einen britischen Liberalen Club sollte man nicht in der Erwartung aufsuchen, dort Massen von Parteimitgliedern und Aktivisten bei der Vorbereitung der nächsten kommunalen Wahlen oder bei heftigen Diskussionen über das Europäische Parlament anzutreffen. Natürlich ist dies hier und da auch der Fall, doch viele der etwa 170 Clubs, die die „National Union of Liberal Clubs“ bilden, werden nicht direkt von der Liberal Party geführt, auch wenn Verbindungen bestehen. In diesen Clubs halten die örtlichen Gliederungen der liberalen Partei oft in einem Hinterzimmer ihr monatliches Treffen ab oder veranstalten im Saal gelegentlich einen kulturellen Abend, um Geld für die Partei zu sammeln, aber letztendlich arbeitet der Club mehr als eine Art „Pub“, wie sich die englischen Kneipen nennen, al-

lerdings mit einem liberalen Namen. Man schätzt, daß es bis zu 100 weitere liberale Clubs gibt, die keinerlei organisatorische Verbindung mit der Liberal Party haben. Zwar haben Liberale auch dort Einfluß und nutzen die Möglichkeiten einiger dieser Zentren, doch bei vielen besteht überhaupt kein Kontakt zur Partei, in einigen Fällen gibt es sogar eine offene Gegnerschaft.

Die meisten der britischen Liberalen Clubs sind im vergangenen Jahrhundert zwischen 1860 und 1870 ins Leben gerufen worden. Gegründet wurden sie als eine Art politischer Trink- bzw. Sozialclubs. Sie sollten dazu beitragen, die Unterstützung der Arbeiterschaft zu gewinnen, die im Zuge der Wahlrechtsreform von 1867 gerade dabei war, ihr Wahlrecht zu erringen. Die überwiegende Mehrheit dieser Clubs entstand im industriellen Norden Englands, vor allem in Städten, die seinerzeit eine große liberale Tradition besaßen. So hat z.B. Huddersfield noch heute über 25 Liberale Clubs, die bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts gegründet worden sind. Auch wenn leider nicht mehr viele Unterlagen über die frühen Clubs und ihre organisatorische Struktur vorliegen, weiß man doch, daß die Initiative zu ihrer Gründung von örtlichen liberalen Wahlkreisorganisationen ausging. Sie wurden dann auch der Mittelpunkt liberaler Aktivitäten in diesem Gebiet.

Der Erfolg der Liberalen Clubs ging seinerzeit einher mit dem Anwachsen der Liberal Party. Die Liberalen bekamen bei den Wahlen 1868 eine Mehrheit von über 100 Sitzen. Und 1906 gewannen sie nach 11 Jahren Opposition in einem erdrutschartigen Sieg im Rahmen einer Wahlabsprache mit der gerade neu gegründeten Labour Party wieder eine absolute Mehrheit.

Doch ab 1906 begann ein kaum auffaltbarer Erosionsprozeß bei den Liberalen. 1922 wurde die Liberal Party von der Labour Partei auf den dritten Platz verwiesen, nachdem Lloyd Georges eine Art „nationalliberale“ Koalition mit den Konservativen eingegangen war. 1935 hatten die Liberalen mit 6,8 % der Stimmen noch gerade 21 Abgeordnete, aber es sollte noch schlimmer kommen. Nur noch 6 liberale Abgeordnete zogen 1951 ins Parlament ein. In fünf von sechs Wahlkreisen waren 1951 und 1955 die Liberalen noch nicht einmal mehr in der Lage, einen Kan-

Der Brite Jack Lamb über Liberal Clubs:

„Treffpunkte für den Bürger“

didaten aufzustellen, weil die Partei in vielen Fällen in diesen Orten einfach nicht mehr existierte.

Der Niedergang der Partei brachte eine Reihe von Problemen auch für die Clubs mit sich, da die Liberalen zwangsläufig die Kontrolle über viele ihrer Clubs verloren. Die meisten arbeiteten mit eigener Mitgliedschaft als Sozialclubs weiter. Sie behielten auch den liberalen Namen, ohne damit jedoch eine politische Verbindung herstellen zu wollen.

Liberale Clubs sind heute in Großbritannien genau das, wofür man sie eingerichtet hat: Treffpunkte für die Bürger der Umgebung. Von Bingo über Darts bis zu Billard werden Spielmöglichkeiten angeboten. Häufig findet an Wochenenden ein Diskotheken-Abend oder eine andersartige kulturelle Veranstaltung statt. Finanziert werden Club, Angestellte und „Barkeeper“ von den Einnahmen an der Bar und den Gewinnen aus Vergnügungsveranstaltungen wie Bingo. Wenn ein Club einmal ein Plus machen sollte, wird es in der Regel zum Ausbau des Gebäudes benutzt oder um die Preise zu senken. Nur sehr selten kommt es vor, daß einzelne Clubs der liberalen Partei Spenden zukommen lassen.

Die Erfolge der Liberalen in den siebziger und achtziger Jahren haben auch das Interesse der Parteigliederungen an den Liberalen Clubs wieder neu geweckt. Neu ist dabei auch, jetzt *politische* Clubs ins Leben zu rufen. Zahlreiche Parteigruppierungen haben ihr Engagement in den Clubs erheblich gesteigert und es häufig genug sogar in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten gestellt. Mittlerweile wird der Club in vielen Orten auch als Geschäftsstelle und Treffpunkt genutzt. Der Liberale Club in Honley bei Huddersfield

war z.B. schon immer bekannt für seine Unterstützung für die liberale Partei. Die örtliche Parteigliederung hat sich jetzt noch mehr bei der Führung des Clubs engagiert und ihn während des letzten Wahlkampfes sowohl als Geschäftsstelle als auch als Veranstaltungsort für öffentliche Diskussionen genutzt. Diese Entwicklung hat auch einige Clubmitglieder bewegt, in die Partei einzutreten, unter ihnen der Vorsitzende des Clubs, der mittlerweile in den Gemeinderat gewählt worden ist. Es gibt jedoch immer noch eine Reihe von Clubs, die nur wenig oder gar keine Verbindung mit der Partei haben. Einige von ihnen dürften wohl verloren sein, auch wenn ein paar liberale „Aktivisten“ noch versuchen, Einfluß zu gewinnen. In Leicester setzte der Liberale Club seine Arbeit als sozialer Treff

fort, als sich die Partei Anfang 1960 auflöste. Vor kurzem ist die regionale Parteigliederung neugegründet worden, und man bemüht sich, auch im Club wieder den alten Einfluß zu gewinnen. Einen ersten Erfolg konnte man bereits verzeichnen, als der Wahlkreissekretär zum Schatzmeister des Clubs gewählt wurde. Dennoch ist es gar nicht so einfach, denn die 500 Mitglieder, die im Club nur einen sozialen Treff sehen wollen, haben verständlicherweise einiges gegen eine „Übernahme“ ihres Domizils durch eine Partei einzuwenden. In St. Albans ist vor sieben Jahren ein neuer Club gegründet worden, der sich zu einem erfolgreichen politischen und sozialen Treffpunkt nicht nur für die lokalen Liberalen entwickelt hat. In Edge Hill in Liverpool ist vor etwa fünf Jahren ein neues Clubgebäude für Mitglieder der Liberalen und ihre Sympathisanten gebaut worden. Auch wenn es wie die meisten anderen Clubs auch eine Funktion als sozialer Treff hat, ist der Liverpooler Club doch erheblich politischer. Es werden Diskussionsveranstaltungen durchgeführt, aber auch Ausstellungen örtlicher Künstler und Künstlerinnen. In diesen „neuen Clubs“ findet man in der Regel auch ein gesondertes Parteibüro und man versucht sicherzustellen, daß, unabhängig vom jeweiligen „Zustand“ der Partei, der Club in liberalen Händen bleibt.

Um die Rolle der britischen Clubs richtig einschätzen zu können, muß man wissen, daß die Hauptaktivitäten der Liberalen auf das „permanente Wahlkämpfen“ ausgerichtet ist, ganz gleich, ob es nun um Kommunalwahlen oder um die Unterhauswahlen geht.

Übersetzung: Michael Kleff

Liebe Leserinnen, Liebe Leser

IMPRESSUM

die erfreulichste Nachricht vorweg: Unser Bemühen, weitere profilierte Liberale als Mitherausgeber der liberalen drucksachen zu gewinnen, hat sich gelohnt. Ab sofort werden den drucksachen in dieser Funktion verbunden sein: Professor Dr. Ulrich Klug, der frühere Hamburger Justizsenator, der Journalist und Buchautor Egmont Koch („Umweltatlas“, „Seveso ist überall“), sodann die Schriftstellerin Ingeborg Drewitz, weiter Professor Jürgen Kunze, derzeit fraktionsloses Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, schließlich Professor Dr. Leonhard Froese, der an anderer Stelle der Id bereits gewürdigt worden ist, und der Bundesvorsitzende der Jungdemokraten, Martin Budich. Martin Budich hat schon als Mitbegründer und Redakteur die liberalen drucksachen entscheidend geprägt. Sein Wechsel in den Herausgeberbeirat ist Ausdruck liberaler Kontinuität. Mit ihm sind jetzt alle DJD-Bundesvorsitzenden der letzten zehn Jahre Mitherausgeber der Id.

Dazu gehört mit Thomas Schmid auch ein grüner Vordenker. Der Berliner ist einer der Verfasser des „Öko-Libertären“ Manifestes, mit dem sich die drucksachen in der nächsten Ausgabe befassen werden.

Was uns besonders freut: Alle neuen Mitherausgeber haben zugesagt, nicht nur ihren guten Namen einzubringen, sondern auch mit eigenen Beiträgen im Blatt präsent zu sein.

In der letzten Ausgabe hatten wir etwas vorschnell angekündigt, daß die liberalen drucksachen ab Ende März in neuem Gewand erscheinen würden. Nun wird es wohl Mai werden. Immerhin: Wir sind in der Zwischenzeit nicht untätig geblieben. Ein neues Layout-Konzept ist erarbeitet worden, und Herausgeberbeirat und Redaktion haben sich auf einer gemeinsamen Sitzung über die künftigen drucksachen-Inhalte verständigt.

Die Grundhaltung wird bleiben, eine Akzentverschiebung indes wird es geben: Mehr als früher soll das Blatt der Diskussion liberaler Zukunftsthemen dienen, die Strategie-debatte um die (parteilpolitische) Umsetzung liberaler Positionen wird zurückgestellt werden. Professor Dr. Theo Schiller sagte es treffend: Anderthalb Jahre nach der Wende „bei wieder normalisierten Existenzproblemen der Linksliberalen“ soll „politischer statt parteipolitischer Pluralismus“ die liberalen drucksachen künftig auszeichnen. Über all dem wollen wir nicht unsere Aufgabe vernachlässigen, über die aktuellen Entwicklungen im liberalen Lager möglichst umfassend zu berichten.

Alles in allem ist es schon ein ehrgeiziges Ziel, was wir uns gesteckt haben. Wir meinen, ein Versuch sollte sich lohnen.

In diesem Sinne
Ihre drucksachen-macher

Herausgeber:

liberale drucksachen-Verlagsgesellschaft
mbH, Steinweg 5, 3300 Braunschweig
Herausgeberbeirat:

William Borm; Martin Budich, Ingeborg
Drewitz, Sybille Engel, Leonhard Froese,
Friedrich Hölscher, Ulrich Klug, Hanspe-
ter Knirsch, Egmont Koch, Jürgen Koppe-
lin, Jürgen Kunze, Werner Lutz, Ingrid
Matthäus-Maier, Thomas Schmid, Chri-
stoph Strässer, Theo Schiller, Helga
Schuchardt

Redaktion:

Martin Budich, Wolfgang Froese, Michael
Kleff, Helmut W. Lindner, Reinhard Lüt-
kemeyer (verantwortlich), Heidrun
Schmitt, Michael Staack

Redaktionsanschrift:

Neusser Straße 200, 5000 Köln 60

Bonner Büro:

Reuterstraße 44, 5300 Bonn 1

Tel.: (0228) 210952

Ständige Mitarbeiter:

Marianne Hochgeschurz, Harald Jansen,
Dieter Noth, Volker Perthes, Christian
Walter

Anzeigen:

Hans Joachim Wörner

Preis:

Einzelheft 5,- DM

Im Preis ist die gesetzliche Mehrwert-
steuer enthalten.

Herstellung:

Agentur für wissenschaftliche Literatur
Ulf Pedersen GmbH, 3300 Braunschweig

Druck:

Breklumer Druckerei Manfred Siegel

Auflage:

6.000

Fotonachweis:

dpa, Michael Kleff, Hanspeter Knirsch,
Volker Perthes

Ich unterstütze die liberalen drucksachen mit einem Abonnement

.....
(Name)

.....
(Adresse)

Einzelpreis 5,- DM

- ich bitte um Werbeexemplare der liberalen drucksachen zu je 1,50 DM
 ich möchte eine Anzeige schalten und die Preisliste haben
 ich möchte mich finanziell am Verlag beteiligen

.....
(Name)

.....
(Adresse)

.....
(Unterschrift)

Bitte einsenden an:

liberale drucksachen
Steinweg 5
3300 Braunschweig

Gratulationscour

Ein ungewöhnlicher Kreis fand sich in Marburg zusammen, um dem Erziehungswissenschaftler und Bildungsforscher Professor Dr. Leonhard Froese zum 60. Geburtstag zu gratulieren. Erschienen waren SPD-Oberbürgermeister Dr. Hanno Drechsler und das Magistratsmitglied Dr. Gerhard Pätzold, Dr. Martin Balzer vom Marburger Forum, der auch Mitinitiator der Friedensliste zur Europawahl ist, und die ehemalige Stadtverordnete Gertrud Röhr. Ebenso gratulierten der Bundesvorsitzende der Liberalen Demokraten, Ul-

STUDIENREISE-PROGRAMM 1984 DER DEMOKRATISCHEN GESELLSCHAFT FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK e.V.

• Sommerreise nach Prag

Flug ab/bis Berlin, Hotels der Kategorie B, 3-/4-Bett-Zimmer, Programm, Reiseleitung

14. – 21. Juli 1984 – DM 535,–
zzgl. 20,– DM Visum

• Moskau – Leningrad

(Bildungsurlaub)

Flug ab/bis Hamburg, VP, Unterkunft in Hotels der Touristenkategorie, 2-/3-Bett-Zimmer, Begegnungs- und Besichtigungsprogramm, Visum, Reiseleitung

16. – 23. September 1984 – DM 930,–

• Berlin – Leipzig – Dresden

(Bildungsurlaub)

Bahn ab/bis Hamburg, VP, Jugendhotels mit 2-/4-Bett-Zimmern, umfangreiches Programm, Reiseleitung

7. – 14. Oktober 1984 – DM 390,–

• Städtereise Budapest

Flug, Doppelzimmer, Halbpension, umfangreiches Begegnungs- und Besichtigungsprogramm, Reiseleitung, Visum

6. – 13. Oktober 1984 – DM 750,– ab Berlin, DM 1.085,– ab Hamburg

KATALOG UND ANMELDUNG BEI:
DEMOKRATISCHE GESELLSCHAFT
Postfach 540 571
2000 Hamburg 54

rich Krüger, und sein Parteifreund und Vorstandskollege, Heinz Hermann Storck.

Professor Dr. Theo Schiller hob bei seiner Laudatio die Verdienste Froeses um den politischen Liberalismus in der Bundesrepublik hervor. OB Drechsler sagte, daß Froese als engagierter Professor auch Einfluß auf das politische Klima der Stadt Marburg genommen habe, da er zu einer Zeit den Elfenbeinturm der Universität verlassen habe, als das politische Geschäft für einen Wissenschaftler noch nicht üblich gewesen sei.

Denkfehler

Hans-Martin Krüger, 46, Fraktionsvorsitzender der dreiköpfigen Liberalen Fraktion im Bad Homburger Stadtparlament, traute seinen Augen nicht, als er den vom Computer ausgedruckten Abrechnungsbogen über die finanzielle Entschädigung für Stadtverordneten- und Ausschußsitzungen im Januar bekam.

Dort wurden neben anderen Sitzungsgeldern und drei Fraktionssitzungen der LIBERALEN auch zwei Fraktionssitzungen der FDP – Die Liberalen abgerechnet. Der Liberale brachte es trotz des „FDP-Etikettenschwindels“ nicht übers Herz, die 80,– DM für die LD zu kassieren, er informierte das Stadtverordnetenbüro über den EDV-Fehler.

Kommentar des Fraktionsvorsitzenden: „Der städtische Computer hatte recht; wer sich liberal nennt, kann nicht bei der FDP arbeiten. Und: Nicht nur der Computer hat Schwierigkeiten mit der FDP.“

Wende-Freund

Im Zusammenhang mit der Kohl-Wörner-Kießling-Affäre berichtete der „Spiegel“ unter anderem auch über die Kölner Zeugen, denen Kanzleramtschef Schreckenberger und Minister Wörner bei ihren „wirren Erzählungen“ lauschten. Einer der beiden ist der (nach eigenen Angaben) ehemalige Angehörige des DDR-Staatssicherheitsdienstes August, im Kölner Milieu als „Macken-August“ bekannt.

Kölner FDP-Mitgliedern dürfte August jedoch auch noch als einer der ihnen bekannt sein, der vor einigen Jahren beim Fraktionsvorsitzenden der Kölner FDP-Ratsfraktion Dr. Wilhelm-Peter Winkler mit den Worten auftauchte, „wenn ich zu Euch komme, bringe ich 20 – 30 Leute mit – was ist Ihnen das wert?“ Was es Winkler wert war, ist nicht bekannt. Dennoch kam August zur Kölner FDP und muß, denkt man an die rasche plötzliche politische „Umkrempelung“, wohl auch

einige Leute mitgebracht haben. Politisch fiel August dann vor allem durch seine reaktionären Ansichten auf.

So verteilte er auf einem Kreisparteitag mit anderen zusammen ein Flugblatt gegen den „Terroristenfreund“ Baum. Nach der nur mit viel Mühe erfolgten Wiederaufstellung Baums in seinem Wahlkreis überlegte August gemeinsam mit Parteifreunden, ob man gegen die



Ex-FDP-Mitglied und Wörner-Zeuge:
August

Wahl Baums nicht gerichtlich etwas unternehmen könne. Mittlerweile hat August die FDP verlassen und mit dem früheren Kölner Jungdemokratenvorsitzenden Reusch die „Christlich Liberale Aktion“ ins Leben gerufen, um, wie der Spiegel zu berichten weiß, „die geistige Wende der Bundesrepublik zu manifestieren“.

Wechsel

Thilo Schelling ist aus den Liberalen Demokraten ausgetreten und Mitglied der SPD geworden. Schelling gehörte zu den Mitbegründern der LD und war bis zum Parteitag in Augsburg auch einer der stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Partei.

Schelling galt schon seit langem als „Kandidat“ der SPD. Immer wieder auftauchende Gerüchte über einen Wechsel erwiesen sich jedoch als falsch – bis auf das letzte. Im Dezember 83 hatte Schelling noch zu den Verfassern eines Papieres gehört, das auf der konstituierenden Sitzung des „Sozialliberalen Gesprächskreises“ vorgelegt wurde und vor der Gefahr einer Vereinnahmung der Liberalen durch die SPD warnte.

Des Deutschen Glückes Unterpfand

Über ein Jahr ist Helmut Kohl nun vom Volk gewählter Kanzler. Die von ihm als leuchtende Verheißung angekündigte große „geistige Wende“ ist jedoch ausgeblieben. Vielmehr hat der Verfall der politischen Kultur der Bundesrepublik beängstigende Ausmaße angenommen. Ein Kommentator stellte jüngst fest, sie sei „von einer Art Mehltau befallen, einer fortschreitenden personellen Verödung und inhaltlichen Verflachung“. Dabei war es doch gerade der „Enkel Adenauers“, oder wie eine satirische Zeitung treffender feststellte, der „Sohn Lübkes“, der unsere Nation zur Rückbesinnung auf tradierte Werte bringen wollte. Das Ausmaß der täglichen Regierungsgeschäfte – immer nur lächeln – scheint den Kanzler so in Anspruch zu nehmen, daß ihm für die wichtige Arbeit der „geistigen Erziehung“ seines Volkes kaum noch Zeit bleibt.

Wie gut, daß es noch eine Institution gibt, die geradezu prädestiniert dafür ist, diese Aufgabe zu übernehmen: die Bundeszentrale für politische Bildung. Viele kennen diese nachgeordnete Behörde des Bundesinnenministeriums, weil sie zweimal im Jahr mit einer Buchbestellung von dort eventuell noch vorhandene Lücken in ihrem Bücherregal schließen können. Jetzt hat die bis zur Selbstlähmung ausgewogene Bildungsbehörde erkannt, wie man dem Kanzler helfen kann, die Werte des Grundgesetzes wieder in die Gesellschaft hineinzutragen: mit einem Lesezeichen!

Unter der Bestellnummer M 114 im Schriftenverzeichnis kann das Deutschlandlied, schwarz-rot-gelb umrandet als Postkarte, kostenlos, auch als Massenbestellung, bei der Bundeszentrale für politische Bildung geordert werden.

Leider blieb der Massenandrang aus. Das Lager ist voll, da sie anscheinend keiner haben will. Nur das Kanzleramt soll dem Vernehmen nach eine größere Auflage bestellt haben. Vielleicht sendet der Kanzler das Lesezeichen als freundliche

Aufmerksamkeit den Briefschreibern zu, die ihn auf der Suche nach den versprochenen Ausbildungsplätzen angeschrieben haben?

Dabei ist die kleine Karte durchaus informativ. Man erfährt, wer die Melodie des Deutschlandliedes komponiert hat, nämlich Joseph Haydn bereits im Jahre 1797. Auch der Texter, Heinrich Hoffmann von Fallersleben, bleibt nicht unerwähnt, der 1841 das „Lied der Deutschen“ formulierte.

Angesichts des zunehmenden Ver-

falls der Werte unserer Gesellschaft sollten sich eigentlich alle daran beteiligen, das Deutschlandlied wieder in den Herzen unserer Mitbürger fest zu verankern. Die liberalen Drucksachen wollen dabei nicht zurückstehen. Unser Vorschlag:

Die Bundeszentrale für politische Bildung sollte das Lesezeichen allen deutschen Hotels anbieten. In fast jeder Nachttischschublade liegt dort eine Bibel. Wo besser als dort könnte man die Botschaft des Deutschlandliedes eigentlich noch unterbringen?



*Einigkeit und Recht und Freiheit
für das deutsche Vaterland
Danach laßt uns alle streben
brüderlich mit Herz und Hand
Einigkeit und Recht und Freiheit
sind des Glückes Unterpfand
Blüh' im Glanze dieses Glückes
blühe deutsches Vaterland*

Hoffmann v. Fallersleben 1841

liberales bildungswerk nrw e. v.

Kieler Straße 25 – 27
5600 Wuppertal
Tel.: 0202/ 455054

Für 1984 ist zwischen der ungarischen Volkshochschulbewegung TIT und dem Liberalen Bildungswerk (LBW) vereinbart worden, daß Seminarteilnehmer des LBW an den internationalen Begegnungen teilnehmen können, die in Ungarn unter der Bezeichnung „Sommeruniversität“ seit Jahren erfolgreich stattfinden.

Nach Auskunft der bundesrepublikanischen Botschaft sind diese Veranstaltungen mit exzellenten Fachleuten besetzt. Die Veranstaltungen werden zumeist fünfsprachig (Simultanübersetzung) abgehalten. Darüberhinaus wurde uns aber versichert, daß der Freizeit- und Urlaubswert der „Sommeruniversitäten“ außerordentlich hoch ist.

Die Teilnehmer kommen u.a. aus der DDR, der Sowjetunion, der CSSR, Frankreich und England und selbstverständlich aus Ungarn.

Aus dem Gesamtangebot bieten wir den Freunden des LBW folgende Seminare an:

• *Schule und Wirklichkeit*

16. – 24. Juli

Ort: Szeged

Preis: 360,- DM

• *Sozialpolitik und Verwaltung*

5. – 12. August

Ort: Veszeprem

Preis: 290,- DM

• *Probleme der Urbanistik in Mitteleuropa*

6. – 13. August

Ort: Szombathely

Preis: 300,- DM

• *Sommeruniversität für Filmkunst*

11. – 20. August

Ort: Eger

Preis: 370,- DM

• *Die ungarische Ökonomie im Sozialismus*

6. – 18. August

Ort: Budapest

Preis: 600,- DM

• *Freizeit und Volksbildung*

25. Juli – 2. August

Ort: Szeged

Preis: 360,- DM

• *Computer und Rechentechnik*

16. – 21. Juli

Ort: Szekesfehervar

Preis: 280,- DM

• *Der Balaton (Plattensee) und seine Umgebung*

15. – 25. Juli

Ort: Veszeprem

Preis: 380,- DM

• *Sport und Gesellschaft*

3. – 12. Juni



Ort: Agard
Preis: 380,- DM

• *Sommeruniversität für Umweltschutz*

4. – 13. Juli

Ort: Sopron

Preis: 300,- DM

liberales Bildungswerk Münsterland e.V.: Reisen mit der Transsibirischen Eisenbahn

15 Tage – 14 Übernachtungen (2te Klasse – 4-Bettabteil)

Reiseablauf (Tage 1 – 15)

1. Flug von Berlin-Schönefeld nach Moskau. Transfer zum Hotel und Empfang durch den Reiseleiter.
- 2./3. Programm in Moskau: Stadtrundfahrt/Besuch des Lenin-Mausoleums/Metrobesichtigung/Kremlrundgang/Besuch eines Kunstmuseums/Besuch der Allunionsausstellung. 17.30 Uhr Abreise mit der Transsibirischen Eisenbahn.
- 4.-6. via Jaroslawl, Perm und Swerdlowsk erreichen Sie nach 54 Stunden Nowosibirsk.
- 7./8. Programm in Nowosibirsk: Stadtrundfahrt/Besuch des Heimatmuseums/Ausflug nach Akademogorodok (25 km von Nowosibirsk) mit Besuch des geologischen Museums und Gespräch mit Wissenschaftlern. Abreise am Abend.
- 9./10. via Krasnojarsk erreichen Sie am frühen Vormittag des 10ten Tages Irkutsk. Bei Ihrer Ankunft in Irkutsk haben Sie insgesamt 5 Zeitverschiebungen hinter sich.
- 11./12. Programm in Irkutsk: Stadtrundfahrt/Besichtigung der polytechnischen Hochschule/Besuch des Heimatkundemuseums. Nachmittags Flug nach Bratsk.
- 13./14. Programm in Bratsk: Besuch des Staubeckens von Bratsk/Besichtigung des Wasserkraftwerks/Besuch des Holzverarbeitungskombinats/Besuch eines Pionierpalastes. Nachmittags Flug nach Moskau. 1 Übernachtung in Moskau.
15. Rückflug nach Berlin-Schönefeld.

Termin: 4. – 18. August 1984. Preis: DM 1.520,- p.P. Unsere Leistungen in der UdSSR umfassen: Flug ab/bis Berlin-Schönefeld; Transfer in der UdSSR; Übernachtungen in Jugendhotels (2- bis 4-Bettzimmer); Vollpension; Reiseleitung während des gesamten Aufenthaltes; Programm (wie beschrieben).

Bei genügender Teilnehmerzahl werden wir versuchen, in Moskau ein Spezialprogramm für politisch Interessierte zu organisieren, z.B. Treffen mit Komsomol oder im Institut für Auswärtige Politik. Deshalb bitte rechtzeitig anmelden bei Claus-Jürgen Cohausz, Steinfurter Straße 128, 4400 Münster. Anzahlung (leider notwendig): DM 500,-, Bankverbindung: Sparda-Bank Münster eG, Konto 900737, BLZ 40060560.